Donnerstag, 1. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 176 - 31. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Brandt: Zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages wird der SPD-Vorsitzende und frühere Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember vor dem polnischen Parlament sprechen. (S. 4)

Tiefpunkt: Die Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland hat mit 265 in den ersten sieben Monaten dieses Jahres einen neuen Tiefpunkt erreicht. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es noch 532. (S. 4)

SDI: Der im US-Verteigungsministerium für Sicherheitspolitik zuständige Staatssekretär Perle hat die Erwartung geäußert, mit Bonn werde es noch vor Jahresende zu einem Rahmenabkommen über eine deutsche Beteiligung an dem amerikanischen SDI-Projekt kommen. (S. 4)

Streik: Im Kampf um die Einführung der 38,5-Stunden-Woche im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk hat das Landesarbeitsgericht Düsseldorf in zweiter Instanz den Antrag eines Dinslakener Betriebes auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Arbeitskampfmaßnahmen der IG Metall verworfen.

Großbritannien: Scharf kritisiert haben Politiker, Gewerkschafter und Journalisten die Entscheidung der Fernsehgesellschaft BBC, auf Drängen der Regierung einen Beitrag aus dem Programm zu nehmen, der ein Interview mit einem prominenten IRA-Mitglied enthält. (S. 5)

Südkorea: Der Oppositionspolitiker Kim Dae Jung ist gestern zum zweiten Mal in diesem Jahr unter Hausarrest gestellt worden. Die Anordnung steht offenbar in Zusammenhang mit dem heute beginnenden Parteitag der oppositionellen NKDP. (S. 5)

Kernenergie: Japan und China haben gestern ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nukleartechnik unterzeichnet. Damit wurde der Weg für den Export japanischer Kerntechnologie in die Volksrepublik freigemacht.

Indien: Ein enger Vertrauter von Ministerpräsident Gandhi, der Abgeordnete Lalit Maken, ist gestern auf dem Weg ins Parlament in Neu-Delhi erschossen worden. Bei dem Anschlag waren auch die Frau des Abgeordneten der Kongreßpartei und ein Parteifunktionär getötet worden.

ZITAT DES TAGES



» Als Karriere ist das für mich ohne jeden Reiz. Da gibt es Schöneres – zum Beispiel Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Außerdem haben wir es gar nicht so eilig, einen Kanzlerkandidaten zu präsentieren «

Johannes Rau, stellvertretender SPD-Vorsitzender, zur Diskussion um den Spitzenkandidaten der Opposition für die Wahl 1987 FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

US-Handelsbilanz: Das riesige Defizit in der US-Handelsbilanz nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Im Juni erreichte es auf Jahresbasis 152 Milliarden Dollar, verglichen mit 123,3 Milliarden im bisherigen Rekordjahr 1984. Die USA registrierten im Juni mit 13,4 Milliarden Dollar das zweithöchste Monatsdefizit in ihrer Geschichte. (S. 9)

Sparen: Die Sparkassen erwarten, daß die Deutschen in diesem Jahr wieder mehr sparen. Für 1985 sei mit einer Geldvermögensbildung von 127 Milliarden Mark zu rechnen, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger. (S. 9)

Energie: Der Verbrauch an Primärenergie in der Bundesrepublik Deutschland wird bei normalem Witterungsverlauf 1985 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent zunehmen. Spitzenreiter beim Verbrauchszuwachs wird erneut die Kernkraft sein. (S. 10)

Börse: Trotz des weiter fallenden Dollars kam die Abwärtsbewegung an den Aktienmärkten vorerst zum Stillstand. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 191,34 (191,23). BHF-Rentenindex 104,066 (104,081). Performance Index 105,519 (105,504). Dollarmittelkurs 2,7884 (2,8353) Mark. Goldpreis 327,50 (325,25) Dollar.

KULTUR

Brüder Grimm: Die größte Ausstellung über Leben und Werk der Gebrüder Grimm im Jubiläumsjahr öffnete im Kasseler Museum Fridericianum ihre Pforten. Auf über 1000 Quadratmetern Ausstellungsfläche werden aber nicht nur die beiden weltberühmten Jacob und Wilhelm, sondern auch ihr jüngerer Malerbruder Ludwig Emil Grimm präsentiert. (S. 15)

Berlin: Die Umrisse der westlichen Feiern zum 750. Geburtstag der Stadt 1987 werden schärfer. Die zentrale Ausstellung im Gropius-Bau an der Mauer soll die eigentliche Stadtgeschichte – Berlin als preußische und deutsche Hauptstadt, europäische Metropole und Symbol von „Machtmißbrauch und Freiheitswillen" – vor Augen führen. (S. 15)

SPORT

Tennis: Überraschend wurde Hansjörg Schwaier für die Einzelspiele im Davispokal gegen die USA ab morgen in Hamburg nominiert. Andreas Maurer wird nur im Doppel eingesetzt. (S. 12)

Fußball: Der internationale Verband hat für Torwarte härtere Regeln geschaffen, um die sogenannte Zeitschinderei einzuschränken. Sie müssen den Ball noch schneller abspielen. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Weinskandal: Im Zusammenhang mit den mit Diethylenglykol gepanschten Weinen nahm die Polizei in Österreich gestern zwei weitere Weinhändler fest. Die Zahl der inhaftierten Personen erhöhte sich damit auf insgesamt 22. (S. 16)

„Challenger": Nach den sich häufenden Problemen bei den Flügen der amerikanischen Raumfähren überlegen sich private Kunden, die ihre Satelliten mit dem Shuttle ins All transportieren lassen, offensichtlich immer häufiger, ob sie nicht auf die europäische Trägerrakete Ariane ausweichen sollen. (S. 6 u. 16)

Wetter: Wechselnde Bewölkung, einzelne Schauer. 17 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher: Wir stehen ohne Wenn und Aber zu den Ostverträgen

Außenminister tritt in Helsinki für Konferenz über Familienzusammenführung ein

DW. Helsinki

Im „Jahr der Weichenstellung 1985 geht es um die Möglichkeit einer neuen Phase realistischer Entspannungspolitik", stellte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern vor der KSZE-Jubiläumskonferenz in Helsinki fest. Vor den 35 Außenministern der KSZE-Teilnehmerstaaten berief sich Genscher erneut auf die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vom 12. März in Moskau, die in den Genfer Vereinbarungen der beiden Großmächte eine „neue Phase der West-Ost-Beziehungen" gesehen hatten.

Gleichzeitig betonte Genscher die Verpflichtung der Bundesregierung, „ohne Wenn und Aber" zu den Ostverträgen, zum Grundlagenvertrag mit der „DDR" wie auch zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin zu stehen. Angesichts der Zwischenfälle um eine kommunistische Westberliner Delegation bei den Weltjugendfestspielen in Moskau unterstrich Genscher, daß der Berlin-Vertrag „von allen, überall und bei jeder Gelegenheit" angewendet werden müsse. Die Friedensgesinnung der Deutschen sei von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 8. Mai ausgedrückt worden, sagte Genscher.

Der Bundesaußenminister stellte sich hinter die französischen Vorschläge, eine Konferenz über Familienzusammenführung einzuberufen und zu beschließen, das Recht auf Ausreise aller Bürger in allen Ländern der KSZE strikt zu achten.

SEITE 3:
Propheten der Vernunft – ungehört
Von Axel Springer
Starre Positionen
Von Bernt Conrad

Für den Nachmittag war eine Begegnung zwischen dem amerikanischen Außenminister George Shultz und seinem neuen sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse angesetzt. Beide Minister werden von ihren Genfer Abrüstungsunterhändlern begleitet. In Helsinki vermuteten diplomatische Beobachter, daß dabei schon erste Vorgespräche für das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow geführt werden, das im November in Genf stattfinden soll.

Ungeachtet des Treffens von Shultz und Schewardnadse ist die Rede des amerikanischen Außenministers in Helsinki von sowjetischer Seite scharf kritisiert worden. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass reagierte „mit Bedauern" auf die Ausführungen von Shultz, der „Angriffe gegen die sozialistischen Länder geführt" habe. Zur Shultz-Kritik an „nicht eingehaltenen Versprechen" der sozialistischen Staaten auf dem Gebiet der Menschenrechte vermerkte Tass lediglich, der amerikanische Außenminister habe „Klagen im Überfluß" bezüglich der „Tragödie der Teilung Europas" erhoben. Das sowjetische Fernsehen erwähnte in seiner wichtigsten Nachrichtensendung die Rede von Shultz mit keinem Wort. Shultz hatte in Helsinki erklärt, ein Atomversuchsstopp liege zur Zeit wegen fehlender sowjetischer Bereitschaft nicht im Interesse der USA.

Die Menschenrechtsorganisation

■ Fortsetzung Seite 8

Sowjetunion verstärkt Luftwaffe

Möglichkeit zur Offensive geschaffen / Experten: NATO muß sich der Stärke Moskaus anpassen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion hat in aller Stille in den zurückliegenden fünf Jahren ihre Luftstreitkräfte reorganisiert. Wie aus alliierten Militärquellen verlautet, handelt es sich um die umfassendste Neustrukturierung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Sowjets verfügten jetzt über hochmoderne Luftstreitkräfte, ausgerüstet weitgehend mit Schwenkflügel-Maschinen der dritten Generation, die den operativen Luftkrieg tief in das Hinterland des Gegners tragen könnten.

Schwerpunkt bei der Reorganisation sei die Schaffung von drei TVD-Luftarmeen in Liegnitz (Schlesien), Winnitsa (Ukraine) und Irkutsk (Fernost) gewesen. Hinter der sowjetischen Bezeichnung „TVD" verbirgt sich der Begriff Operationstheater, womit ein Oberkommando für ein strategisches Gebiet gemeint ist, dem mehrere Heeresgruppen (sowjetische Fronten) unterstehen. Zusätzlich dazu gibt es Frontluftarmeen für die taktische Unterstützung der Landstreitkräfte. In der „DDR" ist die 16. sowjetische Frontluftarmee stationiert. Im Rahmen der Reorganisation wurde auch sie erheblichen Veränderungen unterworfen.

Nach diesen Angaben stand im Mittelpunkt der Umorganisation der sowjetischen Luftstreitkräfte die Stärkung der Luftangriffsfähigkeit. Bei der Verteidigung stütze sich die Sowjetunion überwiegend auf die bodenabhängige Luftabwehr mit Raketen, wodurch die fliegende Komponente für die Offensivrolle frei werde. Die Sowjetunion besitze die stärkste Raketen-Luftabwehr der Welt. Sie reiche von der zentralen Sowjetunion bis an die Elbe.

Im Mittelpunkt der strategischen Luftarmeen stehen taktische Schwenkflügelbomber des Typs „Fencer" (SU-24). Diese Maschine mit Zwei-Mann-Besatzung und moderner Elektronik für den Allwetterangriff kann bis zu acht Tonnen Waffen tragen. Je nach Zuladung hat sie eine Reichweite, die es ihr erlaubt, die Britischen Inseln von Westen her anzugreifen.

„Fencer"-Bomber üben regelmäßig die Betankung in der Luft. Zu einer TVD-Luftarmee gehören ferner mehrere Regimenter mit „Flogger"-Schwenkflügeljägern (MiG-23) für den Begleitschutz und ein „Foxbat"-Regiment für die Aufklärung. Bei der „Foxbat" handelt es sich um die MiG-25, die in Höhe eine Geschwindigkeit von Mach 2,7 erreichen kann.

Westliche Experten schätzen die Stärke jeder der drei TVD-Luftarmeen auf 400 bis 450 Maschinen, wobei mehr als die Hälfte auf die „Fencer"-Maschinen entfallen. Die „Fencer" wird von diesen Experten als die größte Bedrohung für das Hinterland der NATO angesehen, zumal sie Ziele punktgenau bekämpfen könne. Insgesamt könne man davon ausgehen, daß die Sowjetunion die zur Verfügung stehende Technik genutzt habe, um operativ und strategisch ihre Luftstreitkräfte optimal für die Offensivrolle auszulegen. Ins Auge falle, daß der Truppe immer mehr neuestes Gerät in die Hand gegeben worden sei.

Die für die Heeresunterstützung vorgesehene 16. Frontluftarmee in der „DDR" habe ebenfalls erfahren

● Fortsetzung Seite 8

Dohnanyi lehnt Boykott Südafrikas ab

Forderung der eigenen Partei widersprochen / Pretoria ruft Botschafter aus USA zurück

DW. Hannover/Pretoria

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) hat sich gegen die Forderung seiner Partei nach Boykottmaßnahmen gegen Südafrika ausgesprochen. Er erklärte in einem Interview für die Hannoversche „Neue Presse": „Gegen Handelsboykott bin ich aus Prinzip." Wer den Handel so einsetze, „wird sich ständigen Boykottforderungen ausgesetzt sehen". Der Politiker erinnerte an „nach einiger Zeit immer wirkungsloser" werdende Sanktionen gegen Polen, die Sowjetunion und Nicaragua. Immer habe sich gezeigt, daß der Handelsboykott „das falsche Instrument" sei.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte die Empfehlungen des UN-Sicherheitsrates unterstützt, Südafrika auch mit wirtschaftlichen Maßnahmen zur Aufgabe seiner Rassentrennungspolitik zu bewegen. Von Dohnanyi meinte weiter, es sollte „jeder Schritt getan werden, um Pretoria klar zu machen, wo Bonn steht, nämlich gegen Apartheid und für Rassengleichberechtigung". Mit Investitionen in Südafrika müsse „eine glaubwürdige Garantie verbunden sein, daß in den dortigen Betrieben keine Apartheid praktiziert wird". Die westlichen Staaten müßten Mittel finden, Pretoria zur Aufgabe der Apartheidspolitik zu bewegen.

Südafrika hat seinen designierten Botschafter in den USA zu Konsultationen zurückgerufen, teilte ein Sprecher des Außenministeriums in Pretoria mit. Botschafter Herbert Beukes war vor zwei Monaten in Washington eingetroffen. Bisher wurde ihm noch keine Gelegenheit gegeben, sein Beglaubigungsschreiben im Weißen Haus offiziell zu überreichen.

Die USA hatten ihren Botschafter Hermann Nickel am 15. Juni aus Protest gegen Übergriffe südafrikanischer Truppen auf das Nachbarland Botswana aus Südafrika abberufen. In der vergangenen Woche ließ das Weiße Haus erklären, Nickel würde nicht zurückkehren, ehe der am 21. Juli in 36 Gebieten Südafrikas ausgerufene Ausnahmezustand aufgehoben ist.

Die südafrikanische Regierung will in Kürze die Notstandsgesetze mit dem Ziel erweitern, daß Beerdigungen von Unruhe-Opfern nicht mehr in politische Veranstaltungen umfunktioniert werden können. Der Minister für öffentliche Ordnung, Louis Le Grange, erklärte, zu den Einschränkungen für Beerdigungen gehöre die zahlenmäßige Begrenzung der Teilnehmer und der Trauerredner. Aus amtlichen Kreisen verlautete, die Regierung erwäge ein Verbot für Totenmessen unter freiem Himmel. Der Ausnahmezustand, so Le Grange, zeige trotz der 20 Todesopfer seit seiner Verhängung eine „positive Wirkung". Das 22. Todesopfer war ein schwarzer Jugendlicher, der bei Zusammenstößen von Demonstranten mit der Polizei am Mittwoch nahe der Hafenstadt East London erschossen wurde. Die Zahl der Festnahmen erreichte seit dem 21. Juli insgesamt 1286.

Wo und warum Lehrlinge zahlen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat den Finger in die Wunde gelegt: Die jungen Deutschen, die sich nach der Schule auf die Suche nach einem Ausbildungsplatz begeben, sind zu wenig flexibel. Dies betrifft sowohl – vor allem bei Mädchen und Abiturienten – die Abneigung, einen gewerblich-technischen Beruf zu ergreifen, als auch einen Mangel an räumlicher Mobilität. Zwar sind die Lehrlinge inzwischen zu mehr als 50 Prozent mindestens 18 Jahre alt, weil sie länger als einst zur Schule gehen, aber die Ausbildung in einer anderen Stadt, die für Studenten seit Jahrhunderten eine Selbstverständlichkeit ist, ist für Eltern und Lehrlinge heute noch etwas Undenkbares.

Mit 428 000 Lehrstellen waren zu Beginn des vergangenen Monats fünf Prozent mehr Ausbildungsplätze bei den Arbeitsämtern gemeldet als im Rekord-Vorjahr zu diesem Zeitpunkt. Bei den gemeldeten Bewerbern lag mit 598 500 die Nachfrage nur um 1,2 Prozent höher. Wenn man berücksichtigt, daß sich zum einen die Jugendlichen immer früher beim Arbeitsamt melden und zum anderen sich zwar 86 Prozent der Bewerbern bei den Arbeitsämtern registrieren lassen, aber nur 64 Prozent der angebotenen Lehrstellen dort erfaßt werden, wird die Prognose günstig: Das Bundesbildungsministerium erwartet insgesamt mit rund 750 000 Lehrlingen einen etwa gleich großen Ansturm wie 1984, jedoch rund 5 Prozent mehr Ausbildungsplätze – so viele, wie noch nie seit Kriegs-Ende.

Während aufgeregte Propagandisten noch immer in schwarzen Zahlen eine drohende Lehrstellen-Katastrophe an die Wand malen, sieht die aktuelle Wirklichkeit ganz anders aus: In so prosperierenden Gegenden wie München oder Stuttgart ist die Zahl der gemeldeten Bewerber bereits um rund 2000 niedriger als nur die gemeldeten Ausbildungsplätze. Und während bundesweit aufgrund der überkommenen Berufs-Vorstellungen vor allem der Mädchen und Abiturienten die kaufmännisch/verwaltenden Berufe den Bewerberansturm kaum verkraften können, klagt der gewerblich/technische Bereich über fehlende Lehrlinge. Insbesondere im Bereich der Metallberufe ist Nachwuchs Mangelware: Den statistisch fast vollständig erfaßten Bewerbern (79 200) stehen 85 500 gemeldete Plätze gegenüber – zuzüglich einer großen Zahl nicht gemeldeter.

Bildungspolitiker und Arbeitgeber-Verbände fordern deshalb die Jugendlichen unisono auf, umzudenken. Gemeint sind sowohl die räumliche Immobilität als auch die Berufswahl. Darüberhinaus haben die Arbeitgeber gestern noch einmal an Wirtschaft, Freie Berufe und öffentliche Verwaltungen appelliert, in den Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen, jeden freibleibenden Ausbildungsplatz sofort dem Arbeitsamt zu melden und über die üblichen Stichtage hinaus einzustellen.

DER KOMMENTAR

Formel-Diplomatie

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Der Ton, den die Außenminister der USA und der Sowjetunion anschlagen, macht in Helsinki die Musik. Wir hören die Ouvertüre zum Genfer Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow im November. Für die Frieden/Freundschaft-Emphase der KSZE-Jubelfeier ist das keine ungünstige Konstellation. Jedoch: Was in Helsinki die übrigen 33 Außenminister zu sagen haben, findet nur noch nachgeordnete Aufmerksamkeit.

Für die Rede unseres Außenministers ist das nicht unbedingt ein Nachteil. An ihr fällt die Formelhaftigkeit der Aussagen auf. Ohnehin sind Genschers Formeln innenpolitisch aufgebraucht.

Zum Beispiel: Die von Kohl und Honecker am 12. März in Moskau gemeinsam abgegebene Erklärung, wonach die Genfer Vereinbarungen der beiden Weltmächte eine „neue Phase der Ost-West-Beziehungen" einleiten könnten, diente Genscher einmal mehr als Hülse zur Ankündigung einer „neuen Phase realistischer Entspannungspolitik" (wobei man es ihm schon positiv anrechnen muß, daß er sich vor dem internationalen Forum zur Charakterisierung „realistisch" aufschwang). Da nimmt er die Autorität des Bundeskanzlers ziemlich willkürlich in Anspruch. Wenn Kohl nüchtern von den „Ost-West-Beziehungen" spricht, dann ist das nicht dasselbe, als wenn Genscher den beschönigenden Begriff „Entspannungspolitik" gebraucht. Einmal mehr tauchte Genscher seine Politik auch in den Widerschein der Rede, die Bundespräsident von Weizsäcker zum 8. Mai gehalten hat.

Wir kennen das eine wie das andere aus der Innenpolitik, als es darum ging, Genscher zu veranlassen, in seine Formel von der „Kontinuität" faßbaren Inhalt zu schütten. Indessen haben die Sowjets in Helsinki ohne Umschweife gesagt, was sie unter Kontinuität verstehen: die Anerkennung ihrer Okkupationen in Europa durch alle Teilnehmer der KSZE. Dem ist Genscher immerhin entgegengetreten, aber leider wiederum nur mit einer gebetsmühlenartig wiederholten Formel, nämlich mit dem Zitat des Briefes zur deutschen Einheit aus den Ostverträgen.

Es fügte sich so, daß Franz Josef Strauß am gleichen Tage mit der Anmerkung auf dem Medienmarkt war, wer „längst zerstörte Träume liberal-sozialer Entspannungspolitik wiederbeleben" wolle, der verkenne die kommunistische Realität in Moskau, „die sich auch unter Gorbatschow nicht geändert hat". Dem ist nichts hinzuzusetzen.

KSZE-Gremien in beiden Teilen Berlins angeregt

F. D. Berlin

Der Berliner Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer (CDU) hat beide Teile Berlins als Orte bezeichnet, wo im Rahmen der KSZE-Vereinbarungen Menschenrechte weiterentwickelt und die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Ost und West gestärkt werden könnten. In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Lummer, Berlin könne als Ort von Tagungen und Konferenzen dokumentieren, daß die Politik der Kooperation auch das Ziel der Grenzüberschreitung habe. Lummer regte an, in Ost- und West-Berlin ständige Beratungsgremien zu schaffen, die sich Teilaspekten und speziellen Problemen, die aus der KSZE erwüchsen, widmen sollten.

Lummer räumte in dem Interview ein, es habe in den zehn Jahren nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki „viele Schwierigkeiten und Hindernisse, auch Rückschläge" gegeben. Dennoch seien manche Entwicklungen, wie die Gewerkschaft „Solidarität" in Polen oder Äußerungen in kirchlichen Kreisen der „DDR", ohne Helsinki nicht vorstellbar gewesen. Diese positiven Ansätze müsse man weiterentwickeln. Nach Ansicht Lummers sei eine Sicherung des Friedens in Europa nur möglich, wenn ein Mindestmaß an Freiheit und Menschenrechten im östlichen Europa realisiert werde. Die östliche Seite zögere im Rahmen ihrer immer noch geltenden Abgrenzungspolitik, grenzüberschreitende Kooperation zu praktizieren. Man müsse den Osten jedoch immer wieder mit derartigen Vorschlägen konfrontieren.

Olympische Spiele 1988 auch in Nordkorea?

DW. Pjöngjang

Nordkoreas Vizepremier Chong Jun Gi hat vorgeschlagen, die Olympischen Spiele 1988 in beiden Teilen Koreas abzuhalten. Nord- und Südkorea sollten mit einer gemeinsamen Mannschaft auftreten. Der sensationelle Vorschlag wurde von der amtlichen nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA verbreitet. Danach soll die eine Hälfte der Spiele in Seoul und die andere in Pjöngjang stattfinden, der Hauptstadt des bisher strikt abgeschotteten Nordkorea.

In Seoul gab es noch keine Stellungnahme. Inoffiziell hieß es dort, das IOC müsse einen solchen Vorschlag mit Zweidrittel-Mehrheit billigen, selbst wenn sich beide koreanischen Seiten darauf einigten. In Seoul besteht offenbar jedoch kaum die Neigung zu einer solchen Einigung, da die Vorbereitungen auf die Spiele (17.9. bis 2.10.1988) dort praktisch abgeschlossen sind. Der nordkoreanische Politiker sagte zur Begründung des Vorschlags, damit könne die olympische Bewegung vor einer Krise bewahrt werden, die sich aus einem möglichen Boykott der Spiele in Seoul durch die kommunistischen Länder entwickeln könne. Nordkorea hatte sich dem Boykott der Spiele in Los Angeles angeschlossen und bisher auch behauptet, Südkorea wolle die Spiele in Seoul politisch ausschlachten. Politische Beobachter in Moskau meinten, eine Zustimmung und damit Teilnahme der UdSSR an Spielen in beiden Teilen Koreas könnte vermutlich Leningrad den Weg ebnen, die Olympischen Winterspiele 1996 auszurichten.

Seite 2: Koreanisches Ringen

Lateinamerika bläst zum Kampf gegen Schuldentilgung

Initiative Perus / Kissinger schlägt „Marshall-Plan" vor

DW. Bonn

In einer „Erklärung von Lima" haben Regierungsvertreter von 20 lateinamerikanischen Staaten an die Industrieländer appelliert, ihre „Mitschuld an der Entstehung der Auslandsschulden des Kontinents" von insgesamt 360 Milliarden Dollar einzusehen. Die Unterzeichner forderten die Industriestaaten auf, mit einer realistischen Politik zur Lösung des Problems beizutragen, die protektionistischen Maßnahmen abzubauen und das internationale Währungs- und Finanzsystem zu reformieren.

Der neue peruanische Präsident Garcia, auf dessen Initiative die Erklärung verabschiedet wurde, hat bereits angekündigt, daß Peru in den kommenden zwölf Monaten seine Schulden nur bis zur Höhe von zehn Prozent seiner Exporteinnahmen tilgen werde (zur Zeit verschlingt der Schuldendienst rund 45 Prozent). Garcia begrüßte gleichzeitig den Vorschlag des früheren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, den lateinamerikanischen Nationen mit einer Art „Marshall-Plan" zu helfen, mit dem die USA nach dem Zweiten Weltkrieg den Aufbau Westeuropas gefördert hatten.

Der kubanische Staatschef Fidel Castro, unter dessen Regie in Havana eine fünftägige Konferenz über die Verschuldung der lateinamerikanischen Staaten begonnen hat, hatte in der vergangenen Woche angeregt, die US-Regierung solle die bei amerikanischen Banken aufgelaufenen Verbindlichkeiten übernehmen und dies mit einer Kürzung ihres Rüstungsetats finanzieren.

Demgegenüber hat der Chef des amerikanischen Zentralbanksystems (Federal Reserve Board), Paul Volcker, die Entwicklungsländer vor der Hoffnung gewarnt, die Industriestaaten würden ihre Schulden gegenüber privaten Banken übernehmen und abschreiben. Die Schuldnerländer der Dritten Welt müßten vielmehr ihr eigenes Kapital effektiver einsetzen, ihre Handelsbilanz verbessern und fremdes Kapital investieren lassen, sagte Volcker vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses.

Seiten 2, 5 und 11: Weitere Beiträge

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Marshallplan-Süd?

Von Günter Friedländer

Die Erklärung des peruanischen Präsidenten Alan Garcia, Peru werde in Zukunft nur zehn Prozent seiner Exporteinnahmen für den Zinsendienst seiner Auslandsschuld benutzen, kommt nicht von ungefähr. Dieser Gedanke war vor etwa zwei Wochen bei einer geheimen Sitzung lateinamerikanischer Schuldnerländer in der mexikanischen Stadt Oaxtepec vorgetragen worden: Wenn der Internationale Währungsfonds oder die Privatbanken nicht neue Anleihen zur Fortsetzung des Zinsendienstes geben wollen, sollten die Schuldner einen Prozentsatz ihrer Exporteinkommen dafür benutzen und den unbezahlten Rest zur Schuld zuschlagen lassen.

Das ist kein Unterschied für die Schuldner, wohl aber für die Banken der USA. Ihre Buchhaltungsregeln schreiben vor, daß eine Anleihe, deren nichtbezahlte Zinsen zum Kapital zugeschlagen werden müssen, als dubios gilt und die Bilanz der Bank negativ beeinflußt.

Die in Oaxtepec versammelten Schuldner wollen mit ihrem Vorschlag die US-Regierung dazu bringen, den Banken zu helfen, nachdem die Schuldner ihren guten Willen unterstrichen haben, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie erwarten dafür eine Umschuldung mit niedrigeren Zinsen und längeren Fristen.

Zur gleichen Zeit versucht Fidel Castro in Kuba vergeblich, sich an die Spitze eines Schuldnerkartells aller lateinamerikanischen Länder zu spielen. Alle verantwortlichen Politiker und Wirtschaftsführer, unter ihnen auch Castros Freunde, haben Castro eine klare Absage erteilt.

In ganz Lateinamerika hält man aber die Zeit für gekommen, das Schuldnerproblem neu anzupacken. Es ist eine Tatsache, daß kein Land die Schulden unter den heutigen Bedingungen zurückzahlen kann. Das Schuldenproblem ist mehr eine politische als eine wirtschaftliche Frage geworden. Je eher man das in den USA begreift, um so besser sind die Zukunftsaussichten für die zur Demokratie zurückgekehrten Länder Lateinamerikas. Weiteres Unverständnis könnte den Schuldenberg in einen Vulkan verwandeln, dessen Ausbruch die ganze westliche Welt erschüttern würde.

Koreanisches Ringen

Von Klaus Blume

Der Plan ist fein gesponnen: Nordkorea schlägt Südkorea 1988 gemeinsame Olympische Spiele vor, in Pjöngjang und Seoul. Und: diese Wettkämpfe sollen mit einer gesamtkoreanischen Mannschaft beschickt werden.

Nordkoreas Vize-Premier Chong Jun Gi trägt ein hinreißendes Argument bei: Käme es so, fehlte „jedweder Boykottdrohung" die Grundlage; die olympische Bewegung wäre vor einer neuen Krise bewahrt. Tatsächlich trägt das trojanische Pferd vor den Toren Seouls alle Merkmale einer neuen olympischen Krise in sich. Dahinter steht, daß auch die Nordkoreaner längst verstanden haben, wie ungeheuer positiv die Spiele 1964 in Tokio für die Darstellung Japans in aller Welt waren. Ähnliches ist 1988 in Seoul für Südkorea zu erwarten.

Und da die Nordkoreaner das den verhaßten Brüdern im Süden nicht gönnen, wird es für sie Zeit, etwas dagegen zu unternehmen. Denn im nächsten Jahr werden bereits die Asienspiele in Seoul veranstaltet. Sie werden als Generalprobe für 1988 ihre Wirkung nicht verfehlen. Dann noch den Boykott gegen die Brüder im Süden ausrufen? Das wäre unklug.

Klar ist also, daß Nordkoreas raffinierter Vorstoß, bestens zur internen Sabotage der Olympischen Spiele geignet (falls Südkorea darauf hereinfiele), letztlich aus Schwäche geboren ist: Man kann die Spiele nicht verhindern, also kann man versuchen, sie zu lähmen und Südkorea den Schwarzen Peter des Ablehnenden zuzuschieben. Wie wird also Seoul reagieren? Man wird reden, man wird eine gesamtkoreanische Mannschaft akzeptabel nennen, vielleicht gar einen grenzüberschreitenden Marathonlauf anbieten – mehr aber nicht, weil mehr nicht geht. Denn die Spiele wurden an die Stadt Seoul vergeben, nicht an den Staat Südkorea und auch nicht an die koreanische Nation. Das ist olympischer Brauch. Danach wurde gearbeitet, mit dem Resultat, daß man bereit steht, die Ernte nach dem Vorbild Tokios einzufahren.

Kurz, der Süden – der den Plan natürlich durchschaut – wird in asiatischer Manier durch gespieltes Nachgeben siegen, und der Norden wird sich beschweren und mit dem Boykott drohen. Aber der Süden sitzt am längeren Hebel und wird ihn sich kaum entwinden lassen.

Alts Schmähkanonade

Von Horst Stein

Man hat ihn schon fast vergessen – Franz Alt von „Report" aus Baden-Baden. Denn das Thema Nachrüstung, das ihm, dem heftigen Gegner, einst zu gewisser Bildschirm-Prominenz verhalf, ist schon eine ganze Weile entschlafen. Nun aber, am Kraterrand eines medialen Sommerlochs, macht er wieder von sich reden. Und das ist dem Moderator, so muß man folgern, mehr nur eine Messe, es ist ihm eine Unkorrektheit wert.

Franz Alt hat es jedenfalls zugelassen, daß die „Bild"-Zeitung in dem von ihm moderierten Magazin als eine „verbrecherische Organisation" bezeichnet wurde, die „mit System und Methode" Tatsachen verfälsche und Lügengeschichten produziere; die darauf aus sei, bei ihren Lesern Schadenfreude und Vorurteile zu erwecken.

Ganz abgesehen davon, daß Alt selber gern und gut als „Bild"-Kommentator auftrat, wenn er Hilfe, beispielsweise, für das Vietnam-Schiff „Cap Anamur" suchte: Der Pauschal-Vorwurf gegen die Verkaufszeitung ist so horrend wie abstrus. Unter einer verbrecherischen Organisation versteht man eine Organisation wie die RAF – aber hat nicht gerade das deutsche Fernsehen stets von einer Baader-Meinhof-„Gruppe" gesprochen? Wann hat das Deutsche Fernsehen schon die Terroristen in dem Ton kritisiert, in dem es über eine politisch mißliebige Zeitung herfällt? Und zwar ausgerechnet über die Zeitung, die sich heftige Kritik von Böll und anderen gerade deswegen zuzog, weil sie die Baader-Meinhof-Bande nicht als „Gruppe" verniedlichte.

Einer Zeitung passieren Fehler. Schon vor Jahren hat „Bild" Fehler eingeräumt, die „Report" nun zitierte, als wären sie aktuell. Hier wurden einige Fälle aus siebzehn Jahren (!) Zeitungsarbeit zusammengetragen. Doch an Fehlern und Pannen und an demagogischen Entgleisungen mangelt es, wie die Archive ausweisen, auch bei den selbstgerechten Halbgöttern vom Bildschirm nicht. Sie haben allen Grund, vor der eigenen Tür zu kehren.



Korb drei KLAUS BÖHLE

Taktik gegen Vernunft

Von Günther Bading

Eine ganze Woche verharrten die Sozialdemokraten sprichwortgetreu starr vor Schreck angesichts der Rückkehr des Gewerkschaftsbundes an den Tisch der sozialen Vernunft mit Arbeitgebern und Bundesregierung. So lange brauchte die „Baracke", die nur noch geographisch in Godesberg angesiedelt ist, um mit einigen, insgeheim über die Sachlichkeit des Spitzengespräches im Kanzleramt empörten, Funktionären des DGB und seiner Einzelverbände eine gemeinsame Taktik auszudenken. Sie ist erkennbar geworden.

Dabei ist klarzustellen, daß das, was der SPD zur Verfügung steht, nicht schlicht „die Linke" im DGB ist. Besonnene Gewerkschafter wie Günter Döding oder Hermann Rappe sind wahrlich nicht „rechts", auch wenn sie wie tausende anderer DGB-Funktionäre mit SPD-Parteibuch zwei Dinge vor die Parteiraison setzen: Die Interessen der Arbeitnehmer und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Aber es gibt andere Gewerkschafter, für die die SPD Vorrang hat; etwa jenen DGB-Vorständler Siegfried Bleicher, der schon jetzt mit der Empfehlung an die 7,5 Millionen Mitglieder droht, 1987 eine „andere Politik" – also eine andere Partei, was denn sonst? – zu wählen.

Die gemeinsame Strategie von SPD-Führung und „Parteiflügel" des DGB läuft unter dem Motto „Kampf gegen Sozialabbau". Sie hat drei taktische Angriffsziele. Da ist die Diskussion um Neuordnung des Arbeitskampfrechtes mit den offenen Fragen der Zulässigkeit von Warnstreiks und Neutralität der Nürnberger Arbeitsverwaltung im Streikfall. Da sind die beabsichtigten Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz zum Schutz von Minderheiten. Da ist drittens die Frage der Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien.

Die taktische Auffächerung ist geschickt: Die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) kann zum Zankapfel in der Union werden; der Minderheitenschutz in den Betriebsräten ist – mit Blick auf Einführung von Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten – Lieblingsidee der Freidemokraten; und mit der Debatte über Mitbestimmung bei den neuen Technologien, die mühelos zum Prinzipienstreit gemacht werden kann, hofft man, die Arbeitgeber in den „Dreiergesprächen" über konzertiertes Handeln von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern an empfindlicher Stelle zu treffen.

Erstes Etappenziel ist, so scheint es, den Streit um die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes anzufachen, die Fraktionen in der Unions-Fraktion aufeinanderzuhetzen. Dazu ließ der SPD-Vorstandssprecher Clement sich etwas einfallen: Als eine Art Enthüllung brachte er den viele Monate alten Entwurf für einen Gruppenantrag der Union zur Novellierung des AFG auf den in diesem politisch ruhigen Sommer nach Neuigkeiten dürstenden Bonner Nachrichtenmarkt. Und fast alle fielen darauf herein. Man druckte die „Neuigkeit"; in der Regionalpresse gab es gar dicke Schlagzeilen, die Sozialausschüßler der Union meldeten sich mit ihrem „Mit uns nicht" zu Wort.

Kurz, es gelang, den Eindruck zu erwecken, als wolle die Union wenige Tage nach dem sicher nicht herzlichen, doch aber sachlichen Einvernehmen mit dem DGB einen Frontalangriff auf die Tarifkraft der Gewerkschaften beginnen. Ähnlich wird man dem Publikum wohl bei den Themen Minderheitenschutz im Betriebsrat und Mitbestimmung bei neuen Technologien kommen. Die Teil-Attacken auf die Bereiche, in denen Regierung und Gewerkschaften vergangene Woche eine gemeinsame Gesprächsgrundlage gefunden haben, werden direkt einmünden in den großen Trommelwirbel wider den angeblichen „Sozialabbau" im Herbst.



Demonstrieren zu Lasten der Regierung: Beispiel 1984 FOTO: DPA

Und da wird es wie bei der eben losgetretenen Diskussion um die Neutralitätspflicht der Nürnberger Bundesanstalt nicht darauf ankommen, was wahr ist, was gewesen ist, wer verantwortlich ist. Es wird nur um Eindrücke gehen, um Emotionen, um Glauben statt ums Wissen.

Bei diesen Demonstrationen und Kundgebungen im Herbst wird der Eindruck großer Geschlossenheit des DGB entstehen. Dennoch wird man säuberlich unterscheiden müssen zwischen jenen Gewerkschaftsführern, die vor ihrer Basis ihre Politik des pragmatischen Miteinanders mit der Bundesregierung durch starke Worte zu rechtfertigen suchen, und jenen, die aus Parteiraison den vielzitierten „Schulterschluß" mit der SPD üben werden.

Auf dem „Parteiflügel" des DGB nimmt man die offenkundigen Sorgen der SPD-Zentrale ernst, sachliche Zusammenarbeit von DGB und Regierung beim Abbau der Arbeitslosigkeit könnte – Gesamtwohl hin oder her – die eigenen Wahlchancen 1987 schmälern. Die Realisten im DGB haben dagegen nicht vergessen, daß die Gewerkschaften ihre großen Erfolge nur zu Zeiten christdemokratischer Regierungen erzielt haben: von der Mitbestimmung bis zum arbeitsfreien Samstag, der 40-Stunden-Woche und zweistelligen Lohnzuwächsen.

So manchem Gewerkschafter mögen die Ohren geklungen haben, als Norbert Blüm dieser Zeitung sagte: „Die beste Tradition der Gewerkschaften ist ihr Pragmatismus." Vor pragmatischen Gewerkschaftern muß die SPD Angst haben. Denn die könnten sich glatt weigern, die von der Koalition der Mitte wieder aufgepäppelte Konjunktur-Kuh für einen sozialdemokratischen Wahlsieg zu schlachten, statt sie im Interesse der eigenen Mitglieder zu melken wie zu Erhards Zeiten seligen Angedenkens.

IM GESPRÄCH Ettie Hollander

Beweis gegen Rassismus

Von Peter M. Ranke

Ein Meer von Haß und Feindschaft brandete gegen die israelische Frauen-Delegation auf der UNO-Konferenz in Nairobi, wo die „Dekade der Frau" eingeleitet wurde. Die Frauen aus Israel wurden beleidigt, niedergeschrien, angerempelt. Das Rederecht wurde ihnen meist verweigert, Einsprüche blieben vergeblich. Es herrschte so die richtige UNO-Friedensstimmung unter den zehntausend Frauen aus aller Welt.



Unerschüttert vom Haß der „Friedens"-Frauen: Ettie Hollander FOTO. SAD

Ein Fels in der Brandung war die junge Ettie Hollander (34) aus Herzliya, eine dunkelhäutige Israelin, die vor fünfzehn Jahren aus Äthiopien einwanderte. Sie ist mit einem Israeli polnischer Herkunft verheiratet und hat zwei Kinder. Über ihr Wiedersehen mit Afrika ist sie nicht enttäuscht. Sie hatte nichts anderes erwartet. „Schon in der Dorfschule bei Gondar war ich das einzige jüdische Mädchen", sagt sie. „Ich weiß also, was Haß bedeutet."

Während die Leiterin der israelischen Delegation, die Knesset-Abgeordnete Sarah Doron, darüber erschüttert ist, wie die arabische Propaganda die Gemüter politisch engagierter Frauen aus der Dritten Welt beherrscht, schlug Ettie Hollander zurück. Als eine Irakerin Israel beschuldigte, verantwortlich für den fast fünfjährigen Golfkrieg Irak–Iran zu sein, schrie sie: „Das ist eine verdammte Lüge. Ihr killt euch gegenseitig in eurem eigenen Krieg."

Von den noch zu erkämpfenden Rechten der Frauen in Afrika und Asien war zwar viel die Rede. Aber die Frauen aus Israel wurden niedergeschrien, wenn sie darauf hinwiesen, wie Frauen und Mädchen in der arabischen Welt heute noch unterdrückt werden, wie die islamische Männer-Welt ihnen politische und menschliche Rechte verweigert. Statt dessen konnte eine Araberin der Versammlung die PLO-Lüge auftischen, daß die Israelis ihre arabischen Gefangenen totfüttern und dann in Gefrierschränke packen.

Hilfe und Unterstützung erhielten die Frauen aus Israel vor allem von Präsidententochter Maureen Reagan, die mit der US-Delegation schließlich auch verhinderte, daß die dumme Propagandathese „Zionismus ist Rassismus und ein Hindernis für Frieden, Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen" in das Schlußdokument aufgenommen wurde.

Die kämpferischen UNO-Friedensfrauen widersetzten sich freilich bis zuletzt, weil sie die vernichtendste aller Pointen nicht verstehen wollten: Die schwarze Jüdin und Israelin Ettie Hollander, die mit einem „Weißen" verheiratet ist und gleichberechtigt in einer von weißen und orientalischen Juden geprägten Gesellschaft lebt, ist der beste Beweis für den Nichtrassismus in Israel – wenn es denn dafür noch eines Beweises bedurft hätte –; die Art aber, wie man ihr begegnete, ist zugleich ein Beweis für den neuen Rassismus in der UNO.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt über ein Angebot des Kremls:

Der endgültige Verzicht auf die Erprobung neuer Atomsprengkörper wäre ein Schritt zur Rüstungskontrolle, weil er die Weiterentwicklung der Massenvernichtungswaffen erschweren würde. Ein fünfmonatiger Teststopp hingegen, wie ihn Moskau vorschlägt, ist bedeutungslos. Die Sowjets haben gerade eine Versuchsserie abgeschlossen und brauchen jetzt ohnehin Zeit zur Datenauswertung. Eine US-Testserie steht jedoch knapp bevor … Moskau will nun keine Explosionsbeobachter nach Nevada schicken, um nicht unter den Zwang der Gegenseitigkeit zu geraten. So drehen sich die Vorschläge im Kreise, obwohl die Richtung stimmt.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt sieht Biedenkopf im Aufwind:

Ein nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender Biedenkopf mit dem stärksten Verband der Union im Rücken kann Kohl langfristig gefährlich werden. Biedenkopf kann einmal zum „Kanzlermacher" werden und, wer weiß, vielleicht sogar zu einem der Kanzleranwärter der neunziger Jahre.

Hamburger Abendblatt

Es weist auf den Dreck in der Elbe hin:

Altvater Rhein ist also sauberer, seine Zuflüsse, auch die Donau. Die Elbe fehlt in dieser Aufzählung. Denn der Abwasserkanal für Tschechoslowaken, Mitteldeutsche und Norddeutsche wird kaum eingeschränkt als Entsorgungsweg benutzt. In Hamburg nehmen Klärwerke nur langsam den Kampf mit der Dreckbrühe auf. Wenn sie eines Tages arbeiten, vielleicht auch Säuberungsanlagen in der „DDR" und CSSR, dann wird der Fluß sich regenerieren können. Ob die Nordsee das noch bringen kann, bleibt dahingestellt.

NÜRNBERGER Nachrichten

Sie loben Lafontaine:

Es ist nicht höhere Einsicht, die das Kabinett von Oskar Lafontaine dazu gebracht hat, die Ministerialzulage stufenweise abzuschaffen, sondern ganz einfach die Ebbe in der Landeskasse. Aber das ist zweitrangig. Hauptsache, es wird einmal ein Anfang gemacht. Diese Extrazahlung für alle, die im Sold eines Landes oder des Bundes stehen, ist eine besondere Pflanze im Wildwuchs des Zulagensystems.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Pariser Zeitung meint zum KSZE-Jubiläum:

Zehn Jahre sind vergangen. Zehn Jahre, in denen die freie Welt die unschätzbaren Vorteile erkennen konnte, die die UdSSR aus der Entspannungsperiode gezogen hat. Zehn Jahre, die gezeigt haben, daß eine Politik der Härte einen realistischen Dialog mit Moskau nicht ausschließt: Die Pershing-Stationierung hat die Wiederaufnahme sowjetisch-amerikanischer Verhandlungen in Genf nicht verhindert, und sie wird Ronald Reagan und Michail Gorbatschow nicht daran hindern, sich in diesem Herbst zu treffen. Bleibt die Frage, warum der Westen die absichtlichen Verletzungen der Abkommen von Helsinki nicht öffentlich verurteilt. Es sei denn, in unserem gemeinsamen Unterbewußtsein bleibt ein „Geist von Helsinki" bestehen. Im gleichen Sinne, wie man vom „Geist von München" sprach.

SDI-Forschung nützt auch gegen Panzer

Was heißt: auf Europa konzentrieren? / Gastkommentar von Franz-Joseph Schulze

Die Diskussion über die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) ist nur zu oft – etwa, wenn als eine Art Gegenstück eine „Europäische Verteidigungs-Initiative" zur Sprache gebracht wird – geeignet, in gefährlicher Weise einen Gegensatz der Sicherheitsinteressen Europas zu denen der USA zu suggerieren. Das kann die Sowjetunion zu Fehleinschätzungen hinsichtlich der Geschlossenheit und Festigkeit der Allianz verleiten und sie in ihren Bemühungen ermutigen, die Diskussion zu einem Werkzeug der Spaltung der NATO zu machen.

Gefordert wird, Europa solle sich bei seinen Initiativen auf diejenigen sowjetischen Potentiale konzentrieren, die Europa besonders bedrohen. Nun ist es sicherlich richtig, daß die sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 20 für ganz Europa eine völlig neuartige und besondere Bedrohung darstellen; in der Entwicklung geeigneter Verteidigungssysteme gegen dieses sowjetische Nuklearpotential stellen sich jedoch die gleichen technologischen Probleme wie bei der Abwehr der Nuklearraketen auf sowjetischen U-Booten vor der amerikanischen Ostküste.

Marschflugkörper sind keine eurospezifische Bedrohung; see- und luftgestützte sowjetische Marschflugkörper bedrohen auch die USA. Die konventionelle Bedrohung Europas setzt für uns keine anderen Prioritäten als für die Amerikaner. Unbestritten ist, daß die konventionellen Fähigkeiten des Bündnisses verbessert werden müssen. Die NATO muß ihre derzeitige Abhängigkeit von einem frühen Rückgriff auf Nuklear-Waffen im Falle eines mit überlegenen konventionellen Kräften des Warschauer Paktes geführten Angriffs vermindern. Daran haben die USA ein ebenso hohes Interesse wie wir. Es ist unvorstellbar, daß für sie die Verbesserung ihrer konventionellen Fähigkeiten eine andere Rangordnung haben könnte als für uns.

Die Suche nach eurospezifischen Lösungen verkennt vor allem aber, daß die Technologien, um die es bei SDI geht, nicht nur der Verteidigung Nordamerikas, sondern ebenso der Verteidigung Europas zugute kommen. Die technologischen Durchbrüche werden natürlich auch die konventionelle Verteidigung revolutionieren. Die enormen Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnik, die für SDI unerläßlich sind, verändern auch die konventionelle Gefechtsführung von Grund auf.

Integrierte Sensorintelligenz, ohne die die Erfassung, Verfolgung, Bekämpfung interkontinentaler Nuklearraketen im Weltraum nicht möglich ist, ist ebenso geeignet, die Wirkung des Feuers in der konventionellen Verteidigung in eine bisher unbekannte Dimension zu steigern. Hochenergielaser und kinetische Energiewaffen, die in der Lage sind, ballistische Raketen zu zerstören, werden eines Tages auch umwälzende Verbesserungen in der Luftverteidigung und Panzerabwehr bringen. Die Technologien zur Verteidigung gegen die Europa bedrohenden Systeme sind die gleichen wie bei SDI; sie mögen in unterschiedlicher Weise Anwendung finden.

Die USA haben daher längst ihren ursprünglichen Forschungsansatz erweitert, um europabezogene Programme, z. B. gegen Kurzstreckenraketen wie SS 21 und SS 23, in das Gesamtprogramm der Strategischen Verteidigungs-Initiative einzubeziehen.

Man kann „europaspezifische Varianten" – unterschiedliche Anwendungsbereiche gleicher Technologie etwa – von SDI nicht trennen. Erstens wären eigene europäische Programme neben dem SDI-Programm eine Verschwendung begrenzter Ressourcen; die vieldiskutierte Entwicklung eines europäischen Aufklärungssatelliten, nur um auf diesem Gebiet von den USA unabhängig zu werden, wäre ein schlimmes Beispiel. Und zweitens stellt die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten nicht nur politisch sicher, daß europäische Interessen bereits im Stadium der Forschung zur Geltung gebracht werden können; sie wäre vor allem eine eindrucksvolle Demonstration des Zusammenhaltes der Allianz.

Von der engen Zusammenarbeit schon im Stadium der Forschung, das gilt nicht nur für SDI, geht eine integrierende Kraft aus. Sie schafft neben der politischen und militärischen eine dritte Integrationsebene. Sie schützt zugleich vor sowjetischen Versuchen, Amerikaner und Europäer zu spalten.

Die Vereinigten Staaten sind zu solcher Zusammenarbeit bereit. Das haben führende Vertreter der amerikanischen Administration wie der Forschung und Industrie unzweideutig klargemacht. Viel Zeit bleibt uns für die notwendige Entscheidung nicht. Mehr als 800 Forschungsaufträge hat das Amt des General Abrahamson bereits vergeben, einen Teil davon auch an Engländer, Franzosen, Norweger, Israelis und Japaner. Die Sorge, wir könnten uns mit einer Beteiligung an der SDI-Forschung in eine „singuläre Position" bringen, scheint unberechtigt.

General a. D. Franz-Joseph Schulze war zuletzt Oberbefehlshaber des NATO-Mittelabschnitts



Starre Positionen, mit Witz und Charme garniert

Eduard Schewardnadse, das bisher weithin „unbekannte Wesen" aus Georgien, hat sich auf dem KSZE-Jubiläumstreffen in Helsinki als ein kontaktfreudiger Außenminister entpuppt, der nicht dem Typ des herkömmlichen sowjetischen Funktionärs entspricht.

Von BERNT CONRAD

Der weißhaarige Präsident im grauen Anzug agierte mit der nüchternen Routine eines erprobten Vorstandsvorsitzenden. Zwar hatte ihm zu Beginn der gestrigen Sitzung in der Finlandia-Halle erst einmal ein Assistent die Technik der Druckknöpfe auf dem Präsidiumstisch erklären müssen. Doch nun thronte Eduard Schewardnadse lässig auf der Bühne, hoch über den im Zuschauerraum versammelten Außenministern aus den 34 übrigen KSZE-Teilnehmerstaaten, erheiterte seine Helfer neben und hinter sich gelegentlich durch einen Witz und verkündete mit sonorer Stimme: „Ich bitte die Anwesenden, ihre Plätze einzunehmen."

Noch fünf Wochen zuvor hatte der 57jährige Kaukasier allenfalls Kaderversammlungen georgischer KP-Funktionäre geleitet. Das westliche Ausland war ihm weitgehend unbekannt, und selbst in Osteuropa hatte kaum jemand eine persönliche Vorstellung von Schewardnadse, als ihn sein Gönner, Michail Gorbatschow, Anfang Juli überraschend als Nachfolger Andrej Gromykos aus der Provinz ins Moskauer Außenministerium beorderte.

Ein Diplomat aus Warschau berichtete in Helsinki, wie verblüfft die polnische Führung auf die Nachricht von der „Beförderung" des georgischen Parteisekretärs reagierte. Auch nach dem Wechsel blieb der Mann aus dem Süden der Sowjetunion für die meisten westlichen Beobachter in Moskau eine unbekannte Größe. Niemand bekam ihn zu Gesicht – außer dem amerikanischen Botschafter, mit dem Schewardnadse Modalitäten des geplanten Gipfeltreffens zwischen Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow im November besprach.

Kein Wunder, daß der Bonner Missionschef in Moskau, Hansjörg Kastl, eigens zur KSZE-Jubiläumskonferenz nach Helsinki kam, um gemeinsam mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher endlich seinen künftigen sowjetischen Ansprechpartner kennenzulernen. Genauso gespannt wie er warteten alle in der finnischen Hauptstadt versammelten Außenminister und die 1200 angereisten Journalisten auf den Neuling.

Das allgemeine Interesse sichtlich genießend, gab sich Schewardnadse vom ersten Augenblick an kontaktfreudig und heiter. Im hellen Sommeranzug, mit schwungvoller silberner Locke über der Stirn, ging er nach dem Verlassen seiner Aeroflot-Sondermaschine am Montag sofort vergnügt auf die Mikrophone der Rundfunk- und Fernsehreporter zu und beantwortete locker, wenngleich nichtssagend, bohrende Fragen. Später wurde ein staatsmännisch abgefaßtes „Statement" verteilt, das Schewardnadse gar nicht verlesen hatte.

Noch am gleichen Tag empfing der mittelalte Jungdiplomat einzeln und nicht en bloc, wie Gromyko dies getan hätte, die Genossen Außenminister aus dem Ostblock. Sie erlebten – ebenso wie die Außenminister-Kollegen aus dem Westen und den neutralen KSZE-Staaten am nächsten Vormittag in der Finlandia-Halle – einen Sowjetmenschen, der sich im Auftreten vom herkömmlichen Funktionärstyp und speziell von seinem Vorgänger Gromyko ganz erheblich unterscheidet.

Traktierte der bis zu seinem Amtswechsel dienstälteste Außenminister der Welt seine Gesprächspartner meist mit mürrischer Miene und schiefgezogenem Mund und ließ nur gelegentlich einen knurrigen Scherz einfließen, so scheint Schewardnadse, sobald er Kontakt aufnimmt, nur noch zu lächeln. Stets in – täglich wechselndes – westliches Tuch gekleidet, strahlt er das Wohlwollen eines Public-Relations-Mannes aus. Außenpolitische Unerfahrenheit und mangelnde Sprachkenntnisse – Schewardnadse ist anscheinend nur des Russischen mächtig – ersetzt er, wenn es ihm darauf ankommt, durch kaukasischen Charme.

Auf ähnliche Weise war es seinem Chef Gorbatschow Ende letzten Jahres in London gelungen, die sonst so skeptische „Eiserne Lady" Margaret Thatcher für sich einzunehmen. Auch als Schewardnadse im Parkett der Finlandia-Halle am Dienstag zum ersten Mal seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz begegnete, ließ er lachend die Zähne blitzen.

Am Nachmittag sahen und hörten die Außenministerkollegen dann im Plenum den „anderen Schewardnadse", der als Redner knallhart, wenngleich ohne die bei Gromyko üblichen Verbalinjurien, die unverändert starren sowjetischen Positionen vertrat. Das heißt: Die Heiterkeit des Kaukasiers verheißt keineswegs Nachgiebigkeit. Immerhin verbaute er mit seiner Rede durchaus nicht den Weg zum sowjetisch-amerikanischen Gipfel.

Genau einen solchen Mann hatte sich Gorbatschow offensichtlich für den Außenministerposten gewünscht: In der Sache, getreu den Weisungen des Politbüros und seines Generalsekretärs, klar auf Kurs, bei Bedarf flexibel, im Ton gemäßigt, im persönlichen Umgang gewinnend. Eine Mischung, die ernst genommen werden muß.

In Helsinki wollte jeder das georgische Phänomen persönlich kennenlernen. So war es für manchen schwer, einen Termin zu bekommen. Gestern traf Schewardnadse neben vielen anderen den französischen Außenminister Roland Dumas und dann (parallel zur Abfolge der geplanten Auslandsreisen Gorbatschows) den Amerikaner Shultz. Heute sind der Brite Sir Geoffrey Howe und am Nachmittag, kurz vor seinem Rückflug, Hans-Dietrich Genscher an der Reihe.

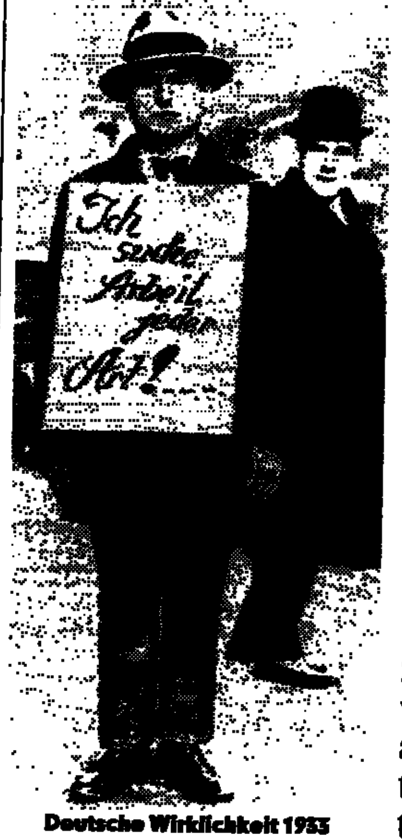
Für den Bonner Außenminister, der zu Gromyko in den langen Jahren ihrer Bekanntschaft – bei aller politischen Distanz – ein vertrautes Verhältnis gewonnen hatte, war es etwas enttäuschend, daß Schewardnadse für ihn erst gegen Schluß der KSZE-Tagung und dann auch nur für eine Stunde Zeit hat. „Mehr ist angesichts der vielen Terminwünsche einfach nicht drin. Dafür werden Sie Ende September beim UNO-Besuch in New York durch eine längere Unterredung entschädigt", wurde Genschers Abgesandten von sowjetischer Seite versichert.

Als sich am Dienstag mittag alle 35 Konferenzteilnehmer zum traditionellen „Familienfoto" gruppierten, schlängelte sich der Bundesaußenminister behende in die erste Reihe, direkt neben seinen neuen sowjetischen Kollegen, um mit ihm den dringend erwünschten persönlichen Kontakt aufzunehmen. Schewardnadse aber schien den Senior unter den westlichen Außenministern im ersten Augenblick gar nicht zu erkennen. Erstaunt starrte er ihn an.

Später scheint er darüber aufgeklärt worden zu sein. Denn beim gemeinsamen Mittagessen in den Festräumen des finnischen Staatsrates ging der Georgier dann mit breitem Lächeln auf Genscher zu, schüttelte ihm herzlich die Hand und bestellte beste Grüße von Andrej Gromyko. „Ich hoffe, daß wir die gleichen guten Beziehungen haben werden, wie sie zwischen Ihnen und meinem Vorgänger bestanden haben", versicherte Schewardnadse mit Nachdruck. Für den FDP-Politiker war das eine Genugtuung – mag der gewitzte Sowjetmensch nun die Wahrheit gesagt oder seine Grußbotschaft als „realistischer Entspannungspolitiker" spontan erfunden haben.

In Helsinki jedenfalls gibt es kaum einen Zweifel daran: Mit dem weltgewandten Provinzler Schewardnadse ist ein neuer roter Stern über dem Kreml aufgegangen.


Der erste Händedruck: US-Außenminister Shultz und sein neuer sowjetischer Amtskollege Schewardnadse in Helsinki FOTO: DPA


Deutsche Wirklichkeit 1933 FOTO: KEYSTONE

Die Sieger haben viel Macht, aber sie haben nicht immer genügend Vernunft, nach den Kriegen auch den Frieden zu gewinnen. Diese Erfahrung läßt sich aus der jüngeren deutschen Geschichte ablesen. Es gab Propheten der Vernunft, die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg davor warnten, Deutschland zu isolieren und dadurch dem Extremismus Auftrieb zu verschaffen. Sie wurden zu wenig beachtet – werden sie heute ausreichend beachtet?


Carl Jacob Burckhardt 1954 im Gespräch mit Bundespräsident Heuss FOTO: UP

Propheten der Vernunft – ungehört

Von AXEL SPRINGER

Eine in diesen Wochen zu sehende Fernsehserie über das Wirken des Schweizer Historikers und Diplomaten Carl Jacob Burckhardt in Danzig weckte wieder einmal die Erinnerung an die vielen bedeutenden Männer, die sich zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in Europa um Vernunft bemühten; die klar erkannten, wohin übersteigerter Nationalismus, der ja nicht auf Deutschland beschränkt war, führen mußte.

Einer der ersten und prominentesten war Präsident Woodrow Wilson. In seine berühmten „Vierzehn Punkte", eine Art Magna Charta für das zwanzigste Jahrhundert, wollte er auch die Deutschen, die Kriegsgegner der Alliierten, also auch des amerikanischen Volkes, einbeziehen. Weder in Deutschland noch irgendwo sonst sollten autokratische Regierungsformen geduldet werden. Alle Völker sollten frei über ihr Schicksal und ihre Regierungsform bestimmen können. Es sollte keinerlei Kriegsentschädigungen (Reparationen) geben. Irgendwelche Gebietswegnahmen sollten nicht gestattet werden.

Wilson setzte sich nicht durch. Nationalismus und Chauvinismus siegten in Versailles über den realistischen Idealismus, den der amerikanische Präsident verkörperte. Sogar in seinem eigenen Lande fiel man ihm in den Rücken, mit dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten dem von Wilson selbst angeregten Völkerbund nicht beitraten.

Die Unversöhnlichkeit der ehemaligen europäischen Feindmächte gegenüber der jungen Weimarer Republik war Wasser auf die Mühlen der vielen nationalistischen und revisionistischen Gruppen und Grüppchen in Deutschland. Männer wie der erste Reichspräsident Friedrich Ebert, der Reichstagspräsident Paul Löbe, der preußische Ministerpräsident Otto Braun und der von antisemitischen Fanatikern ermordete Wirtschafts- und Außenpolitiker Walther Rathenau versuchten, das Deutsche Reich vor der Zerreißprobe zwischen rechts und links zu retten.

Andere folgten nach, u. a. Gustav Stresemann, der wohl bedeutendste Staatsmann der ersten deutschen Republik, seine Weggenossen Hans Luther und Julius Curtius und schließlich Heinrich Brüning. Sie alle scheiteren aus vielen Gründen. Einer der wichtigsten war die mangelhafte Erfahrung der Deutschen mit der Demokratie. Dazu kam die politische Radikalisierung und Polarisierung im Reich, die besonders durch die in diesem Ausmaß beispiellose Inflation in den ersten Nachkriegsjahren und die Arbeitslosigkeit während und nach der großen Wirtschaftskrise gefördert wurden.

Die Not, die damals herrschte, war grenzenlos und ist unvorstellbar für alle, die das nicht miterlebt haben. Der Hunger ging um in Deutschland und mit ihm die Verzweiflung. Kein Wunder also, daß die Radikalen von rechts und links massenweise Zulauf bekamen. Die Demokratie war in Mißkredit gekommen. Prediger des Hasses – gegen die „Kapitalisten" die einen, gegen „die Juden" die anderen, gegen die staatliche Ordnung alle beide – beherrschten die Szene. Die Demokraten gerieten in die Minderheit.

Stresemann und Briand gaben ein Beispiel

Den verständigungswilligen, Vernunft, Toleranz und Ausgleich predigenden Politikern in Deutschland standen auch ähnlich denkende Männer außerhalb der Reichsgrenzen zur Seite. Einer ihrer bedeutendsten war Aristide Briand, lange Jahre französischer Premier und Außenminister, Vorkämpfer eines europäischen Zusammenschlusses, der die von seinem Kollegen und Freund Stresemann betriebene Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unterstützte und zusammen mit diesem den Nobelpreis für Frieden erhielt.

Ein anderer war eben jener Carl J. Burckhardt, der die Westmächte wiederholt davor warnte, durch eine halsstarrige Politik die „gemäßigten politischen Elemente" in Deutschland zu isolieren und auf diese Weise „extreme Lösungen" zu provozieren. Gleichzeitig warnte Burckhardt vor den Entwicklungen „hinter dem Vorhang der deutschen Grenze", von denen langfristig gesehen die größten Gefahren ausgingen.

Ganz eindringlich nimmt Burckhardt dazu in einem Brief an den österreichischen Schriftsteller Hugo von Hofmannsthal Stellung, mit dem ihn eine tiefe Freundschaft verband. Aus dem am 12. November 1925 geschriebenen Brief, zu einer Zeit also, als in Berlin Luther Reichskanzler und Stresemann Außenminister waren, seien hier einige Auszüge zitiert:

„Wundern Sie sich nicht bisweilen darüber, daß die sogenannten Staatsmänner unserer Zeit so wenig wahrnehmen, was wirklich vor sich geht? Alles starrt immer auf Deutschland, als ob alle Entscheidung von dort kommen würde, alle Gefahr dort ihren Ursprung habe, hinter diesem faszinierenden Phänomen Deutschland wird man nicht gewahr, was hinter dem Vorhang der deutschen Grenzen gespielt wird:

Es war gestern, daß wir Brest-Litowsk erlebten, damals war Rußland auf die Grenzen zurückgewiesen, die es zur Mitte des 16ten Jahrhunderts besaß. Das von den letzten Zaren beherrschte Gebiet im Westen und im Süden, die ganze Ukraine gingen verloren, im Transkaukasus waren unabhängige Staaten: Armenien, Aserbeidschan, Georgien entstanden, ganz Sibirien bildete eine unabhängige Einheit.

Aber schon heute ist alles zurückgewonnen. Nur Polen, das auferstandene katholische Polen, bleibt bis zu den nächsten Erdstößen selbständig, sodann die kleinen schutzlosen baltischen Provinzen.

In Sibirien konnten die roten Armeen ungestört operieren. Niemand war da, der es verhindert hätte, Ukraine aber und transkaukasische Gebiete wurden zurückgewonnen, indem man sie an die bolschewistische Kirche anschloß ...

Merkwürdig, daß in der ganzen angelsächsischen Welt, in England und seinen Dominien so gut wie in den Vereinigten Staaten, diese weltgeschichtlich entscheidende Tatsache viel weniger Interesse erweckt als eventuelle Vorgänge, eventuelle Entwicklungen, die sich am Rhein oder im künstlich isolierten Deutsch-Österreich oder vor allem in bezug auf die Tschechoslowakei einstellen könnten ...

Man starrt fasziniert auf dieses kleine Mitteleuropa, reizt die im tiefsten durch den Kriegsausgang enttäuschten Deutschen, die längst keine Großmacht mehr sind, wenn sie überhaupt jemals eine waren, man reizt sie durch Mißtrauen und mesquine Behandlung, bis all ihr Hang zum Übertreiben, zum Dreinschlagen, zum harten Ende wieder losbrechen wird.

Dabei wäre es leicht, die jetzigen gemäßigten Regierungen dieses Landes durch generöses Entgegenkommen zu kräftigen. Aber man kompromittiert sie, eine nach der andern wird man innenpolitisch unmöglich machen, bis dann nur noch der blinde Zorn und die jeder Demagogie zugängliche deutsche Urteilslosigkeit und politische Unbegabung übrig sind und einen Rausch bewirken, den dann der Westen für die Weltgefahr an sich, für eine äußerste Bedrohung halten wird, während doch die Bedrohung in Wirklichkeit sich hinter dieser deutschen Fassade, zwischen Baltikum und Stillem Ozean, vorbereitet, in einem räumlichen Ausmaße, das die Menschheit noch nie gesehen hat ...

Die Lösung des deutschen Problems scheint mir zur Zeit darin zu liegen, daß man den gemäßigten politischen Elementen innerhalb des Reichsgebietes greifbare Erfolge gibt und sie konsolidiert. Nur äußere Erfolge vermögen es in Deutschland, das Gemäßigte an der Führung der Staatsgeschäfte zu beteiligen. Der Hang zu extremen Lösungen ist eine deutsche Grundanlage, das hat sich schon in der Reformation ebensosehr als in der philosophischen Revolution des 19ten Jahrhunderts gezeigt.

Rußland, Zentrum einer Heilslehre

Das ist eine Konstante, die man nachgerade im Westen kennen sollte, wie man die Charakteranlage eines Verwandten, mit dem man leben muß, kennt und gewissermaßen einkalkuliert. Rußland dagegen ist zu entscheidenden Teilen eine asiatische Macht, es hat ein inkommensurables Element in sich. Rußland, als Zentrum einer Heilslehre, gewinnt Kräfte wie einst die durch Mohammed entflammte arabische Welt.

Es handelt sich darum, mit dem größten Machtgenerator zu rechnen, dem wir bisher begegnet sind; es handelt sich dagegen nicht darum, akademische oder sentimentale Betrachtungen über Wert und Unwert des Bolschewismus anzustellen, das gehört nicht in die außenpolitische Aufgabe. Der Bolschewismus ist eine der vielen Formen, die der Sozialismus annehmen kann, eine unendlich viel wirksamere Form als jene, deren Entstehen auf halbem Wege erkaltete ..."

Das Erstaunliche an diesem Brief ist nicht so sehr der Zeitpunkt, an dem er verfaßt wurde. Damals mußte sich Burckhardt wie ein einsamer Prediger in der Wüste vorkommen. Das Erstaunliche ist, daß sich in vielen maßgeblichen Köpfen des Westens in den vergangenen sechzig Jahren die Einschätzung der Sowjetunion nicht verändert hat. Trotz der Erfahrungen von Jahrzehnten glauben auch heute viele in der Welt noch nicht, daß die Sowjetunion ein „mit allen Mitteln zur Weltherrschaft strebender Staat" ist.

„DDR" verstärkt Kontrolle des Asylantenstroms

Hu. Eschwege

Die „DDR"-Grenzbehörden haben ihre Kontrollmaßnahmen zur Verminderung des Asylantenstroms aus südost-asiatischen Ländern nach West-Berlin und in das Bundesgebiet erweitert. Beim Bundesgrenzschutz wurde bekannt, daß Beamte nicht nur – wie seit Mitte Juli üblich – die Verkehrswege von Ost-Berlin in den freien Teil der Stadt kontrollieren, sondern seit neuem auch die Transitzüge in die Bundesrepublik Deutschland. Die Aufmerksamkeit der „DDR"-Grenzer richtet sich dabei besonders auf die Tamilen, denen nach Erfahrungen des BGS die Einreise nach Ost-Berlin verweigert wird, soweit sie nicht über ein Visum für die Bundesrepublik oder einen „Anschlußvermerk" im Paß für ein Drittland verfügen.

Schröder gegen Technologiezentrum

AP, Hannover

Der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD, Gerhard Schröder, sieht sich nach einer Pressekonferenz von Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in seiner ablehnenden Haltung zum geplanten Technologiezentrum Nord bestärkt. Er bekräftigte die Auffassung seiner Partei, das militärische Forschung und Waffenproduktion keine Mittel der Technologie-, Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik sein dürften.

„Ich wehre mich entschieden dagegen, gutverdienenden Rüstungskonzernen, über welche Konstruktion auch immer, hohe Staatszuschüsse zu geben." Nach dem Willen der CDU-Landesregierung soll das „Technologiezentrum Nord" in Unterlüß am Rande der Lüneburger Heide im Frühjahr 1987 seine Arbeit aufnehmen.

Höffner: Wehrdienst nicht unmoralisch

AP, Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hat der Auffassung widersprochen, ein Christ sei moralisch zur Verweigerung des Wehrdienstes sowie jeder Mitwirkung in Katastrophenschutz, Zivildienst und Rüstungsbetrieben verpflichtet. In einem gestern veröffentlichten Brief an die „Katholische Junge Gemeinde" (KJG) betonte Höffner, Christen könnten „trotz völliger Übereinstimmung in den sittlichen Grundüberzeugungen, zu unterschiedlichen Alternativen des politischen Handelns kommen."

Dies gelte, so der Kardinal, auch für die Frage, wie der Friede am besten gesichert und erhalten werden könne. Die Bundesleitung der KJG hatte in einem offenen Brief zum 8. Mai erklärt, sie halte „die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes für die einzig vertretbare christliche Entscheidung".

Schmidt erhält „viel größeres Gewicht"

dpa, Hamburg

Helmut Schmidt, seit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers im Mai 1983 neben Marion Gräfin Dönhoff Mitherausgeber der „Zeit", wird vom 1. Oktober an „ein sehr viel größeres" Gewicht im Verlag haben, teilte der bisherige Verleger Gerd Bucerius gestern mit. Die Berufung dieses „Mannes von Weltruf" zu seinem Nachfolger als Verleger bedürfe keiner Begründung. Schmidt werde in erster Linie den publizistischen Teil der Verlagsarbeit übernehmen. Er selbst werde die Eigentümerrechte und die anfallenden Lasten der Beratung und Kontrolle behalten, sagte Bucerius.

Auch im Wahljahr soll es einen soliden Etat geben

Von MICHAEL JACH

Gleich nach den Sommerferien werden die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags Disziplin zu beweisen haben, sollen nicht ihre Beratungen über den 27-Milliarden-Landeshaushalt 1986 sowie einen sich abzeichnenden (zweiten) 100-Millionen-Nachtrag fürs laufende Rechnungsjahr zur Generalprobe für den Landtagswahlkampf ausarten. Der CDU-Alleinregierung Albrecht ist es mit ihrem Etatentwurf für das Wahljahr unter Mühen gelungen, die Balance zu halten zwischen der grundsätzlichen Zielvorgabe stetiger Konsolidierung und den finanzpolitischen Versuchungen, die bevorstehende Wahlen mit sich bringen.

Da ist zunächst jener Landeskredit über 100 Millionen Mark für das in Gründung befindliche „Technologiezentrum Nord" in Unterlüß



(WELT v. 26. 7.), der noch vor Jahresende verfügbar sein soll und folglich einen weiteren Nachtragshaushalt erfordert. Sozialdemokraten und Grüne auf den Oppositionsbänken werden sich den Anlaß kaum entgehen lassen, im Wahlkampf herauszustellen, warum die Strukturförderungs- und Zukunftssicherungspolitik der Landesregierung falsch sei – allein schon wegen des „falschen" Partners Rheinmetall und dessen Wehrtechnik.

Verlegenheit dagegen zeigt zumal die SPD angesichts einer Sünde der CDU wider das marktwirtschaftliche Bekenntnis, die nach dem SPD-Doppelsieg von Düsseldorf und Saarbrücken geboten erschien und daher im Planungsstab der Staatskanzlei für läßlich erachtet wurde. Die „Beschäftigungsinitiative" des Landeschefs, die bis Ende 1986 unter anderem 15 000 stellungslosen Jugendlichen zu Arbeitsplätzen verhelfen soll (WELT v. 27. 7.), ist eben ein staatliches Programm mit Folgeausgaben von 220 Millionen Mark bis 1988.

Aber das reizt, mit Rücksicht auf Niedersachsens Arbeitsmarkt-Sorgen, nicht einmal die halb und halb oppositionelle FDP dazu, ihre marktwirtschaftliche Gralshüter-Rolle herauszukehren. Im Gegenteil: Die Idee habe Albrecht von ihr entliehen, und nun sei es „zu spät". „Zu wenig" und „zu spät" sagt auch die SPD und lockt mit ihren milliardenträchtigen Standardforderungen „für Arbeit und Umwelt".

Davon abgesehen, wird dennoch allgemein anerkannt, daß es Finanzminister Burkhard Ritz bei der Vorstellung des 86er Etatentwurfs vermeiden konnte, das Gesicht des soliden Sparers zu verlieren. 27,4 Milliarden Mark soll die Landeskasse hergeben, bescheidene 2,3 Prozent mehr als 1985 (26,8 Milliarden). Die Neuverschuldung wird von 1,936 auf 1,84 Milliarden gedrückt; mehr Sparsamkeit scheint im Wahljahr „nicht drin".

Dabei sitzt das Land auf einem Altschulden-Sockel in Höhe eines Jahresetats; Ende 1984 waren es 26,6 Milliarden. Im nächsten Jahr verschlingen sie fünf (1985: 4,7) Milliarden für Zins und Tilgung – bei einstweilen weiter wachsender Tendenz.

Auch sonst das übliche Bild der Länderausgaben: Fürs Personal werden allein elf Milliarden gebraucht, mit 41,3 Prozent der weitaus größte Brocken vom Kuchen. Für Investitionen stehen 3,8 Milliarden oder erneut 14 Prozent zur Verfügung, im Vergleich zu manchen anderen Ländern noch ein beachtlicher Anteil, der aber nach Ankündigung des Finanzministers in den Folgejahren leicht sinken wird.

Die mittelfristigen Plandaten bis 1989 sehen abermals Ausgabenzuwächse zwischen 2,3 und 3,5 Prozent vor. Zugleich soll die Nettokreditaufnahme auf dann 1,3 Milliarden begrenzt werden – mit dem Fernziel, in zehn Jahren ohne Neuschulden auszukommen. Vorausgesetzt, die Erwartung eines nominalen Wirtschaftswachstums von fünf Prozent im Schnitt erfüllt sich.

Ob es bei den Vorgaben der Landesregierung bleibt, hängt indessen schon für 1986 nicht allein vom Landtag ab. Ein „Landesmilchprogramm" für EG-quotengeschädigte Landwirte, denen eben erst nachträglich 17 Millionen dargeboten wurden, müßte zweckdienlich verlängert werden. Und noch weiß niemand zwischen Hannover und Cuxhaven, was die Hochseefisch-Fangunion das Land am Ende kosten wird.

Umsiedler aus der „DDR" sind keineswegs eine negative Auslese

Eine Statistik des Bundesausgleichsamts räumt mit einem verbreiteten Vorurteil auf

BERND HUMMEL, Eschwege

Die „DDR"-Behörden haben während der Ausreisewelle des Vorjahres keinesfalls eine „negative soziale Auswahl" unter den Antragstellern getroffen. Dies geht aus einer jetzt bekannt gewordenen Statistik des Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg hervor, die Aufschluß über Alter und Berufe der Übersiedler gibt. Auffallend ist, daß die Gruppe der 25- bis 35jährigen unter den insgesamt 41 000 „DDR"-Übersiedlern sowohl bei den Männern (5411) als auch bei den Frauen (4945) den größten Anteil hat. Kommentar aus Bad Homburg: „Diese Zahlen werden das Umsiedler-Bild bei uns ein wenig geraderücken."

Damit sind auch jene Darstellungen widerlegt, nach denen sich die „DDR" jener Bürger entledigt habe, die aus ihrer Sicht für Arbeit und Beruf nur noch bedingt von Bedeutung sind. Dies läßt sich unter anderem daran erkennen, daß die Zahl der Nichterwerbspersonen (15 838) – darunter über 5000 Schüler, fast 4000 noch nicht schulpflichtige Kinder und knapp 4000 Rentner – verhältnismäßig gering ist. Gleichzeitig haben auch hier – ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland – die Frauen (9181) den größten Anteil an der Gesamtzahl der nicht Erwerbstätigen. Bei den zuständigen Bonner Ministerien weiß man: „Es ist keinesfalls so, daß die Umsiedler von drüben den Steuerzahlern bei uns auf der Tasche liegen."

Eher stimmt das Gegenteil. Die Erfahrung eines im Bundesnotaufnahme-Verfahren – es liegt der statistischen Erhebung zugrunde – tätigen Beamten: „Die überwiegende Mehrheit ist bereit, hart zu arbeiten, weil sie sich eine neue Existenz gründen will. Das schließt die Bereitschaft mit ein, auch in anderen Berufen zu arbeiten, bis eine der Ausbildung entsprechende Tätigkeit gefunden wird." Vor diesem Hintergrund haben Sorgen um einen Arbeitsplatz nur geringe Bedeutung, zumal die Umsiedler nach den Erfahrungen des Bundesausgleichsamtes mobil, also bereit sind, sich dort niederzulassen, wo es Arbeitsplätze gibt.

Das belegen auch die Aufnahmequoten der verschiedenen Bundesländer. Mit fast 9000 „DDR"-Umsiedlern liegt Nordrhein-Westfalen deutlich an der Spitze, gefolgt von Berlin (6580) und Baden-Württemberg (6347). Schlußlichter sind mit 358 aufgenommenen „DDR"-Umsiedlern der Stadtstaat Bremen und mit 234 aufgenommenen Antragstellern das Saarland, Bereiche mit einem angeschlagenen Arbeitsmarkt. Die an der Eingliederung der Umsiedler beteiligten Behörden haben überwiegend gute Erfahrungen gemacht, zumal es an Arbeitsplatzangeboten nicht mangelte. Wörtlich: „Da gab es eine Vielzahl von Anfragen aus Industrie und Handwerk mit attraktiven Arbeitsplatzangeboten. Auch Gemeinden boten Patenschaften – Arbeitsplatz inklusive – an."

Was die berufliche Qualifikation der im Vorjahr in die Bundesrepublik umgesiedelten Deutschen aus der „DDR" angeht, so liegt auch sie deutlich unter dem, was die „DDR"-Medien im nachhinein der eigenen Bevölkerung glauben machen wollten. Die Dienstleistungsberufe stehen mit nahezu 13 000 Antragstellern deutlich an der Spitze dieser Skala, wobei sich ein deutliches Übergewicht zugunsten der Organisations- und Verwaltungsberufe (2606) ergibt, gefolgt von den Verkehrsberufen und Gesundheitsdienstberufen. Mit knapp 10 000 Umsiedlern stehen die industriellen und handwerklichen Berufe – vor allem Schlosser und Mechaniker, aber auch Angehörige der Bauberufe und der Textilindustrie – an zweiter Stelle. Unter den Umsiedlern registrierte das Bundesausgleichsamt aber auch mehr als 2000 Ingenieure, Mathematiker und sogenannte technische Sonderfachkräfte.

Angesichts dieser Voraussetzungen sind sich die beteiligten Behörden in der Beurteilung der Berufs- und Vermittlungsaussichten der „DDR"-Umsiedler einig: „Das sind Leute, die wir sehr gut gebrauchen können." Problematisch wird es jedoch in anderen Berufsbereichen. Wie – so sorgen sich die Arbeitsämter – soll etwa ein Dampflokomotivführer untergebracht werden, oder ein „Klauenbeschneider". Letzteren Beruf gibt es nur bei den „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (LPG) der „DDR".

Brandt wird im Dezember vor dem Sejm reden

mj, Hannover

Zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages wird am 7. Dezember der SPD-Vorsitzende und damalige Bundeskanzler Willy Brandt als Redner vor dem polnischen Parlament (Sejm) auftreten. Dies wurde gestern in Hannover nach der Rückkehr einer zehnköpfigen Reisegruppe der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion aus Polen bekannt. Die Abgeordneten, die von den Plänen ihres Parteichefs offensichtlich durch ihre polnischen Gastgeber erfuhren, verlangen von der Bundesregierung „eine entsprechende Repräsentanz". Im Hinblick auf die „gestörten deutsch-polnischen Beziehungen" seien „gemeinsame Entspannungsbemühungen aller deutschen Parteien" erforderlich.

Bei den polnischen Argumenten zur Abwehr des deutschen Friedensvertragsvorbehalts gegen eine völkerrechtlich endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zeichnet sich nach SPD-Angaben eine neue Variante ab. Wie die Landtagsabgeordneten Rolf Wernstedt und Udo Zempel berichteten, wiesen verschiedene amtliche polnische Stellen gleichlautend darauf hin, daß im Potsdamer Abkommen von 1945 der ausstehende Friedensvertrag samt Grenzregelung nicht mit dem englischen Begriff „treaty" (Vertrag), sondern mit dem unverbindlicheren „settlement" (Übereinkunft) bezeichnet sei. Wernstedt schloß die Deutung nicht aus, damit untermauere Warschau die Behauptung, bereits in Potsdam sei die Grenzfrage endgültig entschieden worden; offen seien allenfalls ausfüllende Folgevereinbarungen wie etwa der Warschauer Vertrag.

Rahmenabkommen über SDI bis Jahresende erwartet

Perle bekräftigt: Deutsche Industrie an Forschung beteiligen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ein hochrangiger Vertreter der amerikanischen Regierung hat die deutsche Industrie abermals mit großem Nachdruck zur Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm eingeladen. Staatssekretär Richard Perle, im Verteidigungsministerium in Washington zuständig für Sicherheitspolitik, sagte in einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung, deutsche Unternehmen würden zu den gleichen Bedingungen mit Stellen der US-Regierung Aufträge abschließen können, wie sie amerikanische Firmen erhalten. Nach seiner Darstellung werden im SDI-Programm insgesamt rund 800 Forschungsverträge mit Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen vergeben werden.

Perle bestätigte die Erwartung der Bundesregierung, nach der bis zum Jahresende zur Sicherung der Zusammenarbeit mit deutschen Einrichtungen ein Rahmenabkommen auf Regierungsebene abgeschlossen werden soll. Zur Erkundung der detaillierten Bedingungen wird in der ersten Septemberwoche abermals eine Delegation mit Ministerialdirektor Horst Teltschik vom Bundeskanzleramt an der Spitze in die USA reisen. Bonn ist zum Abschluß eines Rahmenabkommens aber nur bereit, wenn für die deutsche Seite die Benutzung der aus der SDI-Zusammenarbeit gewonnenen Erkenntnisse in der eigenen Unternehmenspolitik der betroffenen Firmen möglich ist. In vertraulichen Gesprächen mit hohen Bonner Regierungsvertretern ist Perle eindeutig gesagt worden, die deutsche Seite müsse sicher sein, daß einschlägige Forschungsergebnisse auch für die Entwicklung einer europaspezifischen SDI-Verteidigungskomponente gegen Kurzstrekkckenraketen, Flugzeuge und Marschflugkörper nutzbar seien. Perle bezeichnete das nach dem heutigen Stand als ausgeschlossen, da die Ergebnisse aus von der US-Regierung finanzierten Forschungen allein der US-Regierung gehörten.

In seinem öffentlichen Vortrag begrüßte der Pentagon-Staatssekretär allerdings ausdrücklich, wenn sich Europa darum bemühe, wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger angeregt hatte, ein Komplementärstück zu SDI in Gestalt einer „Europäischen Verteidigungsinitiative" (EVI) zu entwickeln. Darauf würden die USA nach Perles Worten „begünstigend antworten", so daß zu erwarten ist, Perle werde sich für die Aufhebung entsprechender Restriktionen zur Nutzung von Forschungsergebnissen für EVI verwenden.

Wie Perle weiter erläuterte, ist die amerikanische SDI-Forschung darauf gerichtet, technische Möglichkeiten zur Zerstörung ballistischer Raketen in der Startphase (boost phase) oder in der zweiten Phase ihres Weges zum Ziel (midcourse phase) zu entwickeln. Diese sind nach seiner Darstellung jedoch kaum geeignet, Raketen mit kurzen Reichweiten zu zerstören. Dafür geeignet sei fast ausschließlich eine sogenannte Verteidigung im Endanflug (terminal defense). Perle wörtlich: „Wir sind an allen Ideen sehr interessiert, die diese Terminalverteidigung in der Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten realisierbar erscheinen lassen."

Im privaten Gespräch gibt es keine SED-Parolen

Bonner Abiturienten schildern Eindrücke ihrer Klassenfahrt

M. SCHLINGMANNN, Bonn

„Ich kannte nur das graue, triste Ost-Berlin und dachte, so müsse es dort überall sein." Der 18jährigen Friederike und ihren Schulkollegen vom Bonner Cusanus-Gymnasium kam die Klassenfahrt nach Schulpforta, Erfurt, Eisenach und Weimar zunächst vor wie eine Reise ins fremde Ausland. Die Vorstellung von einem Ausflug in einen Teil Deutschlands lag fern, schien doch zu vieles allzu fremd: Schlangestehen und heimliches Organisieren, Ducken, Drill und offizielle Organisation waren Attribute, die die Abiturienten mit „drüben" verbanden. Und dann wurden die zwanzig aus dem Deutsch-Grund- und-Leistungkursus mit den zwei Gesichtern der „DDR" konfrontiert. Sie trafen auf restaurierte Fassaden und „frisierte" Historie und stießen in Diskussionen mit Gruppen der Freien Deutschen Jugend auf die offizielle Staatsraison.

Reisen nach drüben gefragt

Doch in Gesprächen mit Gleichaltrigen – hinter vorgehaltener Hand – wurde dann plötzlich klar, deren Wünsche und Ziele waren gar nicht so verschieden von den eigenen, und – da es jedoch mit der Realisation hapert – es gab auch die eine oder andere vorsichtige Kritik.

Zweifelsohne Erfahrungen von großer Bedeutung, die die Schulabgänger bei ihrem letzten gemeinsamen Unternehmen machten. So wichtig für sie selbst, daß sie sie mitteilen wollten. Spontan wurde eine Ausstellung im Cusanus-Gymnasium organisiert, die überschrieben sein könnte „Reiseroute durch die ‚DDR' – offiziell und privat" oder, wie es die 18jährige Andrea in einem Gedicht auf der Plakatwand formulierte: „Erst die Suche nach dem Gemeinsamen, dem Verbindenden macht den Menschen zum Menschen".

Wie die Bonner Abiturienten fahren jährlich Hunderte von Schulklassen in die „DDR" – seit 1983, denn da verzeichnen die Statistiken einen enormen Schub. Reisten 1982 200 Klassen mit etwa 5000 Schülern in den anderen Teil Deutschlands, so fuhren im vergangenen Jahr 36 000 junge Deutsche in die „DDR". „Drüben sind die Grenzen der Aufnahme-Kapazitäten erreicht," erklärte Ulrich Bunjes, Geschäftsführer des Deutschen Bundesjugendrings, der sich maßgeblich für den innerdeutschen Jugendaustausch einsetzte.

Beeindruckt und gleichzeitig irritiert waren die Bonner Schüler vom Besuch im Konzentrationslager Buchenwald. „Dort bekommt man ja geradezu das Gefühl, der Osten sei an der ganzen Geschichte überhaupt nicht beteiligt gewesen. Da wird immer nur vom Hitler-Faschismus gesprochen, weil ‚sozialistisch' aus NSDAP ja wohl nicht auftauchen darf", empören sich die Schüler.

Aktuelle Themen in der Diskussion mit FDJ-Mitgliedern. Deren Argumente – Ausreisewillige seien Verbrecher, niemand sei daran interessiert, Honecker zu kritisieren, warum also freie Meinungsäußerung? – gaben die Bonner Jugendlichen mit Kopfschütteln wieder. Und sie sind sich einig, ihre Gesprächspartner gaben nur erlernte Parolen von sich, die leicht zu widerlegen waren.

Schließlich hatten jedoch die – leider nur allzu wenigen – privaten Gespräche in den Jugendherbergen und auf der Straße weitaus größere Bedeutung für die Bonner Abiturienten, vermittelten sie doch einen ungefärbten Eindruck vom „DDR"-Alltag. „Es fängt schon bei für uns ganz selbstverständlichen Sachen, wie Schuhen, an", berichtet Christoph, 19 Jahre alt. „Ich habe mit einem Jungen gesprochen, der Wildleder ganz toll fand, aber dann resigniert meinte, da wäre wohl nie dranzukommen, da er eben nicht zu den Privilegierten gehöre." Daß es eine Klasse mit einigen Sonderrechten gibt, war für die Abiturienten spätestens nach einem Gespräch mit einem Mädchen klar, das sich völlig zufrieden zeigte, da „ihr Vater wohl schon alles besorgen könne".

Vielfache Reglementierung

Doch nicht allein die fehlende Konsumfreiheit bedrückte die zwanzig. Die Reglementierungen in der „DDR" wurden ihnen auch bedrückend klar, als sie eine junge Frau trafen, die liebend gern Französisch studiert hätte und jede freie Minute mit französischer Literatur – sofern vorhanden – verbrachte. Aber da es für Französisch keinen Bedarf gab, studierte sie Naturwissenschaften.

Auch eine Reise in den Westen ist für die meisten „DDR"-Jugendlichen nicht drin. Die bleibt einigen wenigen FDJ-Mitgliedern vorbehalten. „Viele drüben sagen ja immer, sie hätten auch schöne Reiseziele. Aber wenn man dann am Bahnhof auf den Zug nach Bonn wartet und jemand sagt ‚Ach, da fahr' ich mit', wird schon klar, daß sie sich eingesperrt fühlen. Das könne auch das in vielen Freundeskreisen stärker als in der Bundesrepublik ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl keineswegs ausgleichen.

München probt Geburtstag von Strauß

PETER SCHMALZ, München

„Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus", meinte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Was er damit meinte, läßt sich in diesen Tagen in München verschiedenenorts bemerken. Da erscheinen in Zeitungen Anzeigen, in denen die Prägung einer goldenen Jubiläumsmünze angekündigt wird. Und im Cuvilliéstheater begleitet Kultusminister Hans Maier den Kammersänger Hermann Prey am Piano, auf daß ein Lied erklang zu Ehren jenes Mannes, dem auch die Münze gilt. Im Festsaal des noblen „Bayerischen Hofes" versammelt sich schließlich am hellichten Nachmittag eine illustre Auswahl der besseren Münchner Gesellschaft, um der Präsentation eines Buches beizuwohnen, dem Lied und Münze zu Ehren gereichen sollen.

Kurzum: Der bayerische Freistaat probt kurz vor dem Aufbruch in die Sommerferien noch rasch den 70. Geburtstag von Franz Josef Strauß, der eigentlich erst am 6. September im Kalender steht.

Doch solange wollte das bayerische Fernsehen nicht warten. Weil am Jubelabend im Ersten eine Geburtstagssendung ausgestrahlt wird, lud Intendant Reinhold Vöth ins schöne Rokokotheater, setzte sich neben den Ministerpräsidenten in die Königsloge (während das bayerische Kabinett mit dem Parkett vorliebnehmen mußte) und lauschte der Stimmkunst des Tölzer Knabenchors, der Brigitte Fassbaender und des Hermann Prey. Dem Landesvater, im weinroten Smoking, gefiel der vokale Abend sichtlich, wenn er auch eingestand, „ja leider nicht sehr musikalisch" zu sein.

Wohl ein wenig zum Ausgleich gab's auch einige literarische Kostproben wie zum Beispiel das Gedicht von Ludwig Thoma über den alten Jäger. Dessen letzte Zeilen „An oider Hisch, der sell' steht z'ruck und laßt de Junga bei de Stuck" wurde von manchen sogleich als Anspielung auf den Jubilar verstanden.

Nur zwei Tage später traf sich nahezu die gleiche Gästeliste am Nachmittag im Hotel, um ein Buch aus der Taufe zu heben, auf dessen Einband groß der Name Franz Josef Strauß prangt und ein wenig kleiner der Titel, über den der Autor selbst sagt, er sei sicher anspruchsvoll: „Verantwortung vor der Geschichte". Aber wohl dem Werk wie dem Verfasser angemessen, wenn man der Definition folgt, die Gerold Tandler in seinem Vorwort über den Autor gebrauchte: „Er ist der Wächter auf den Zinnen einer freiheitlichen und zukunftsorientierten Politik."

Das Buch, so Tandler in einer kleinen Vorrede im Hotel, solle ein Zeichen des Dankes sein: „Wir haben das Glück, seinen 70. Geburtstag und gleichzeitig sein 40jähriges Berufsjubiläum zu feiern." Worauf der so Angesprochene ans Pult geht und über die Jubiläen zu sinnieren beginnt, die sich in letzter Zeit auf verdächtige Weise häufen. „Das spricht nicht dafür, daß man jünger wird", formuliert Strauß in freier Rede. „Ich hoffe aber, daß man weiser geworden ist." Wozu als Beleg auch das Buch dienen soll, das Beiträge zur deutschen und internationalen Politik aus den vergangenen sieben Jahren enthält, die nicht zufällig auch die Amtszeit des Ministerpräsidenten Strauß umspannen.

Der echte Geburtstag wird am 6. September begangen, wenn der Landesvater in der Residenz Abordnungen aus Teilen des Landes und des Bundes zur Gratulationsfeier empfängt. Tags darauf werden vor der Feldherrenhalle 2800 bayerische Laienmusiker in 70 Musikkapellen und sieben Spielmannszüge unterteilt aufmarschieren und den Ministerpräsidenten mit einem Ständchen begrüßen, „wie es München noch nie erlebt hat". Das jedenfalls verspricht der Präsident des Bayerischen Musikbundes.

Wochen später wird nochmals in die Residenz geladen: Dann gibt die CSU ihrem Vorsitzenden einen Empfang und wird dabei auch mit Stolz darauf verweisen, daß keine andere Partei so lange und so erfolgreich von ein und demselben Mann geführt wird.

Bevor all das geschehen wird, macht sich der nun fast Siebzigjährige schnell noch ein eigenes Geburtstagsgeschenk: Er absolviert nach der theoretischen schnell noch die praktische Prüfung, die ihm das Steuern von Düsenflugzeugen erlaubt. Den Schein für Propellermaschinen besitzt der CSU-Chef seit nunmehr 15 Jahren. „Er ist ein gefühlvoller Pilot", lobt sein Fluglehrer Heinrich Then, der seinem Flugschüler auch schon mal heimlich einen Motor abgestellt hat, damit dieser zeige, wie er die doppeldüsige „Cessna-Citation" reaktionsschnell abzufangen weiß.

Warschau-Visite Genschers noch in diesem Jahr?

dpa, Helsinki

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher rechnet damit, seinen 1984 kurzfristig ausgefallenen Besuch in Warschau noch in diesem Jahr nachzuholen. Bei einem Mittagessen, das sein polnischer Kollege Stefan Olszowski in Helsinki für Genscher gab, wurde über diesen Besuchsplan gesprochen. Ein Termin sei jedoch noch nicht festgelegt worden, teilte ein Sprecher mit.

Genscher hat der polnischen Regierung den „schweren politischen Fehler" vorgehalten, den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger bei seinem jüngsten Polen-Besuch nicht empfangen zu haben. Der Außenminister betonte, daß der Dialog gerade mit denjenigen Politikern wichtig sein sollte, mit denen man nicht übereinstimme, vor allem dann, wenn sie eine bedeutende Rolle in der Politik ihres Heimatlandes spielten.

Bei seinem Gespräch mit Olszowski hat Genscher auch auf eine großzügigere Praxis bei der Bewilligung von Ausreisen gedrungen. Weitgehende kulturelle Möglichkeiten für deutschstämmige Polen könnten darüber hinaus zu einer Reduzierung von Ausreisewünschen führen.

Terroristen erhalten Zulauf

DW. Karlsruhe

Die „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) könnte vom kommenden Jahr an erhebliche Verstärkung durch Altterroristen erhalten, die in den 70er Jahren verurteilt worden waren. Nach Verbüßung ihrer Freiheitsstrafen können unter anderem mit ihrer Freilassung rechnen: der frühere Heidelberger Rechtsanwalt Siegfried Haag, der zwei Drittel seiner 15jährigen Strafe verbüßt hat. Auch dürfe sein ehemaliger Komplize Roland Mayer ebenso freikommen wie Ralf Reinders und Andreas-Thomas Vogel, die am Drenkmann-Mord und der Lorenz-Entführung beteiligt gewesen sein sollen. Der Altterrorist Christoph Wackernagel und Gerd Schneider sollen 1987 schon vorzeitig freikommen.

Nach Auffassung von Ermittlungsbeamten ist damit zu rechnen, daß diese nach ihrer Freilassung terroristische Aktivitäten fortsetzen werden. Mit einer Freilassung ist zu rechnen, wenn die Verurteilten sich in der Haft anständig geführt haben.

Weniger Deutsche aus der UdSSR

E. N. Bonn

Den „weiteren Tiefpunkt" der Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt (CDU), zum Anlaß genommen, an die UdSSR appelliert, „im Interesse der getrennten Familien und im Interesse unserer beiderseitigen Beziehungen" zu einer „besseren" Aussiedlungspolitik zurückzukehren.

Waffenschmidt bezifferte die in den ersten sieben Monaten dieses Jahres aus Ost- und Südosteuropa in der Bundesrepublik angekommenen Aussiedler auf 20 298 (Vorjahresvergleich: 20 024). Beim Deutschen Roten Kreuz seien aus diesen Ostblockländern 280 000 Ausreisewillige registriert.

Während aus Polen von Januar bis Juli 1985 mit 10 821 rund 3000 mehr Aussiedler angekommen seien als im Vergleichszeitraum 1984, sank die Zahl bei der Sowjetunion von 532 auf 265. Waffenschmidt: „Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung der Aussiedlungsmöglichkeiten für die Deutschen in der Sowjetunion mit zunehmender Sorge."

Betriebsrente ist versicherungspflichtig

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat in mehreren Prozessen grundsätzlich entschieden, daß Rentner von den Versorgungsleistungen ihres früheren Arbeitgebers Beiträge zur Krankenversicherung leisten müssen. Das Grundgesetz wird dadurch nach der ausdrücklichen Feststellung des Bundessozialgerichts nicht verletzt. Entgegengesetzte Urteile vorheriger Instanzen werden aufgehoben.

Das Bundessozialgericht entsprach damit in letzter Instanz der Rechtsauffassung der Krankenkassen. Die Prozesse wurden von ehemaligen Angestellten angestrengt, die im Ruhestand leben und Rente aus der Angestelltenversicherung erhalten (Az.: BSG 12 RK 34/84, 36/84 und andere).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

London will dem Tourismus neue Impulse geben

REINER GATERMANN, London

Eine beschleunigte Paß- und Zollabfertigung, flexiblere Öffnungszeiten der Geschäfte und Museen, Änderung der strengen Ausschankbestimmungen für Alkohol, mehr Hotels der unteren Preisklasse sowie bessere Ausbildung im Dienstleistungsgewerbe. So will die britische Regierung einem Wirtschaftszweig helfen, der – so schreibt der Industrieverband – die „größte wirtschaftliche Einzelhoffnung für die Zukunft" darstellt: der Tourismus.

Die Branche beschäftigt 950 000 Personen und indirekt zusätzliche 450 000. In London ist sie nach dem öffentlichen Sektor und dem Einzelhandel mit ungefähr 300 000 Beschäftigten der drittgrößte Arbeitgeber.

1984 kamen 13,8 Millionen Touristen in das Vereinigte Königreich. Sie gaben umgerechnet 21 Milliarden Mark aus. In diesem Jahr rechnet man mit einer spürbaren Steigerung und hält – erstmals seit vielen Jahren – eine positive Touristenbilanz für wahrscheinlich.

Wirtschaftliche Rolle

Aber obwohl der Fremdenverkehr bereits eine beachtliche volkswirtschaftliche Rolle spielt, wird seine Bedeutung nach Ansicht Lord Youngs „bisher noch nicht voll anerkannt". Einschließlich der britischen Touristen wird der Fremdenverkehr 1985 schätzungsweise 48 Milliarden Mark umsetzen.

Der Vernachlässigung des Fremdenverkehrs will der Lord jetzt abhelfen. Allerdings – typisch für die Regierung Thatcher – nicht mit Finanzhilfen, sondern in erster Linie durch Beseitigung „administrativer und anderer Hindernisse".

Von der Branche wird das Vorhaben begrüßt. Von der oppositionellen Labour Party wird es als „ein wertloses Papier, dessen große Aufmachung dem dünnen Inhalt entspricht", abgetan.

Ohne zusätzliche Gelder sei es kaum möglich, mehr Ausländer auf die Insel zu locken. Das Fremdenverkehrsamt: „Hongkongs Budget für Touristenwerbung ist dreimal und Frankreichs zweimal größer als unseres."

Attraktive Hauptstadt

Die Metropole London zieht ausländische und britische Touristen besonders an. Es sei im Vergleich zu anderen europäischen Hauptstädten außergewöhnlich, daß mehr als die Hälfte aller Reisenden London besuchten, stellt das London Visitor and Convention Bureau fest. Die Gäste loben das viele Grün, die effektive U-Bahn, die große Auswahl an Museen und Theatern, sowie die Einkaufsmöglichkeiten.

Viel kritischer ist dagegen die Londoner Presse: Die Stadt habe viel zu wenig Parkplätze, insbesondere für Busse, die Gewalt nehme zu, Taxifahrer und Restaurantpersonal seien vor allem gegenüber Ausländern unfreundlich und oft unverschämt.

Hotels hätten häufig einen für den geforderten Preis schlechten Standard und seien oft überbucht, was zu Ausquartierungen bis Birmingham und Cambridge führe. Professor Rik Medlik, der für den Industrieverband einen Touristik-Bericht erstellt hat, meint: „Die Londoner sind am unfreundlichsten."

Skeptiker sehen die günstige Entwicklung des vergangenen Jahres und die positiven Erwartungen für 1985 nicht im besseren Angebot begründet, sondern in den günstigen Wechselkursen. Deshalb plädiert Medlik für eine stabilere Wechselkurspolitik.

Und um der Branche weiter zu helfen, schlägt der Industrieverband vor, freie Tage aus der Weihnachts- und Silvesterzeit auf die feiertagsarmen Monate September und November zu verschieben.

Wenn Gorbatschow als Jung-Siegfried erstrahlt

Von C. GUSTAF STRÖHM

Christian Schmidt-Häuer: „Michail Gorbatschow, Moskau im Aufbruch", Piper-Verlag, München/Zürich, 198 Seiten, 89 Mark.

Westliche Politiker und Publizisten, die sich von Berufs wegen mit der Analyse und Deutung sowjetischer Politik beschäftigen, leben oft unter einem gewissen Erwartungsdruck. Viele hoffen insgeheim, daß sich das sowjetische System ändern, daß es menschlicher werden und sich liberalisieren müsse.

Ist es nicht langweilig, jahraus, jahrein nur über düstere Kreml-Intrigen, über verfolgte Dissidenten, über den Archipel GULag oder grausame Invasionen von Ungarn bis Afghanistan berichten zu müssen? „Herr Kästner, wo bleibt das Positive?", könnte man den Dichter zitieren. Das Positive aber – bietet es sich jetzt, nach der jahrelangen Herrschaft der Greise, nicht in Gestalt des „jungen" (immerhin 54jährigen) Michail Gorbatschow an?

Offenkundig ist Schmidt-Häuer mit seinem schnell auf den Markt gebrachten Buch dieser heimlichen Sehnsucht bei sich selber und beim deutschen Leserpublikum weit entgegengekommen. Was er zur Charakteristik des neuen Parteichefs beizusteuern weiß, grenzt oft ans Panegyrische – und wenn es wahr ist, daß Gorbatschow dem Kult um seine eigene Person in der Sowjetunion Einhalt geboten hat: in der Bundesrepublik Deutschland steht dieser Kult, nicht zuletzt dank Schmidt-Häuer, jetzt in Hochblüte.

Da ist vom „diskreten Charme des russischen Bauernsohnes" (Gorbatschow) die Rede – was immer man darunter verstehen mag. Gorbatschow wirke „nicht staatstragend-beflissen, sondern geruhsam-unbefangen". Manchmal erreicht das – für Gorbatschow – eine gewisse Peinlichkeit, etwa wenn Schmidt-Häuer schreibt: „Die geschwungenen Lippen drücken aus, daß dieser Mann kein Asket ist, wohl aber sinnliche Erlebnisfähigkeit mit harter Entschlossenheit vereinbaren kann." Etwas rätselhaft auch die Formulierung: „Sein (Gorbatschows) Gesicht wirkt russisch, aber *nicht ländlich*."

Man stelle sich vor, ein ernsthafter deutscher Biograph Mitterrands würde den französischen Präsidenten mit dem Satz charakterisieren: „Sein Gesicht wirkt französisch, aber nicht pariserisch." Müssen denn alle Russen – immerhin ist die Sowjetunion doch ein großer Industriestaat – „ländlich" wirken?

In dieser Hinsicht ist Schmidt-Häuer doch sehr germanisch: irgendwo scheint er sich noch heute darüber zu wundern (und zu begeistern), daß es auch nicht-klobige und nicht-bullige Russen gibt, die, wie Gorbatschow – samt fescher Ehefrau Raissa – mit Messer und Gabel speisen und, horribile dictu, konservative westliche Politiker zu beeindrucken vermögen.

So sympathisch Schmidt-Häuer den neuen sowjetischen Parteichef („Jung-Siegfried") vorstellt, so negativ äußert er sich erstens über dessen Vorgänger und Konkurrenten in der KPdSU – und zweitens über die Amerikaner und über Präsident Reagan. So entsteht der Eindruck, die Sowjetunion sei von korrupten und vertrottelten Führern regiert worden – bis zuerst Andropow und dann Gorbatschow den Augiasstall auszumisten begannen.

Läßt sich aber das Phänomen Sowjetunion wirklich auf einen so einfachen Nenner bringen? Und läßt sich Reagan als „antikommunistischer Kreuzzügler" abtun, der das westliche Bündnis in eine „No-future-Gemeinschaft" verwandelt habe?

Gorbatschow nach wenigen Monaten Regierungszeit mit Zar Peter dem Großen und dessen Reformen zu vergleichen, wie Schmidt-Häuer es tut, ist gewagt. Noch weiß niemand, nicht einmal Gorbatschow selber, wohin die Reise geht, ganz abgesehen davon, daß es zwar verlockend, aber sachlich und vom Standpunkt der Geschichtswissenschaften verfehlt ist, Unvergleichbares miteinander zu vergleichen.

Schmidt-Häuer spricht – in Anlehnung an die heutige Terminologie – vom „militärisch-industriellen Komplex Peter dem Großen", obwohl es, zur Zeit des Absolutismus keine Industrie gab.

Gewiß bietet Schmidt-Häuer eine Fülle von Details. Sein Wissen ist nicht gering. Insgesamt vermag er aber die Fakten nicht überzeugend zu ordnen, so daß sich – vielleicht auch wegen der Eile der Niederschrift – zahlreiche Widersprüche finden: Gorbatschow ist für Entspannung, aber er verbietet dem bulgarischen Parteichef Schiwkoff 1984 die Reise nach Bonn. Wie reimt sich das zusammen? Gorbatschow ist im Gegensatz zu Gromyko für eine Neubelebung des Ost-West-Dialogs – wie aber kommt es dann, daß Gromyko ihm zur Macht verhalf?

Manchmal wirkt Schmidt-Häuer selber wie der „Zerrissene" von Nestroy. So wenn er plötzlich sich selber mit der Bemerkung einschränkt, „daß Gorbatschow zumindest um neue Formen bemüht ist, auch wenn die politische Substanz sich so schnell nicht verändern wird". Warten wir also ab, ob es dem russischen „Jung-Siegfried" gelingt, den sowjetischen „Privilegienstaat in eine Leistungsgesellschaft umzufunktionieren" (Schmidt-Häuer).

US-Verteidigungsetat weiter offen

Demokraten lehnten Kompromiß ab / Umstrittene C-Waffen / Entscheidung erst im Herbst

FRITZ WIRTH, Washington

Die demokratische Fraktion des Repräsentantenhauses hat sich geweigert, einem mühsam ausgehandelten Kompromißbudget für das Verteidigungsministerium zuzustimmen. Da der Kongreß am Wochenende in Parlamentsferien geht, wird die Entscheidung über den amerikanischen Verteidigungshaushalt damit mindestens bis zum Herbst vertagt.

Der Widerstand der Demokraten gegen dieses Verteidigungsbudget kommt einer Revolte gegen den demokratischen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Les Aspin gleich. Aspin hatte in den letzten Wochen mit dem Senat einen Kompromiß-Haushalt mit Nullwachstum gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 302,5 Milliarden Dollar ausgehandelt. Die Demokraten des Repräsentantenhauses wollen diesen Etat jedoch um zehn Milliarden Dollar kürzen. Es ist genau jene Summe, die als Ausgleich für die jährliche Inflationsrate vorgesehen war. Der Senat dagegen verabschiedete den Kompromißhaushalt in Höhe von 302,5 Milliarden Dollar mit 94 gegen fünf Stimmen.

Die Kontroverse unter den Demokraten enthüllt deutlich ihr nach wie vor gestörtes Verhältnis zu Verteidigungsproblemen, was ihnen den Ruf eingetragen hat, allzu sorglos mit Sicherheitsfragen der Nation umzugehen. Genau dieses Image möchte Aspin beseitigen. Seine Partei müsse in Verteidigungsfragen wieder ihre Glaubwürdigkeit beim Wähler zurückgewinnen, erklärte er.

Die Gegner Aspins denken anders. Sie argumentieren, daß sie ihn vor allem deshalb im letzten Winter zum Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses gewählt haben, weil ihnen der frühere Vorsitzende Price zu konservativ erschien. Nun stelle sich heraus, daß Aspin so nachgiebig wie sein Vorgänger sei. Zahlreiche Demokraten behaupteten gestern in einer stürmischen Fraktionssitzung, daß der Kompromißhaushalt, den Aspin in einer Konferenz mit dem Senat ausgehandelt habe, einen Ausverkauf an die Republikaner und die Reagan-Administration darstelle. Aspin verteidigte sich mit dem Argument, daß die Demokraten im Senat ganz anders über das ausgehandelte Budget denken. Dort billigten mit Ausnahme der Senatoren Metzenbaum und Proxmire alle demokratischen Senatoren diesen Verteidigungsetat.

Einer der Hauptgründe der Demokraten im Repräsentantenhaus für ihren Widerstand gegen den Verteidigungsetat war neben der schieren Höhe die Frage der Produktion von chemischen Waffen. Das Repräsentantenhaus hatte ursprünglich in dieser Frage eine höchst paradoxe Position eingenommen, die das doppeldeutige Spiel einiger Demokraten in schwierigen Verteidigungsfragen verdeutlicht.

Sie hatten einerseits der Produktion chemischer Waffen zugestimmt, zugleich aber einen Veto-Mechanismus für die Alliierten eingebaut, der diese Produktion mit hoher Wahrscheinlichkeit unmöglich gemacht hätte. Aspin hatte in einer Konferenz mit dem Senat dieses Vetorecht aufgehoben. Danach ist die Produktion dieser Waffen ausschließlich eine Entscheidung der Reagan-Administration.

Es gibt unter den Demokraten im Senat und zahlreichen gemäßigten Demokraten im Repräsentantenhaus keine Zweifel, daß die Produktion neuer chemischer Waffen notwendig ist, zumal die gegenwärtigen Bestände zu gering, veraltet und in der Lagerung zu riskant geworden sind. Die Produktion der neuen chemischen Waffen soll im Oktober 1987 beginnen, wenn der Kongreß zustimmt.

Die USA haben sich in der Produktion chemischer Waffen seit 16 Jahren selbst ein Moratorium auferlegt, während die Sowjets in diesem Zeitraum ihre Bestände an chemischen Waffen sowohl qualitativ wie quantitativ beträchtlich erhöht haben. Leitende Beamte der Reagan-Administration weisen darauf hin, daß das jüngste von den Sowjets vorgeschlagene Moratorium für Atomtests größere Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft besäße, wenn die Sowjets sich in der Vergangeneit dem amerikanischen Moratorium in der Produktion chemischer Waffen angeschlossen hätten.

Verteidigungsminister Weinberger nannte die Ablehnung des ersten Verteidigungsetats mit Nullwachstum während seiner Amtszeit enttäuschend. Die Verzögerung des Etats trage zur Verunsicherung des internationalen Verteidigungs-Establishments bei, erklärte er in einem Fernsehinterview. Er wies dabei auch die ständig wachsenden Spekulationen über seinen bevorstehenden Rücktritt zurück, die damit begründet wurden, daß er müde, desillusioniert und enttäuscht über eine angebliche Entfremdung zum Präsidenten sei.

Weinberger sagte: „Ich bin angetreten, dem Präsidenten zu helfen. Solange ich dazu in der Lage bin und nicht müde werde, werde ich dies tun. Der Präsident war in der Würdigung meiner Arbeit bisher stets sehr großzügig. Es ist wichtig, einen solchen Job zu verlassen, noch bevor man spürt, müde zu werden. Ich aber habe davon bei mir noch keine Anzeichen entdeckt."

Castro politisiert die Schuldenfrage

Nicht als Revolutionär, sondern als Staatsmann wirbt er um die Sympathie Lateinamerikas

WERNER THOMAS, Miami

Fidel Castro, der ergraute Revolutionär, ist unter die Wirtschaftsexperten gegangen. Er spricht fast nur noch über das Geld, die Banken und den Internationalen Währungsfonds. Er fordert einen globalen Erlaß der Schulden Lateinamerikas, 360 Milliarden Dollar, und läßt diese Forderungen auf Transparenten wiederholen. Im Kongreßzentrum Havanas tagen 378 Delegierte aus 17 lateinamerikanischen Ländern, um solche Gedanken zu unterstützen.

„Castro will die Beziehungen zu den anderen Ländern des Subkontinentes verbessern, indem er seine revolutionäre Rolle herunterspielt und als Staatsmann auftritt", kommentierte Kenneth N. Skoug, der Direktor der Kuba-Abteilung im Washingtoner State Department. Er pflege jedoch weiterhin die Kontakte zu den Guerrilla-Bewegungen. „Er möchte sich diesen Weg (den gewaltsamen Revolutionsexport) offenhalten."

Die neuen Demokratien

Washington reagierte nicht überrascht. „Ein gutes Timing", konzediert ein anderer Beamter des Außenministeriums. „Jawohl, Castro hat gewisse Erfolge erzielt."

Der Kubaner nützt die Demokratisierungswelle in Lateinamerika. Fast überall sind in den letzten Jahren rechte Militärdiktaturen durch zivile Regierungen ersetzt worden. Nur noch in Chile, Paraguay und Guatemala herrschen Generäle. Guatemala kehrt im Januar 1986 zu demokratischen Verhältnissen zurück.

Die neuen Demokratien verfolgen keinen strikten antikommunistischen Kurs mehr. Automatisch erfolgte eine Annäherung an Kuba, das vor 20 Jahren nur mit einer Botschaft auf dem lateinamerikanischen Subkontinent vertreten war – in Mexiko.

Die Brasilianer erwägen zur Zeit die Normalisierung der Beziehungen. Zwischen Kuba und Argentinien existieren besonders enge wirtschaftliche Kontakte: Argentinien gewährt in den nächsten drei Jahren Warenkredite in Höhe von 600 Millionen Dollar.

Obwohl Kolumbien und Kuba keinen Botschafter-Austausch unterhalten, pflegen Kolumbiens Präsident Belisario Betancur und Castro gute persönliche Beziehungen: Sie telefonieren fast wöchentlich miteinander. Ecuadors Präsident Leon Febres Cordero, der konservativste zivile Staatschef Lateinamerikas, absolvierte im April einen Kuba-Besuch. Der Gastgeber chauffierte den Gast in einem sowjetischen Jeep.

Betancur und Febres Cordero bemühen sich allerdings auch deshalb um harmonische Beziehungen, weil sie ein Guerrilla-Problem haben, Kolumbien mehr als Ecuador. Sie wissen, daß Castro zumindest die orthodoxen marxistischen Gruppen beeinflussen kann.

Amerikanische Geheimdienstkreise berichten, daß der Kubaner nach wie vor die revolutionäre Unruhe in allen Teilen Lateinamerikas schürt. Wie der „Miami Herald" meldete, befinden sich im marxistischen Nicaragua militärische Ausbildungszentren für linke Partisanen unter Leitung des kubanischen Generals Arnaldo Ochoa, Castros ehemaligem Angola-Kommandeur. Auch Mitglieder der peruanischen Rebellen-Gruppe „Sendero Luminoso" (leuchtender Pfad) würden hier gedrillt.

Fidel Castro versucht, sich als Vertreter lateinamerikanischer Interessen Sympathien zu verschaffen. Die Schulden sind ein besonders delikates Problem. „Ein ideales Thema", sagte ein westlicher Diplomat in Havana. „Dieses Engagement ist besser als die Entsendung von Waffen an Guerrilleros." Ecuadors Präsident Febres Cordero erklärte, er teile zwar nicht Castros Position. Jedoch: „Sie wird bei jenen Regierungen attraktiv sein, die ihre Schulden nicht mehr zahlen können."

Zur Konferenz in Havana wollte kein Amtskollege des Kubaners kommen. Die andren Regierungen Lateinamerikas entsandten nicht einmal ihre Außen- oder Wirtschaftsminister. Castro machte „die Imperialisten und ihre Satelliten in Lateinamerika" dafür verantwortlich, daß die erwartete Prominenz fehlte und daß ihm unlautere Motive unterstellt wurden.

Er warnte vor dem Risiko einer „allgemeinen sozialen Revolution" in Lateinamearika, wenn das Schuldenproblem nicht gelöst werde – eine Situation, die er bisher gefördert hatte. Er selbst zahlt seine Schulden an westliche Gläubiger ab, insgesamt 3,2 Milliarden Dollar, oder läßt umschulden.

Ein bissiger Brief

Perus neuer Präsident Alan Garcia, ein Sozialdemokrat, kritisierte ihn zudem, daß er die Schuldenkrise mit dem Ost-West-Konflikt befrachten wolle. Garcia zu Castros Forderungen: „Interessant, aber unrealistisch."

Der Kubaner revanchierte sich mit einem bissigen Brief an den Peruaner, in dem er dessen Absichten in Frage stellte, soziale Reformen durchzuführen. „Wenn sie tatsächlich etwas gegen die soziale Misere tun wollen, wie sie versprochen haben, können sie mit Kubas Unterstützung rechnen."

In Washington wird diese Fehde aufmerksam registriert. Ein Beamter des Außenministeriums: „Die beiden werden sich wahrscheinlich nicht gut verstehen." Ausgerechnet ein Sozialdemokrat stört die Strategie des Sympathiewerbens. (SAD)

Beugte sich die BBC dem Druck der Regierung?

gat. London

Sieben Stunden intensiver Verhandlungen benötigte der Board of Governors (Aufsichtsgremium) der britischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC, um die für Mittwoch nächster Woche angekündigte Ausstrahlung eines Nordirland-Programms „vorläufig" abzusetzen. Vorausgegangen war ein Brief von Innenminister Leon Brittan an die BBC, daß ein derartiges Programm „materiell die Terroristenszene unterstützt". Der Minister wendete sich insbesondere gegen den Auftritt von Martin McGuiness, von dem London behauptet, er sei der Generalstabschef der Terrororganisation IRA.

McGuiness sollte in der 45-Minuten-Sendung das eine Extrem der Konfrontation in Nordirland verkörpern. Als Kontrahent sollte Gregory Campbell auftreten, der als protestantischer Extremist die Parole „Schießen, um zu töten" vertritt und im Zentrum des Bürgerkrieges gegen die Katholiken stünde, falls sich London aus Nordirland zurückzöge.

Zunächst nannte die BBC in einer Vorankündigung das Programm informativ und ausgewogen, jetzt beschloß jedoch der Aufsichtsrat, es „erscheint nicht klug, es zu diesem Zeitpunkt und in dieser Atmosphäre zu senden".

Die Absetzung des Programms ist von verschiedenen Seiten heftig kritisiert worden. Der frühere BBC-Präsident Sir Hugh Greene (1960 bis 1969) bedauerte, daß der Sender dem Druck der Regierung nachgegeben habe.

UNO evakuiert Beamte aus Uganda

AFP, Kampala

Vier Tage nach dem Militärputsch in Uganda hat gestern ein Auszug von Ausländern aus Kampala begonnen. Sämtliche bisher in dem ostafrikanischen Staat tätigen Beamten der UNO, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie ein Teil des Botschaftspersonals der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Somalias schickten sich an, das Land in einem Konvoi von 60 bis 100 Fahrzeugen zu verlassen.

Die Ausreisen erfolgen angesichts der ungewissen Zukunft Ugandas unter der neuen Führung mit dem bisherigen Armee-Oberbefehlshaber Tito Okello an der Spitze. Der zu dem neuen Militärrat gehörende Putschistenführer, General Bazilio Olara Okello, hatte die Soldaten wiederholt aufgerufen, Terrorakte und Plünderungen einzustellen und in die Kasernen zurückzukehren. Alle beschlagnahmten Privatwagen müßten ihren Besitzern zurückgegeben werden, mahnte der General. Die Disziplinierungsbemühungen der Armeeführung hatten offenbar zumindest in der Hauptstadt Erfolg.

Abgeordneter in Neu-Delhi ermordet

dpa, Neu-Delhi

Unbekannte Attentäter haben gestern in Neu-Delhi einen prominenten Unterhaus-Abgeordneten der regierenden Kongreß-Partei sowie seine Frau und einen Parteifunktionär erschossen.

Der 34jährige Lalit Maken war im vergangenen Dezember erstmals ins Parlament gewählt worden und galt seither als einer der führenden Sprecher seiner Partei.

Maken galt in den 70er Jahren als enger Vertrauter Sanjay Gandhis, eines Sohnes der ermordeten Indira Gandhi. Indische Menschenrechtsorganisationen hatten dem Politiker Ende vergangenen Jahres eine Beteiligung an den Sikh-Massakern nach der Ermordung der Ministerpräsidentin vorgeworfen.

Turner darf CBS nicht übernehmen

dpa, Atlanta

Der Versuch des amerikanischen Fernsehunternehmers Ted Turner, die Fernsehgesellschaft Columbia Broadcasting System (CBS) zu übernehmen, ist gescheitert. Ein Bundesrichter in Atlanta lehnte es ab, den von CBS geplanten Rückkauf von 21 Prozent der eigenen Aktien zu verbieten. Der Angriff Turners auf die größte der drei großen Networks war gelegentlich in Zusammenhang mit dem Versuch der konservativen Gruppe „Fairness in den Medien" gebracht worden, bestimmenden Einfluß auf den Fernsehgiganten zu nehmen.

Die vom republikanischen Senator Helms geleitete Gruppe, die mehr religiösen und konservativen Einfluß in den Medien fordert, wirft CBS vor, „einseitig liberal" zu sein.

Hausarrest für Kim Dae-Jung

rtr, Seoul

Der südkoreanische Oppositionspolitiker Kim Dae-Jung ist gestern zum zweitenmal in diesem Jahr unter Hausarrest gestellt worden. Der 59jährige erklärte der Nachrichtenagentur Reuter in einem Telefongespräch, er glaube, die Regierung sei über seinen Einfluß in der oppositionellen Neuen Koreanischen Demokratischen Partei (NKDP) beunruhigt.

Kim Dae-Jung berichtete, daß etwa 200 Polizisten in Uniform und Zivil sein Haus in Seoul umstellt und ihm mitgeteilt hätten, daß er es nicht verlassen dürfe. Ein Regierungssprecher erklärte Reuter, die Behörden betrachteten die Maßnahme nicht als Hausarrest. Sie diene dem Zweck, Kim an der „Teilnahme an politischen Aktivitäten zu hindern".

Die Probleme mit dem Shuttle bringen die Nasa unter Druck

Außer den Europäern bemühen sich jetzt auch die Sowjets um Satelliten-Starts

WOLFGANG WILL, New York

Der Beinahe-Absturz der „Challenger" und zuvor die zweimalige Verschiebung des Starts haben wieder einmal gezeigt, daß das Nasa-Raumfähren-System noch längst nicht den Kinderschuhen entwachsen ist. Verständlich deshalb, daß die Gesichter in der Nasa-Bürokratie von Washington, wo Budgets und Raumflugzeug-Frachtpreise bearbeitet werden, immer sorgenvoller geworden sind. Denn die Liste der Unternehmen, die der Nasa beim Start von Satelliten Konkurrenz machen wollen, wird immer länger. Jetzt haben sich sogar, zur allgemeinen Überraschung, die Sowjets mit ihrer „Proton"-Rakete um einen internationalen Satelliten-Start bemüht.

Nasa wie auch ESA waren von dem sowjetischen Schritt überrascht, wenn auch von Anfang an wenig Chance bestand, daß die Russen den „Zuschlag" bekommen würden, selbst wenn sie die Startkosten der Amerikaner und Europäer drastisch unterbieten würden – was sie dem Vernehmen nach auch taten.

Inmarsat ist eine Organisation, der 43 Nationen angehören, auch die Sowjetunion. Diese „International Maritime Satellite Organization", die gerade in München getagt hat, wird in den kommenden Jahren einige Navigations-Satelliten starten, und um ein solches oder einen Teil des Geschäfts bewarben sich die Sowjets.

Die Sowjets unterbieten die westlichen Preise

Sie offerierten einen Satellitenstart mit ihrer „Proton"-Rakete für nur zehn Millionen Dollar, während Nasa und ESA das anderthalbfache berechnen werden. Inmarsat entschied sich für die westlichen Raumfahrtorganisationen, denn mit absoluter Sicherheit hätten die USA die Ausfuhr der Satelliten, bei denen amerikanisches Know-how verwendet wird, in die Sowjetunion verboten. Gebaut werden die Satelliten von einem Konsortium unter Führung von British Aerospace.

Die Sowjets mit ihrer Start-Offerte sind jedoch nur der letzte Wermutstropfen für die Nasa, deren Start-Kapazitäten einem Erosionsprozeß unterworfen sind.

● Da die Nasa den gesetzlichen Auftrag hat, kommerziell zu agieren und zumindest die Selbstkosten in Rechnung zu stellen – wenn nicht Gewinne zu machen, wird sie ihre Frachtpreise für das Raumflugzeug bald erhöhen müssen. Bisher kostet die Nutzung des gesamten Frachtraums für eine Mission 38 Millionen Dollar, die Erhöhung ab 1. Oktober aber bringt den Preis dann auf 71,4 Millionen Dollar.

● Dann werden die Europäer mit ihrer „Ariane" für Kunden, die Satelliten zu starten haben, noch attraktiver – und sie würden den Amerikanern noch mehr Starts und Geschäfte wegnehmen: Von den 21 Nachrichtensatelliten-Starts, die es in diesem Jahr geben wird, werden zwölf mit einem US-Raumflugzeug, neun mit „Ariane"-Raketen erfolgen – aber künftige Startbuchungen gehen bei der ESA schneller und zahlreicher ein als bei der Nasa.

● Doch abgesehen von ESA und Sowjets gibt es noch weitere Konkurrenz für die Nasa: Indien und Brasilien starten ihre eigenen Satelliten und wollen sich, so heißt es in Nasa-Kreisen in Washington, um Kunden in der Dritten Welt bewerben. China und Japan sind ebenfalls daran interessiert, sich am lukrativen Satelliten-Startgeschäft zu beteiligen. Denn diesem Zweig der Weltraumtätigkeiten sagen Experten in New York ein Jahresvolumen von 50 Milliarden Dollar voraus, beginnend Ende dieses Jahrhunderts. Außerdem gibt es in den Vereinigten Staaten eine Anzahl von Privatunternehmen, die Satelliten starten wollen, in Konkurrenz mit der Nasa:

● General Dynamics will Satelliten mit Atlas-Centaur-Raketen starten,

● Transpace Carriers Inc. will mit „Delta"-Raketen in Konkurrenz zur Nasa treten.

Diese US-Privatunternehmen laufen in Washington Sturm und fordern für Satelliten-Starts mit Raumflugzeugen drastische Preiserhöhungen – andernfalls könnten sie nicht wettbewerbsfähig werden. Sie sind der Meinung, daß die Raumfahrtbehörde zur Selbstkostendeckung für die Nutzung des gesamten Frachtraums eines Raumflugzeuges wenigstens 150 Millionen Dollar berechnen muß. Nur dann, wenn die Nasa so teuer geworden ist, versprechen sich auch diese privaten Unternehmen einen Teil des Satelliten-Startgeschäfts.

Die Nasa sitzt also zwischen vielen Stühlen: Wenn sie ihre Preise stark erhöht, stellt sie die inneramerikanischen Konkurrenten zufrieden und fördert gleichzeitig die Geschäfte der Europäer – und verliert in jedem Falle dabei. Erhöht sie die Preise nicht, wird der Kongreß auf den Plan gerufen, wo die Nasa ohnehin als „Verschwender" gilt. Es wird inzwischen immer zweifelhafter, ob die Raumflugzeuge jemals kostendeckend, geschweige denn gewinnbringend geflogen werden können, wie es erklärtes Ziel der Nasa ist.

In den USA setzt man wieder auf die Raketen

Deshalb gibt es in Washington bereits eine Bewegung „zurück zu Raketen": Die US-Luftwaffe hat sich mit ihrer Ansicht durchgesetzt, daß es in Zukunft Raketen für Satelliten-Startzwecke geben muß, weil die Zuverlässigkeit der Raumflugzeuge noch stark zu wünschen übrig lasse. Die Beinahe-Katastrophe der „Challenger" unmittelbar nach dem Start, als erstmals ein Triebwerk ausfiel und der Absturz drohte, wird die Zweifler noch bestärken. Nach mehr „Anti-Raumflugzeug" oder nach „Raumflugzeug-Vorbehalt" klingt auch die Forderung der vom Präsidenten eingesetzten Weltraum-Kommission, die unter Leitung des ehemaligen Nasa-Administrators Thomas Paine steht:

Diese Kommission tritt für Entwicklung und Bau einer Rakete ein, die wenigstens so stark und groß ist wie Wernher von Brauns „Saturn", mit der die Amerikaner zum Mond geflogen sind. Eine solche Rakete, so die Begründung der Kommission, könne „in den neunziger Jahren" reduzierte Startkosten garantieren.

Dabei war angekündigt worden, daß das Zeitalter der sogenannten Einweg- oder Wegwerf-Raketen mit Indienststellung der Flotte von Raumgleitern – es gibt bislang vier derartige Maschinen – ein Ende finden würde. Das war aber offensichtlich ein Nasa-Trugschluß. (SAD)

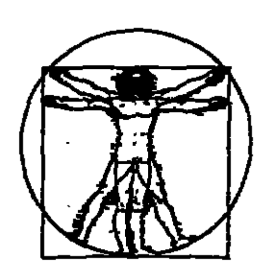
AUS LABORS UND INSTITUTEN

Luftreinhaltung in NRW

Düsseldorf (DW.) – Über 1000 Verstöße gegen die Luftreinhaltevorschriften haben die motorisierten Streifendienste der Gewerbeaufsicht 1984 in Nordrhein-Westfalen ermittelt. In den meisten Fällen konnten die festgestellten Mängel sofort vom Anlagebetreiber behoben werden, in 58 Fällen mußten behördliche Maßnahmen angeordnet werden. Die Rufnummern des Dienstes, der in Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Köln und Recklinghausen stationiert ist, können den Telefonbüchern entnommen werden. Darüberhinaus haben Meßdienste fast 7000 mal gewerbliche Anlagen überprüft und dabei 1000 Grenzwertüberschreitungen festgestellt.

Geld für Aids-Forschung

Washington (dpa) – Die amerikanische Regierung hat den Kongreß ersucht, die Gelder zur Erforschung der Immunkrankheit Aids zu erhöhen. Die Gesundheitsministerin



Margaret Heckler sagte, daß statt der bewilligten 85 mindestens 126 Millionen Dollar benötigt würden. Die wissenschaftlichen Erfolge seien aufsehenerregend und hätten bereits zu neuen Wegen in der Forschung und Vorbeugung geführt. In den USA leiden 12 000 Menschen an der lebensbedrohlichen Krankheit.

Wankelmotor im Flugzeug

Detroit (DW.) – Der Wankel-Motor, der heute nur noch in wenigen Kraftfahrzeugen verwendet wird, findet jetzt ein neues Einsatzgebiet in der Luftfahrt. Die Firmen John Deere und Textron Avco wollen ein Flugzeugtriebwerk nach dem Prinzip des Drehkolbenmotors entwikkeln, das etwa 350 bis 400 PS leisten wird. Es ist vor allem für den Bereich der Geschäftsflugzeuge vorgesehen, wo es seine Vorteile – hohe Leistung bei geringem Gewicht, Laufruhe und aerodynamische Baumöglichkeit – voll ausspielen kann.

Warnung vor Hausrezept

Berlin (dpa) – In der Bundesrepublik häuft sich nach Angaben des Bundesgesundheitsamts (BGA) in letzter Zeit die Praxis, Säuglingen und Kindern bei Vergiftungen Kochsalzlösungen zu verabreichen, um damit Brechreiz auszulösen. Das BGA warnte am Mittwoch eindringlich vor dieser Maßnahme, weil beim Ausbleiben des Übergebens „eine lebensbedrohliche Kochsalzvergiftung auftreten kann". In Notfällen sollte sofort ein Arzt aufgesucht oder eines der regionalen Informations- und Behandlungszentren für Vergiftungen angerufen werden.

Stapellauf des ICE

Donauwörth (dpa) – Der Prototyp einer neuen Generation von Hochgeschwindigkeitszügen, wie er von 1990 an auf den ausgebauten Intercity-Strecken zum Einsatz kommen soll, ist am Mittwoch der Bundesbahn übergeben worden. Von September dieses Jahres an soll der „Intercity-Expresszug" (ICE) zwei Jahre lang auf dem bundesdeutschen Schienennetz getestet werden.

Ameisen-Halde

Bergkamen (idr) – Erstmals ist es jetzt gelungen, auf einer Abraumhalde Ameisenvölker anzusiedeln und damit eine wesentliche Voraussetzung für die weitere natürliche Entwicklung des Bewuchses zu schaffen. Als „ökologisches Zahnrad" locken die Ameisen andere Tiere, vor allem Vögel an und dezimieren die Schadinsekten, die eine Begrünung der Halden zuvor erschwerten. Die Insekten sind inzwischen auf dem ungewohnten Wohnplatz heimisch geworden, obwohl sie die Möglichkeit hatten, in ein nahegelegenes Waldstück abzuwandern.

Was tun bei Quallenstich?

Gießen (fsp) – Wenn ein Strandurlauber in unliebsamen Kontakt mit einer Qualle kommt, sollte er schnellstens einen Arzt aufsuchen. Darauf hat jetzt der Gießener Mediziner Prof. Habermehl hingewiesen. Das Gift der Tiere kann schlimme Folgen haben, die noch Wochen nachwirken. Als erste Hilfsmaßnahme sollten die betroffenen Hautpartien mit Seife oder Alkohol, keinesfalls jedoch mit Wasser abgewaschen werden. Salben mit sogenannten Antihistaminika sind nur unmittelbar nach dem Unfall hilfreich.



Den Austernfischer mit seinem schwarz-weißen Gefieder und dem roten Schnabel sieht man nun auch häufig im Binnenland FOTO: MOLLENHAUER

Ein Vogel zieht aufs Land

Der Austernfischer erobert ungewohnte Lebensräume

DW., Bremen/Osnabrück

Daß sich Vogelarten, die bei der Wahl ihres Lebensraums anspruchsvoll sind, ausbreiten und damit kein Fall mehr für die Rote Liste der gefährdeten Tierarten sind, kommt nur höchst selten vor. Zu den wenigen Ausnahmen gehört der kontrastreich schwarz-weiß gezeichnete Austernfischer, der vor wenigen Jahrzehnten noch als ausgesprochener Küstenvogel galt und sich nur ausnahmsweise im Binnenland aufhielt.

Die erfreuliche und überaus erfolgreich verlaufende Ausbreitung dieser für Sandstrände so typischen Vogelart wird von den verschiedenen Naturkundlergruppen aufmerksam verfolgt. Wie ein Mitarbeiter der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Bremen des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland erklärt, konnte der auffallend gezeichnete und wegen seines leuchtend roten Schnabels mit keiner anderen Vogelart zu verwechselnde Austernfischer bereits in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts einmal als Brutvogel in der Hansestadt festgestellt werden.

Solche Vorstöße ins Binnenland – die etwa auch aus dem Emsland bekannt sind – blieben aber die große Ausnahme. Im Bremer Raum konnte sich der Austernfischer nach den Erkenntnissen der ehrenamtlichen Vogelbeobachter erst zu Beginn der sechziger Jahre als Brutvogel etablieren. Unverkennbar sei dabei, daß die Weser für diese Ausbreitung offensichtlich eine Art Leitlinie war. Begünstigt wurde die Ansiedlung des ehemaligen Küstenbewohners im Bremer Raum höchstwahrscheinlich durch die damals gerade angelegten Spülfelder, auf denen riesige Mengen Schlick deponiert wurden und die auch auf andere Schnepfenvögel und Strandläufer eine unübersehbare Anziehungskraft ausübten.

Ähnliche Meldungen über das Vorrücken des Austernfischers tief ins Binnenland liegen auch aus anderen Regionen Niedersachsens vor. So ergab eine vor wenigen Jahren vorgenommene Kartierung, daß der Vogel auch die Elbe hochgewandert ist sowie den ostfriesischen Raum erfolgreich eroberte. Vorposten haben sogar schon die Gegend von Osnabrück erreicht, während das südliche Niedersachsen östlich der Weser für den Austernfischer offensichtlich weniger ideale Lebensräume bietet.

Daß der gut kiebitzgroße Schnepfenvogel recht anpassungsfähig ist, zeigt übrigens auch der Umstand, daß der langschnäbelige Austernfischer im Binnenland auf seine Lieblingsspeise verzichten muß. Während der Vogel sich in den ausgedehnten Wattbereichen entlang der Küste an Muscheln schadlos hält (was ihm schließlich auch seinen Namen einbrachte), muß er sich in den Marschgebieten entlang der großen norddeutschen Flußläufe mit dem begnügen, was auch den anderen Wiesenvögeln, wie Kiebitzen und Uferschnepfen, als Nahrungsgrundlage dient.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streit um die Kernkraft

„Wie sich die SPD politisch zu entsorgen sucht"; WELT vom 13. Juli

Auch wenn es nicht in die politische Geographie der WELT paßt, derzufolge in Nordrhein-Westfalen „noch kein Kernkraftwerk ans Netz gegangen" ist: Im nordrhein-westfälischen Würgassen an der Weser wird seit 1971 ein Kernkraftwerk, das für eine Leistung von 670 MW ausgelegt ist, von der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft betrieben. Seinerzeit wurde mit diesem Leichtwasserreaktor in Nordrhein-Westfalen ebenso energiepolitisches Neuland innerhalb der Bundesrepublik beschritten, wie dies auch mit dem Kugelhaufenversuchsreaktor in der Kernforschungsanlage Jülich der Fall war. Nicht umsonst haben auch beide fortgeschrittenen Reaktorlinien – sowohl der THTR in Hamm-Schmehausen als auch der SNR 300 in Kalkar – ihren Standort im energiepolitischen Zentrum der Bundesrepublik, nämlich in Nordrhein-Westfalen.

Die traditionell ausgeprägte Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Energieversorgung der gesamten Bundesrepublik findet ihre Entsprechung in einer technisch aufgeschlossenen und dennoch verantwortungsbewußten Wahrnehmung des atomrechtlichen Genehmigungsauftrags auch für das Projekt des SNR 300 in Kalkar. Dazu einige Anmerkungen:

● Im Wege der Bundesauftragsverwaltung hat die atomrechtliche Genehmigungsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen dafür Sorge zu tragen, daß im Falle einer Inbetriebnahme des SNR 300 sowohl die Betriebssicherheit als auch eine umfassende Entsorgungsvorsorge gewährleistet sind.

● Äußerungen des Bauherrn und künftigen Betreibers des SNR 300, unabhängig von der bislang von ihm angestrebten Wiederaufarbeitungs-Option in Frankreich abgebrannte Brüter-Brennelemente zunächst auf dem Reaktorgelände, später in einem externen Zwischenlager vorerst aufzubewahren, müssen in einer Situation, in der in der Bundesrepublik nicht ein einziges externes Zwischen- oder Endlager für abgebrannte Brennelemente zur Verfügung steht, zu Zweifeln am umfassenden Entsorgungs-Nachweis für den SNR 300 führen.

● Die aktuell von der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde zu behandelnden Änderungen im Baubetriebskonzept des SNR 300 sind von der SBK als Bauherr begehrt worden.

● Planungsänderungen hat es auch in der Vergangenheit dieses großtechnischen Forschungsvorhabens des Bundes häufiger gegeben, so daß Zeitaufwand und Umfang des Genehmigungsverfahrens für den Schnellen Brüter maßgeblich auf bauliche und konzeptionelle Änderungswünsche und eben nicht ausschließlich auf Sicherheitsbedenken der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde zurückzuführen sind.

● Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird ihre Verantwortung als atomrechtliche Genehmigungsbehörde unbeschadet der erheblichen energiepolitischen und forschungspolitischen Zweifel, die mit einer Inbetriebnahme des SNR 300 verbunden sind, in vollem Umfang wahrnehmen.

● Dem Bundesminister für Forschung und Technologie als Hauptfinanzier dieses Forschungsprojektes des Bundes muß es obliegen, dem Deutschen Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit jene Zwecke zu benennen, die auch im Jahr 1986 noch eine Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar sinnvoll erscheinen lassen können, nachdem sich die Elektrizitätswirtschaft bereits im Dezember des vergangenen Jahres dafür ausgesprochen hat, ein eventuell kommerzielles Nachfolgeprojekt auf der technologischen Basis des französischen Super-Phénix und eben nicht auf der Basis der in Kalkar entwickelten Technik zu verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Ewald B. Schulte,
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

*

„Strom aus Kernkraft – über Hindernisse zum Erfolg"; WELT vom 22. Juli

Sehr geehrter Herr Heck,

wir haben als Industrie- und Handelskammer zu Dortmund immer wieder versucht, bei der Landesregierung in Düsseldorf das Verständnis für die Nutzung der Kernenergie auch in Nordrhein-Westfalen zu wecken, weitgehend leider ohne Erfolg, wenn man von dem im hiesigen Kammerbezirk nunmehr endlich zur Inbetriebnahme anstehenden THTR einmal absieht.

Sie haben zutreffend dargelegt, daß die VEW es eines Tages irgendwie leid war, weiterhin nach pausenlosen Prüfungen mit im Ergebnis zentnerschweren Akten auf eine Erlaubnis aus Düsseldorf zu warten und sich deshalb in Lingen engagiert hat. In einigen wenigen Jahren werden wir von Niedersachsen also den in der Grundlast kostenmäßig sehr viel günstiger einzusetzenden Kernenergiestrom beziehen, zugleich aber in der Mischkalkulation mit durch extreme Umweltauflagen stark verteuertem Kohlestrom „leben" müssen.

Daß die Lösung der Probleme nur in der Kombination von Kernenergie und Kohle liegt, scheint man in Nordrhein-Westfalen bei den für die Genehmigungsverfahren zuständigen Stellen nicht einsehen zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Aden,
Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

Sütterlin

„Leserbrief: Keine ‚Sütterlin'"; WELT vom 22. Juli

Ich muß Herrn Schürmann widersprechen.

Der Jahrgang 1910 kam 1916/17 in die Schule. Noch im ersten Schuljahr ging es mit spitzer Feder an das Erlernen dieser Schrift. Dank dieser unvergeßlichen Sütterlin hatte man schon eine gute Handschrift, bevor man später bei Fremdsprachen lateinisch schrieb.

Mit freundlichem Gruß
A. Wedemeyer,
Jersbek

*

Leserbrief: Keine „Sütterlin"; WELT vom 22. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Redaktion irrt, wenn sie in ihrer Anmerkung zu dem Leserbrief behauptet, die Sütterlin-Schrift sei erst 1935 in den Schulen eingeführt worden. Ich habe schon 1928 und 1929 in preußischen Volksschulen in Köln und in Hannover die lateinische und die deutsche Sütterlin-Schrift gelernt. Es gab nämlich auch eine lateinische von Sütterlin entwickelte Schrift.

Ich weise auf die ausführliche Darstellung in der Leserzuschrift von Heinrich Heeger, Hamburg, in der WELT vom 12. August 1984 hin.

In der Hoffnung, daß es in der WELT-Redaktion jemanden gibt, der meine – nicht ganz korrekte – Sütterlin-Schrift lesen kann, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen
H. Dietrich,
Bonn

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Schreckensbild

„Die Transparente am Grab"; WELT vom 22. Juli

Ein grauenhaftes Bild aus Südafrika (in der ZDF-Sendung „heute" am 20. 7. 1985). Die Kleidung einer Schwarzafrikanerin brennt am lebendigen, sich windenden Leib. Schwere Stiefel treten dazu gegen ihren Kopf, der von einer Seite zur anderen fliegt. Die Stiefel gehören nicht etwa an die Füße eines weißen „Machthabers" Südafrikas, sondern an die von Menschen der gleichen (schwarzen) Rasse. Auf einen Hinweis über die wahren Hintergründe zu solchen entsetzlichen Ausschreitungen, die schlimmer als die im Nationalsozialismus öffentlich zur Schau gestellten sind, wartet man bei den Medien meist vergeblich.

Monika Germani dagegen hatte den Mut, einmal über die Hintergründe der Unruhen zu berichten: Eingefädelt und unterstützt werden die Ausschreitungen gegen die sogenannten Kollaborateure mit der Regierung Südafrikas von den Kommunisten. Ich möchte hinzufügen: Getreu der leninschen Devise, die bis heute von allen sowjetischen Machthabern detailgetreu befolgt wird, Revolutionen gegen „Kolonialherrschaften" in Afrika in der schwarzen Bevölkerung anzuzetteln, zu unterstützen und in das nach deren Erfolg herrschende politische Vakuum mit kommunistischem Gedankengut und allenfalls Militärhilfe nachzustoßen.

Eines der letzten Länder Afrikas, das noch nicht „befreit" ist, ist Südafrika. Das Einkommen der schwarzen Bevölkerung dort ist das höchste in ganz Afrika. Wer Arbeit will, findet sie – im Gegensatz zu den meisten afrikanischen Ländern. Und frei im europäisch-demokratischen Sinn sind die Menschen im „befreiten" Afrika auch nicht. Afrikanisches Demokratieverständnis ist nun mal nicht mit unserem gleichzusetzen.

Den Schwarzen in Südafrika geht es also vergleichsweise weit besser als ihren Brüdern und Schwestern nördlich des südlichen Wendekreises.

Um sie also unzufrieden zu machen, bedarf es eines äußeren Anstoßes – eben den der kommunistischen Agitatoren, die sich nun sogar öffentlich mit Transparenten hervorwagen. Und die werden nicht nur aus Moskau, Havana und Ost-Berlin unterstützt, sondern auch in einfältiger Blauäugigkeit von westlichen Medien, den Kirchen sowie westlichen Politikern – auch aus unserem Außenministerium. Sollte Südafrika – was der Himmel verhüten möge – einmal von Schwarzafrikanern beherrscht werden, kann der Westen einen seiner wichtigsten Rohstofflieferanten abschreiben. Und das blühende Land würde bald in ein solches aus Inkompetenz, Mißwirtschaft und sozialistischer Trostlosigkeit verwandelt sein.

G. Huber,
Seevetal 11

Wort des Tages

»Wer nur handelt aus Lust und wenn er Lust hat, der wird im Leben nicht bestehen können. Nicht das, was uns Lust macht, darf das Prinzip des Handelns sein, sondern das, was uns Pflicht ist. Erst dieses Motiv führt uns zur eigentlichen Freiheit.«

Friedrich Wetter; dt. Theologe (geb. 1928)

„Todesstreifen"

„Ost-Berlin verschärft seinen Abgrenzungskurs"; WELT vom 20. Juli

Sehr geehrter Herr Conrad,

als langjährige Leser der WELT möchten wir uns für den von Ihnen geschriebenen Artikel bedanken.

Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß die zunehmenden Kontaktverbote tatsächlich noch „wirksamer als der Todesstreifen" sind. Durch persönliche Erfahrung wissen wir, wie schwer es ist, Verbindung zu unseren Freunden in der DDR aufrecht zu erhalten, wenn diesen westliche Kontakte verboten sind. Enge Beziehungen (Briefe, Pakete, Besuchsreisen) werden gestört.

Im Laufe des letzten Jahres haben wir es zweimal erleben müssen, daß Verbote ausgesprochen wurden. Darunter ist ein Fall besonders hart, weil wir hier einem schwerstbehinderten Kind erheblich helfen konnten, dessen Angehörigen aber nun aus „beruflichen" Gründen, westliche Kontakte verboten wurden.

Die Generation, die noch Verbindung mit den Bewohnern der DDR aufrecht erhält, wird naturgemäß immer kleiner, und es ist schwer, der nachfolgenden Generation die Notwendigkeit der Kontakte begreiflich zu machen. Wenn die „Mauer" auf diese Weise noch unübersteigbarer wird, so ist die Belastung für beide Seiten (seelisch und praktisch) erheblich und führt unweigerlich zu einem noch breiteren „Todesstreifen". Jeder von uns, dem daran liegt, durch persönliche Kontakte das gegenseitige Verständnis zu fördern und Schicksale zu erleichtern, kann nur dringend darum bitten, daß es unseren Politikern gelingt, hier Erleichterungen zu erwirken. Die Medien tun gut daran, wenn sie, wie Sie, ohne Polemik über dieses Thema berichten.

A. Vogt,
Hamburg 70

Personalien

EHRUNGEN

Professor **Helmuth Rilling** (52), Bachdirigent und Kirchenmusikdirektor in Stuttgart, wird von der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen die Ehrendoktorwürde verliehen. In der Begründung für diese Auszeichnung verweist die Fakultät auf Rillings Bestreben, die Kirchenmusik von Johann Sebastian Bach nicht als historische Reminiszenz, sondern als lebendiges und aktuelles Erbe des christlichen Abendlandes zu vermitteln.

Ebenfalls mit der theologischen Ehrendoktorwürde wird Pastor **Hellmut Traub** ausgezeichnet. Traub, ein Schüler **Karl Barths**, hatte in Vertretung von **Dietrich Bonhoeffer** zeitweilig das Theologische Seminar der Bekennenden Kirche in Fürstenwalde geleitet. Wegen seines Engagements im Kirchenkampf wurde er von den Nationalsozialisten ins Konzentrationslager gebracht. Als Pfarrer wirkte er nach 1945 in Hamburg-Volksdorf und Stuttgart.

*

Aus der Hand von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** erhielt der Soziologe Professor Dr. **Leo Löwenthal** das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Der 85jährige Gelehrte gehört zu den wenigen noch lebenden Mitgliedern des ehemaligen Instituts für Sozialforschung in Frankfurt/Main. Nach der Zwangsschließung des Instituts durch die Nazis ging Löwenthal ins amerikanische Exil. Er arbeitet zur Zeit als Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin.

*

Den neugeschaffenen Baltasar-Gracian-Preis für Essayistik erhielt **Gerd-Klaus Kaltenbrunner**, Schriftsteller und Herausgeber des Herder-Taschenbuch-Magazins „Initiative".

*

Als „Mittler der Kultur in Ostfriesland" erhielt der Lehrer **Georg Flessner** aus der Hand von Staatssekretär Dr. **Weert Börner** das Verdienstkreuz am Bande des niedersächsischen Verdienstordens. Flessner ist Begründer der „Greetsieler Woche", die am 28. Juli eröffnet wurde.

*

Der Schriftsteller **Herbert Heckmann** wird im kommenden Jahr „Turmschreiber" von Deidesheim im Landkreis Bad Dürkheim. Der derzeitige Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung wird damit Nachfolger von **Rudolf Hagelstange** und **Ludwig Harig**. Die von verschiedenen Seiten geförderte „Turmschreiberei" gewährt alljährlich einem deutschen Schriftsteller einen mindestens einmonatigen Aufenthalt an der Weinstraße. Herbert Heckmann, Autor mehrerer Romane, Kinderbücher, Lyrik- und Essaybände tritt sein Amt im Spätherbst an.

*

Mit einem neugeschaffenen Literaturpreis für grotesken Humor wird **Vico von Bülow** („Loriot") im November ausgezeichnet. Die Preissumme beträgt 15 000 Mark. Stifter des Preises ist das Schriftsteller-Ehepaar **Christine Brückner** und **Otto Heinrich Kühner**.

KIRCHE

Als neuer Ephorus der Kirchlichen Hochschule Berlin ist für die nächsten drei Jahre Professor **Peter Welten** gewählt worden, Inhaber des Lehrstuhls für Altes Testament. In seiner neuen Aufgabe ist er zuständig für die Verbindung der Hochschule zu den Studenten, für die Studienberatung und Stipendienangelegenheiten.

VERÄNDERUNG

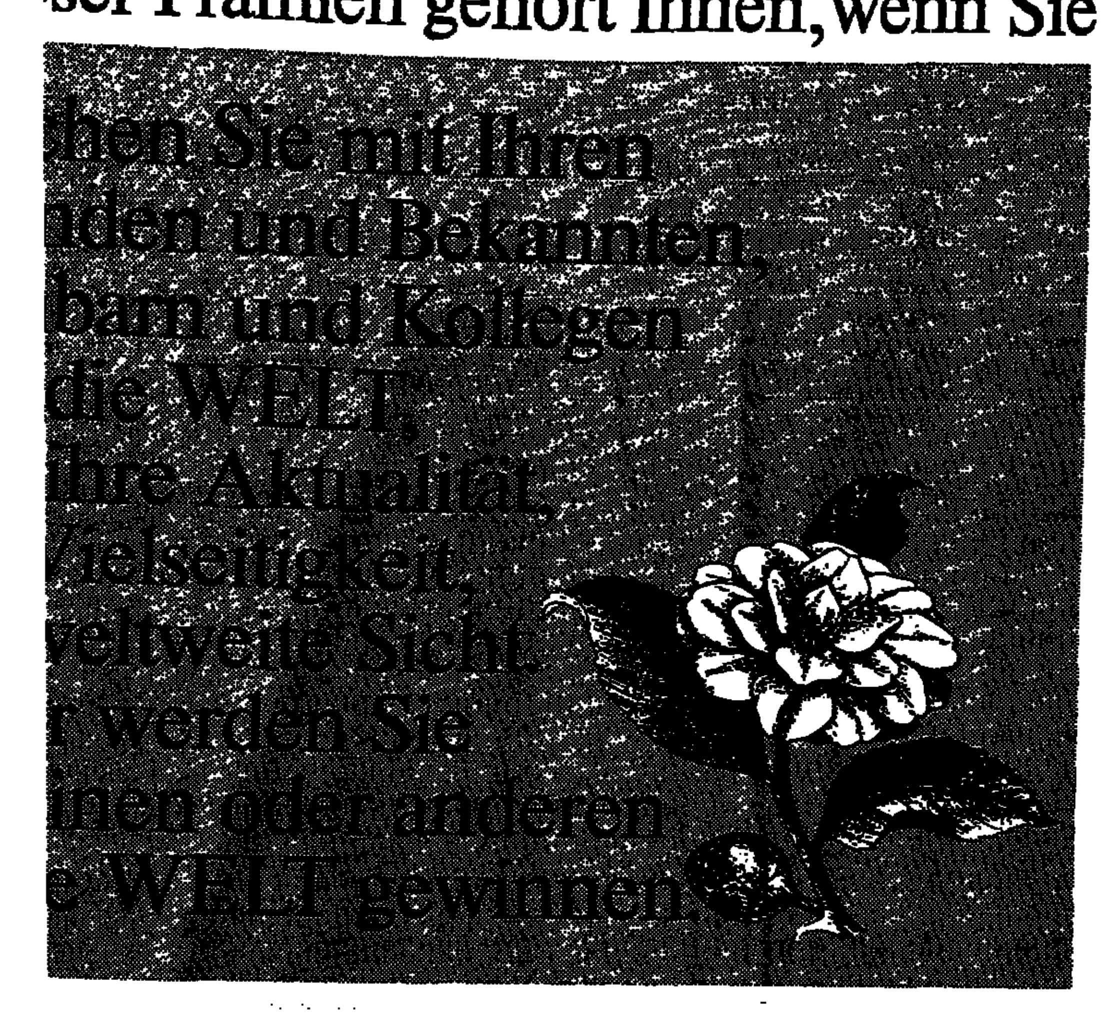
Nach achtjähriger Tätigkeit am Badischen Staatstheater Karlsruhe ist jetzt Generalmusikdirektor **Christof Prick** vom baden-württembergischen Wissenschaftsminister Professor **Helmut Engler** verabschiedet worden. Prick übernimmt die Position eines Staatskapellmeisters an der Deutschen Oper in Berlin, die **Götz Friedrich** leitet. Prick ist 39 Jahre alt und gebürtiger Hamburger.

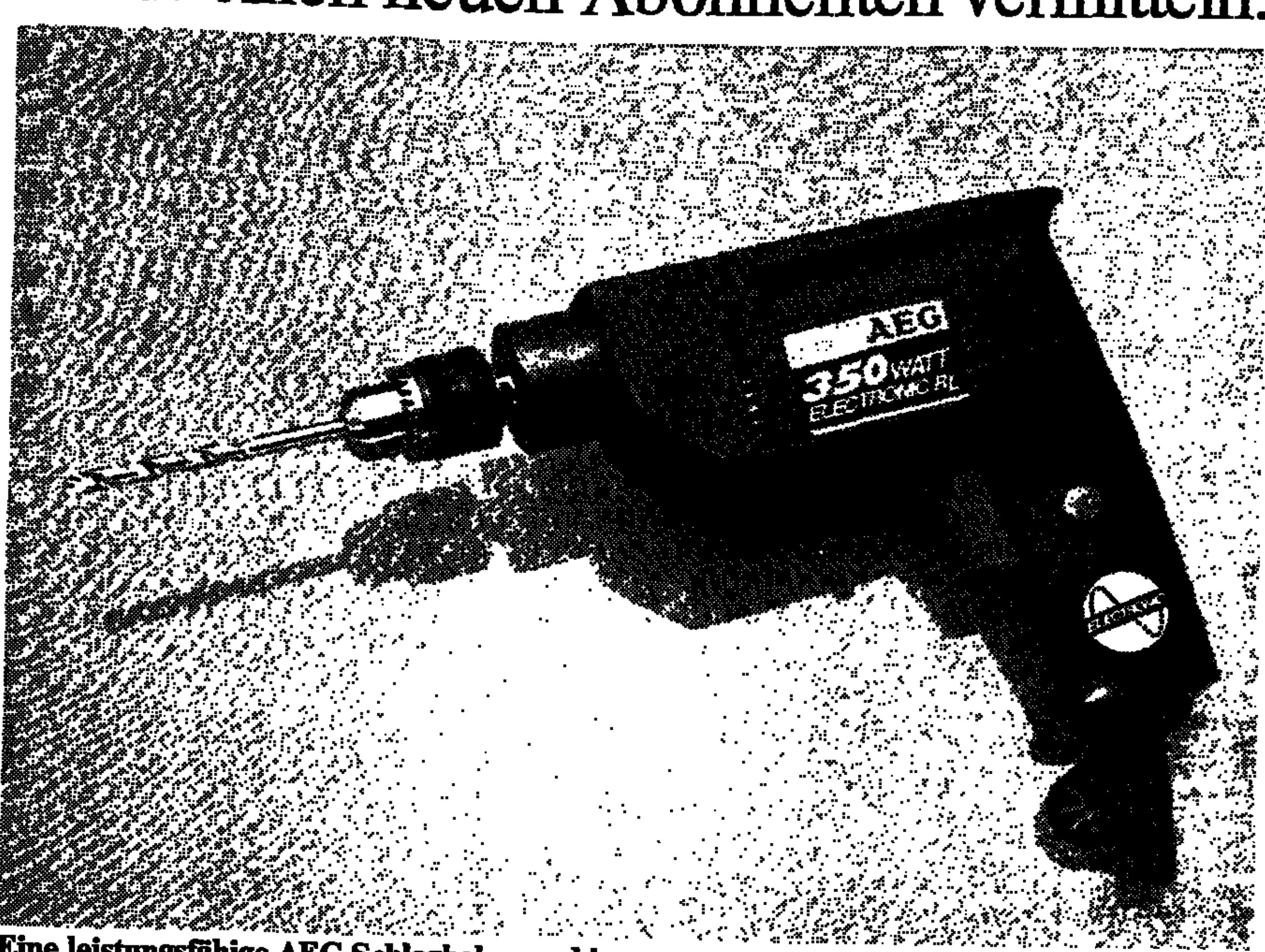
GEBURTSTAG

Professor Dr. **Horst-Gunther Diestel** vollendete sein 65. Lebensjahr und schied am 31. Juli 1985 aus dem aktiven Dienst der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) aus. Er arbeitete zunächst auf dem Gebiet Schallübertragung und akustische Normale, entwickelte neue Meßverfahren zur Prüfung von Mikrofonen, Hydrophonen und Herzschallmikrofonen und fand besondere internationale Anerkennung auf den Gebieten Bestimmung der Normal-Hörschwelle, Statistik der Schalldruckschwankungen in reflexionsarmen Räumen sowie Ringmessungen an Audiometer-Kopfhörern, Mikrofonen und Hydrophonen. Über 50 Veröffentlichungen spiegeln die Ergebnisse seiner Arbeiten wider.

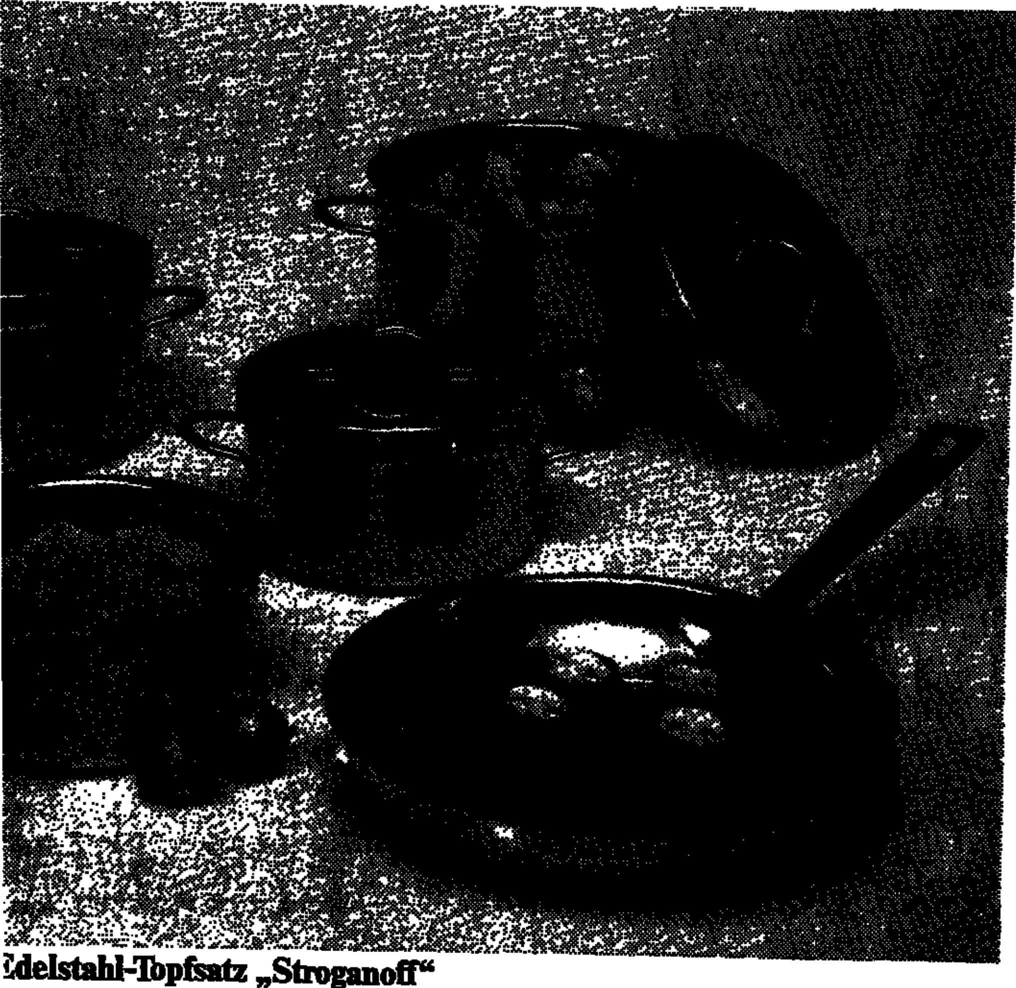
ihlen Sie Ihre Wunschprämie

ser Prämien gehört Ihnen, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

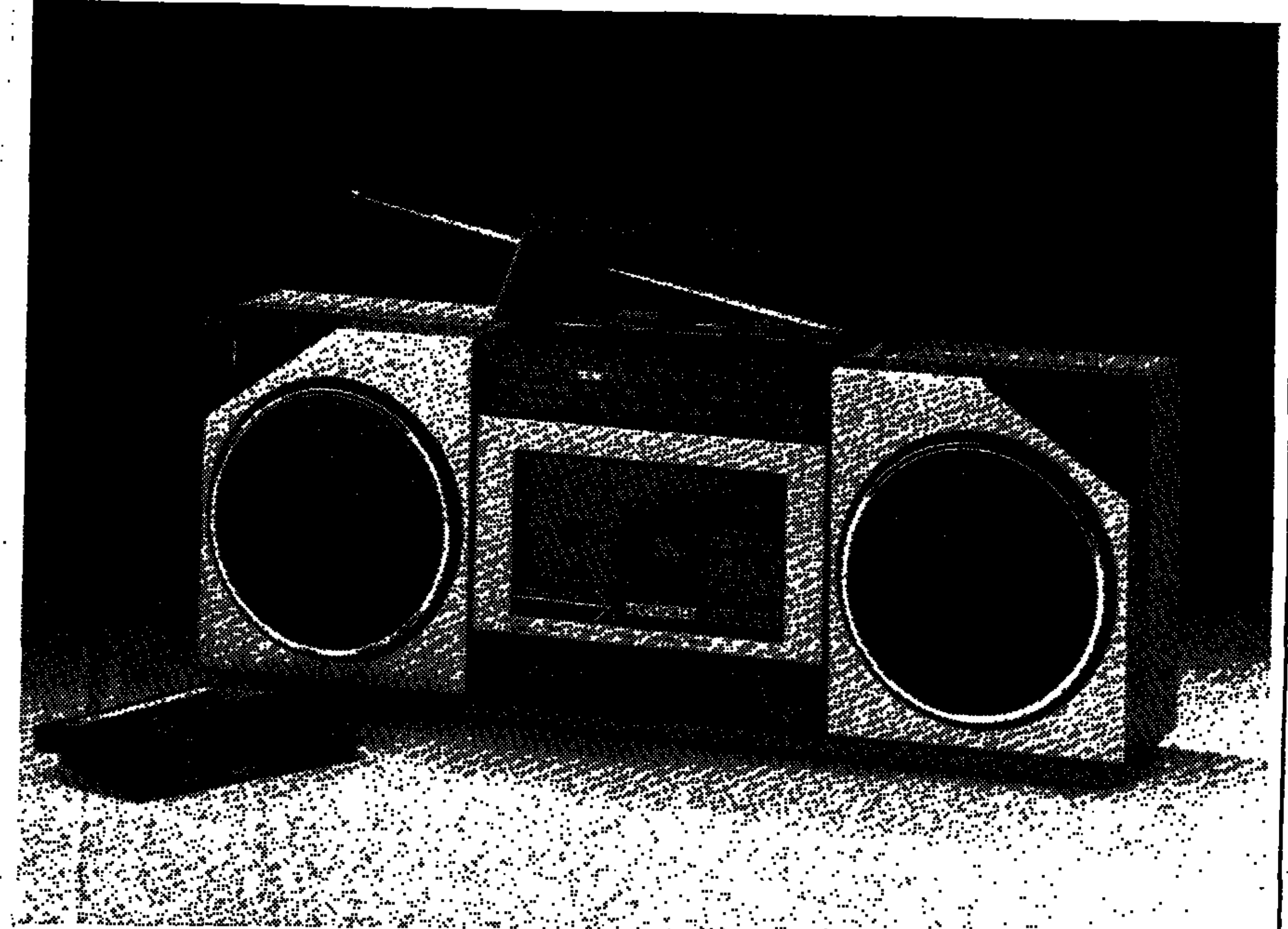




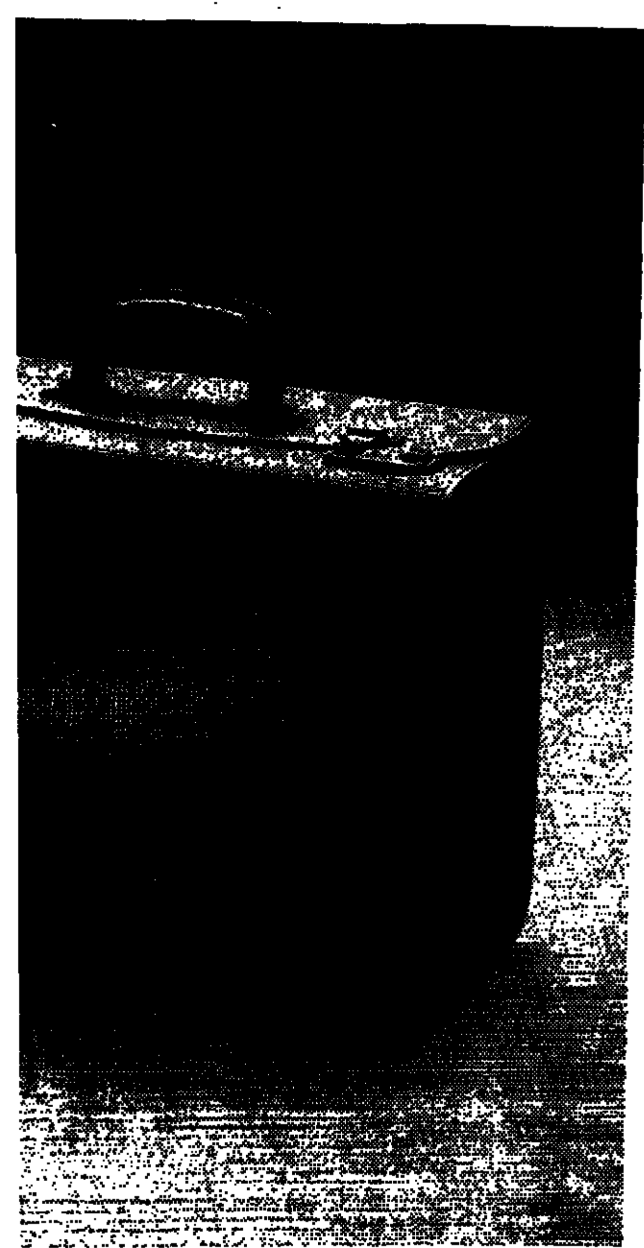
Eine leistungsfähige AEG Schlagbohrmaschine
Modell SBE 350 RL „electronic". Stufenlose Schlag- und Drehzahlsteuerung. Rechts-Links-Lauf. Schnellumschalter Bohren/Schlagbohren. Bohrleistung in Beton 10 mm, Stahl 8 mm, Holz 20 mm. 350 Watt Leistungsaufnahme. Beim Schrauben über Kopf besonders vorteilhaft: das geringe Gewicht von nur 1,3 kg. Mit Zahnkranzbohrfutter und Bohrfutterschlüssel. Vollisoliert.



Edelstahl-Topfsatz „Stroganoff"
Herd – 5teilig: 2 Bratentöpfe mit Deckel (16 cm und 20 cm),
16 cm), 1 Stielkasserolle (16 cm), 1 Pfanne (24 cm Durchmesser).
n-Sandwichboden sorgt für eine gute Wärmespeicherung und -verteilung.
Ideal zum wasser- und fettarmen Kochen und Garen.



Ein beliebter Tobishi Stereo-Radio-Cassetten-Recorder
Großartige Musikvielfalt: „Audio total" für Party und Picknick.
Stereo-UKW-/MW-Radio und Cassetten-Recorder, mit Kopfhöreranschlußbuchse.
Netz- und Batteriebetrieb. Maße: 42 x 30 x 7,5 cm.



Pilotenkoffer
norm geräumig. Ideal für Flugreisen.
mit Extrafächern und Zahlenschloß.

Tragen Sie hier Ihre Wunschprämie ein

und lassen Sie bitte den neuen Abonnenten mit unterschreiben.

Wir wünschen Ihnen viel Freude an Ihrer Prämie!



Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

- ○ **den Tobishi Stereo-Radio-Cassetten-Recorder**
- ○ **den Airway Pilotenkoffer**
- ○ **die AEG Schlagbohrmaschine**
- ○ **den Edelstahl-Topfsatz „Stroganoff"**

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorw./Tel.: ______ Datum: ______

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: ______

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus.
Der günstige* Abonnementspreis beträgt im Inland monatlich DM 26,50, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen.
Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

01-085

* Einsparung durch den günstigen Abonnementspreis gegenüber dem Einzelpreis jährlich DM 58,-!

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorw./Tel.: ______ Datum: ______
Unterschrift des neuen Abonnenten: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: ______

Sowjetunion verstärkt Luftwaffe

● Fortsetzung von Seite 1

müssen, daß der Schwerpunkt in Zukunft auf dem Luftangriff liege. Habe es Ende der siebziger Jahre in der Armee noch neun Luftverteidigungs- und sechs Luftangriffsregimenter gegeben, so gebe es jetzt acht Angriffsregimenter und sieben taktische Regimenter, die sowohl in der Luftverteidigung als auch im Luftangriff ausgebildet würden. Das Schwergewicht dieser Regimenter bildet der Schwenkflügeljäger „Flogger".

Zwei Flieger-Regimenter der 16. Frontluftarmee sind zudem vom Jagdbomber „Fitter" auf den schweren Jagdbomber „Fencer" umgerüstet worden: die Regimenter in Brand und Großenhain. Mit der Aufstellung eines dritten „Fencer"-Regiments in der „DDR" wird gerechnet.

Die 16. Frontluftarmee verfügt inzwischen über fünf Kampfhubschrauber-Regimenter, ausgerüstet vornehmlich mit dem schweren Hubschrauber „Hind", der als die kampfstärkste Maschine ihrer Art in der Welt angesehen wird. Die Sowjets selbst betrachten ihn taktisch als fliegenden Kampfpanzer. Ferner sind weitere Hubschraubereinheiten auf Divisionsebene bei den Truppen des sowjetischen Heeres verteilt. Auffallend ist nach Expertenmeinung die Vorliebe der Sowjets, neben Flugzeugen auch Hubschrauber für die elektronische Kampfführung auszurüsten. Der große sowjetische Hubschraubertyp „Hip" fliege in einer Version als Störer des NATO-Funksprechverkehrs.

Die Betonung des Kampfhubschraubers, der nach sowjetischer Doktrin über dem vom Feind gehaltenen Gebiet operieren soll, geht auch daraus hervor, daß die Volksarmee der „DDR" zwei Kampfhubschrauber-Regimenter erhalten hat. Ein weiteres Regiment Kampfhubschrauber wurde in der CSSR aufgestellt.

NATO-Beobachter bewerten die Veränderungen in den sowjetischen Luftstreitkräften als Bestätigung ihrer These, daß die Sowjetunion auf allen Gebieten zielstrebig ihr Offensivpotential vergrößere. Niemand in der NATO glaube, daß die Sowjetunion einen Krieg plane. Aber das Potential stehe zu ihrer Verfügung, wenn sie ihre Politik zu wechseln wünsche. Die Allianz ihrerseits stehe vor der Aufgabe, ihre stark vernachlässigte Luftverteidigung der gewachsenen Stärke des Gegners anzupassen.

(SAD)

Fliegt der „Jäger 90" an Frankreich vorbei?

Wörner plädiert aber weiter für eine gemeinsame Lösung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Auf die Bemühungen von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, die Chance des Baus eines neuen Jagdflugzeuges in Europa zur Kooperation von fünf Nationen und damit zur gemeinsamen Entwicklung fortschrittlicher Technik zu nutzen, wird Frankreich wahrscheinlich nicht positiv reagieren. Mit dieser Erwartung wird am heutigen Donnerstag der Rüstungsdirektor des Bundesverteidigungsministeriums zum Treffen seiner Kollegen aus Rom, London, Madrid und Paris nach Turin reisen, wo entschieden werden soll, wie es mit dem Projekt EFA (European Fighter Aircraft) weitergehen soll. Vor dem Treffen der fünf Rüstungsdirektoren wurde in Bonn vermutet, die französische Regierung, die sich im Grundsatz für die EFA-Kooperation ausgesprochen hatte, habe den Flugzeughersteller Dassault nicht zum Einschwenken auf diese Linie bewegen können. Dassault steht kurz vor dem Bau-Abschluß des Prototyps eines Kampfflugzeuges mit dem Namen „Rafale", für das sich die Firma große Exportchancen ausrechnet, das aber vor allem wegen zu geringer Schubkraft des Triebwerks nicht den militärischen Leistungsforderungen der anderen Länder entspricht. Außerdem fordern die anderen zwei Turbinen.

Als Ergebnis der Turiner Beratungen wird eine Verständigung über die Fortsetzung des Flugzeugsprojekts zwischen den Deutschen, Briten, Italienern und möglicherweise Spaniern erwartet. Die vier Seiten haben sich nach Bonner Informationen vorgenommen, die sogenannte Konzeptphase für EFA abzuschließen und formell den Beginn der Definitionsphase für das Projekt festzustellen. Nach Angaben eines Sprechers von Wörner legt der Minister Wert darauf, daß jetzt die Entwicklung des Projektes vorangetrieben wird, um auch die deutsche Industrie voll zu beteiligen. Nach deutscher Ansicht darf in der Hoffnung auf ein französisches Einlenken keine Zeit mehr für die Entwicklung eines EFA-Prototyps verstreichen.

Wörner machte gestern im Deutschlandfunk klar, daß Bonn nach wie vor eine Fünfer-Lösung anstrebe und deshalb die Tür für die Länder offen bleiben müsse, die vorerst eine Entscheidung nicht mitverantworten zu können glauben. In der Fünfer-Lösung sieht der Minister eine „enorme Chance für eine europäische technologische Kooperation" im Wettbewerb mit den USA. Er fügte hinzu, zwischen ihm und dem Bundeskanzler sei vereinbart, daß nur ein Flugzeug gebaut werden könne, das den Forderungen der deutschen Luftwaffe entspreche.

Die Konzeptphase für EFA solle jetzt beginnen und am Jahresende auslaufen. Für die Entwicklung und den Bau des Jagdflugzeuges haben die fünf Länder Wörner zufolge 100 Milliarden Mark vorgesehen. Der deutsche Anteil beläuft sich auf rund 20 Milliarden Mark.

EG erneuert Dialog mit dem Osten

dpa, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft hat sich zu einer Wiederaufnahme des 1981 abgerissenen Dialogs mit der Ostblock-Wirtschaftsgemeinschaft RGW bereit erklärt. Dies ist die Antwort der EG auf die vom RWG im Juni schriftlich angebotenen „offiziellen Beziehungen" der beiden Wirtschaftsblöcke. EG-Kommissionspräsident Delors betonte jedoch in einem Brief an RGW-Sekretär Sytschow, daß mögliche Vereinbarungen bestehende oder künftige bilaterale Abkommen mit einzelnen Ländern nicht beeinträchtigen dürften, wie sie die EG in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Ostblockstaaten auf dem Textil- und Stahlsektor abgeschlossen hatte.

Nuklearabkommen unterzeichnet

dpa, Tokio

Japan und die Volksrepublik China haben gestern in Tokio ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nuklearenergie unterzeichnet, das den Weg für den Export japanischer Kerntechnologie nach China ebnet. Es schafft die Voraussetzung für den Eintritt Japans in den internationalen Wettbewerb um die Befriedigung des riesigen chinesischen Energiebedarfs. Erst vor einer Woche hatten die USA und China einen ähnlichen Vertrag geschlossen, und bereits vorher hatte Peking entsprechende Abkommen mit Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Belgien, Argentinien und Brasilien abgeschlossen.

Strauß: Kreml hat seine Politik gegenüber Bonn nicht geändert

„Es bleibt bei Zuckerbrot und Peitsche" / Moskau beharrt auf Weltrevolution

dpa/AP, München

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß sieht nach dem Machtwechsel im Kreml keine neue sowjetische Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. In einem Beitrag für das von ihm herausgegebene Parteiorgan „Bayernkurier" schreibt Strauß, „vielmehr wird weiterhin die bekannte Methode von Zuckerbrot und Peitsche fortgeführt". Die militante, auf Machtausdehnung und Weltrevolution gerichtete Ideologie gelte unverändert weiter, wobei die innenpolitische Gangart in der Sowjetunion eher noch verschärft worden sei.

Indirekt kritisiert Strauß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, wenn er schreibt: „Wer angesichts dieser Lage von einer neuen Phase der Entspannungspolitik spricht und von der Wirklichkeit längst zerstörter Träume liberal-sozialistischer Entspannungspolitik wiederbeleben will, verkennt die kommunistische Realität in Moskau, die sich auch unter Gorbatschow nicht geändert hat." Einer Restalinisierung im Innern entspreche eine harte und entschlossene Politik nach außen. Manches, was an Hoffnungen und Erwartungen mit dem Moskauer Machtwechsel im Westen verbunden gewesen sei, habe sich als „voreilig und vergeblich erwiesen".

Der CSU-Vorsitzende stellte weiter fest, daß es keine Anzeichen dafür gebe, „daß der Sowjetkommunismus auch nur um ein Jota von seinem Kurs der Machtexpansion und Weltrevolution abrücken könnte". Über diese Lage habe bei der zweiten Konferenz der Internationalen Demokratischen Union (IDU) in Washington in der vergangenen Woche breite Übereinstimmung geherrscht.

Neben Strauß hat sich auch der CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn in einer in Bonn verbreiteten Erklärung zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte an Bundesaußenminister Genscher gewandt. Darin fordert er Genscher auf, sich stärker für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht einzusetzen. In diesem Zusammenhang verwies Huyn auf „Terrorurteile" gegen Gewerkschafter in Polen, auf die Vorenthaltung von Gruppenrechten für Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten sowie auf Schwierigkeiten für Rumäniendeutsche, die ausreisen wollen.

Auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann vertrat die Ansicht, die Bilanz nach zehn Jahren Helsinki sei bedrückend, das Herrschaftssystem kommunistischer Staaten in Europa habe sich nicht geändert.

Strauß wiederholte auch seine Unterstützung für das amerikanische Projekt eines Raketenabwehrsystems im Weltraum (SDI) und stellte als Ergänzung eine „Europäische Verteidigungsinitiative" (EVI) daneben. Diese könnte die Möglichkeiten ausloten, schreibt Strauß, die Europa und besonders die Bundesrepublik Deutschland bedrohenden Mittel- und Kurzstreckenraketen unschädlich zu machen.

In diesem Zusammenhang mahnte Strauß, daß die Vereinigten Staaten zu SDI auf ein klares Wort der Europäer, besonders aber auf ein klares Wort aus Bonn warten.

„Wir stehen ohne Wenn und Aber zu den Ostverträgen"

■ Fortsetzung von Seite 1

Amnesty International (ai) nahm das Forum zum Anlaß, um die bedingungslose Freilassung der inhaftierten oder verbannten Mitglieder der sogenannten Helsinki-Gruppen von der Sowjetunion zu fordern. In einem Offenen Brief an Staatschef Gromyko verweist die Amnesty-Generalsekretärin Erler auf die sich ausbreitende Helsinki-Bewegung, die sich die Überwachung der Einhaltung aller in der KSZE-Schlußakte enthaltenen Menschenrechtsbestimmungen in der Sowjetunion zur Aufgabe gemacht hatte.

Nach Darstellung von amnesty hatten sich solche Gruppen, die über Gefangenenmißhandlungen, Verfolgung, Zwangseinweisungen und Bedrohungen berichteten, in Moskau, Litauen, Armenien und Georgien gebildet. Ihre Arbeit sei durch fortgesetzte Verfolgung durch die Behörden zum Erliegen gekommen.

USA und UdSSR: Im All wieder Zusammenarbeit?

dpa, Washington

Die USA sind bereit, ihre Zusammenarbeit mit der UdSSR in der zivilen Raumfahrt wieder aufzunehmen. Das bekräftigte der Chef der US-Weltraumbehörde Nasa, James Beggs, in einer Anhörung vor einem Kongressunterausschuß in Washington, der Möglichkeiten sowjetisch-amerikanischer Kooperation im Weltraum untersucht.

1972 hatten Washington und Moskau ein Abkommen über die Zusammenarbeit im All getroffen, das zu dem historischen Koppelmanöver der Raumschiffe Apollo und Sojus am 17. Juli 1975 führte. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1982 hatten die USA nur noch wenige gemeinsame Projekte weiterlaufen lassen. Der amerikanische Kongress hatte jedoch vor kurzem eine von Präsident Reagan unterstützte Resolution verabschiedet, die den Abschluß eines neuen Kooperationsabkommens fordert, das „den USA nur Vorteile bringen könne".

In Helsinki Appell an die Kreml-Führung

AFP, Helsinki

Die Ehefrau des sowjetischen Mathematikers Anatoli Schtscharanski, der seit 1977 in der UdSSR inhaftiert ist, erklärte gestern auf einer Pressekonferenz in Helsinki, sie verfüge über „Anzeichen" dafür, daß die Kreml-Führung die „stalinistische Tyrannei" nicht fortführen werde. Ohne diese Ansicht zu belegen, appellierte sie an Parteichef Gorbatschow, ihren Mann und die 400 000 ausreisewilligen sowjetischen Juden auswandern zu lassen, und sagte: „Ich glaube, sie werden verstehen, daß es für sie selber gut wäre, wenn sie meinen Mann ausreisen lassen würden." Frau Schtscharanski wurde danach vom französischen Außenminister Dumas empfangen. Der Minister habe ihr in dem Gespräch versprochen, sich bei seiner Unterhaltung mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse für ihren Mann einzusetzen. Zusätzliche Unterstützung erwartet sie von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz.

Dokument über Flugsicherheit im Pazifik

AFP, Moskau/Tokio

Vertreter der UdSSR, Japans und der USA haben in Tokio ein Dokument über die Flugsicherheit im Pazifikraum unterzeichnet. Dies wurde in Moskau offiziell bestätigt. Zuvor hatte Japans Außenminister Shintaro Abe bekanntgegeben, die drei Länder hätten ein Abkommen über die Sicherheit der Zivilluftfahrt im Pazifikraum signiert und die Einrichtung eines Nachrichtensystems zwischen Washington, Tokio und Chabarowsk beschlossen. Mit diesen Maßnahmen sollten Katastrophen wie der Abschuß einer südkoreanischen Boeing mit 269 Menschen an Bord bei der Insel Sachalin durch die Sowjets im Jahr 1983 künftig verhindert werden.

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass sprach nicht von einem Abkommen, sondern lediglich von einem „Schlußdokument". Die äußerst kurze Meldung über diese Vereinbarung bringen politische Beobachter in Moskau damit in Zusammenhang, daß die Sowjetunion nach wie vor den USA vorwirft, sie hätten die KAL-Maschine zu Spionage mißbraucht.

Geißler greift DGB massiv an

AP, München

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat den Deutschen Gewerkschaftsbund in einem Interview der Illustrierten „Bunte" massiv angegriffen. Darin sagte er: „Die stärkste Hilfstruppe der Sozialdemagogie hat die SPD im Deutschen Gewerkschaftsbund." Teile des DGB und der Einzelgewerkschaften hätten die Politik der Bundesregierung in einer „parteipolitisch einseitigen Weise diskreditiert". Die Sozialdemokraten hätten „das Haus angezündet, der DGB stand tatenlos daneben. Und jetzt wollen beide Feuerwehr spielen." Geißler kritisierte auch die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung: „Die muß besser werden, kann besser werden."

Seine Vorliebe für harte Formulierungen begründete der Generalsekretär der CDU mit den Worten: „Das Blabla mancher Politiker und Journalisten ist nicht meine Sache ... Politische Entwicklungen oder Revolutionen werden heute nicht mehr dadurch in Gang gesetzt, daß man Bahnhöfe oder Telegrafenämter besetzt, sondern dadurch, daß man Begriffe besetzt."

Traum vom Ruhm: Schauspielschulen in Ost und West

Talent allein genügte nie

So berühmt zu werden wie David Garrick, Josef Kainz, Agnes Sorma, Eleonora Duse es einst waren – das träumen Begabte und Unbegabte, das träumen alle, die zum Theater wollen. Talent allein genügt aber leider nicht. Es genügte nie. Stets kamen bei den Bewunderten, Umjubelten persönliches Fluidum, auch Charme, ein Gran Ungewöhnlichkeit und Selbstdisziplin hinzu. Schon Shakespeare ließ Hamlet klagen: „Es gibt Schauspieler, die ich habe spielen sehen und von anderen preisen hören, die, gelinde zu sprechen, weder den Ton noch den Gang von Christen, Heiden oder Menschen hatten, und so stolzierten und blökten, daß ich glaubte, irgendein Handlanger der Natur hätte Menschen gemacht und

Habe nun, ach ... (1) – NDR III/WDR III/HR III, 21.45 Uhr

sie wären ihm nicht geraten; so abscheulich ahmten sie die Menschen nach."

Um solches abzustellen, gründete Mitte des 18. Jahrhunderts der berühmte Komödiant und Theaterleiter Konrad Ekhof, „Vater der deutschen Schauspielerkunst" genannt, die erste Schauspieler-Akademie in deutschen Landen, nämlich in Mecklenburg. Schon nach dreizehn Monaten mußte Ekhof sie auflösen, und zwar wegen Schlendrian, Liederlichkeit, Zügellosigkeit seitens seines Theatervolkes.

Erfolgreicher, vielleicht weil sie geharnischter verfuhr, war die reformwütige Caroline Neuber (1697–1760). Die Gattin des sogenannten „Theaterherzogs", Georg von Sachsen-Meiningen (1826–1914), Helene Freifrau von Heldburg, repetierte mit den Ensemble-Mitgliedern die Rollen, erläuterte die Charaktere, das gesamte Stück.

Das aber waren Ausnahmen in der ansonsten mißlichen Schauspielerausbildung. Wer unbedingt Komödiant werden wollte, mußte eine Truppe finden, die den Neuling aufnahm. Vier, fünf Jahre hatte er Hilfsdienste zu leisten, Kulissen zu schleppen, Kostüme zu nähen. Gelegentlich erhielt er vom Prinzipal oder einem älteren Mitglied der Truppe Unterricht, der sich allerdings auf die Kunst der reinen Nachahmung beschränkte. Noch heute sind nicht wenige Thaliajünger beglückt, wenn sie bei einem Prominenten Privatstunden aushandeln können.

Erst im 20. Jahrhundert, nachdem sich schulische Ausbildung und praktische Lehre für die meisten Berufe durchgesetzt hatten, wurden auch Schauspielschulen gegründet, sowohl private wie staatliche. An ungeeignete Pädagogen kann man in beiden Systemen geraten. Natürlich auch ans Gegenteil. Eine „Eignungsprüfung" ist „dem Weg zu den Sternen" in jedem Fall als Barriere vorangestellt. Schon aus dem Grunde, weil es unzählige auf die Bretter drängt, die die Welt bedeuten.

„Warum wollen Sie Schauspieler werden?", ist mit Sicherheit die erste Frage. „Weil ich muß", wäre die einzig richtige Antwort. Sie setzt voraus, daß der Schauspielschüler sich darüber klar ist, nie zur Millionärsgarde zu gehören. Körperliche Gesundheit, Gedächtnisfunktionsfähigkeit (bis ins hohe Alter) müssen zu seiner persönlichen Ausstattung gehören. Wer kann sich dessen sicher sein, daß es so bleibt? Deshalb wird von verantwortungsbewußten Prüfern eine Zweitberufs-Ausbildung empfohlen.

Wie ist es jenseits der Mauer, in Honeckers Machtbereich bestellt? „Habe nun, ach ..." heißt eine Sendung, in der die Theaterhochschule Hans Otto in Leipzig vorgestellt wird. Zu der Sendung ist vermerkt: „Im Theater, bei Film und Fernsehen ist häufig festzustellen, daß die Schauspieler in und aus der DDR über ein besonders gutes ‚Handwerk' verfügen ... Von den vier Schauspielschulen der DDR ist die in Leipzig am engsten mit der Theaterpraxis verbunden und unterscheidet sich besonders markant von der Ausbildung an Schauspielschulen in der Bundesrepublik und West-Berlin."

Das alles wird zutreffen, denn es ist hinlänglich bekannt, daß Diktaturen für Sport, Kunst und Kultur Fördergelder zum Fenster hinauspulvern, damit es – umgewandelt in Ansehen, Glanz und Gloria – wieder zur Tür hereinkommt. Eine zweite Sendung zeigt dann die Schauspielausbildung an der Hochschule der Künste in West-Berlin.

Staatlich, privat oder gar autodidaktisch – noch immer gilt, was (sinngemäß zusammengerafft) der Theatergeschichte zu entnehmen ist: Danach ist der begnadete Schauspieler befähigt, einen dramatischen Vorgang, eine künstlerisch geordnete Handlung zu voller sinnlicher Anschauung zu bringen. Die unverwechselbare Eigenart seiner Persönlichkeit setzt er als Darstellungsmittel ein. Hand aufs Herz, ist das erlernbar? Oder ist es wirklich Geschenk, Gabe?

ESTHER KNORR-ANDERS

KRITIK

Kintopp mit Problemfüllung

Lärmender Unfug war es ursprünglich; dann rückte der Begriff auf zu Meuterei und Aufsässigkeit, nun dargestellt in einem Film gleichen Namens: **Randale** (ZDF).

Es war ein Heim zu besichtigen, das, für verwahrloste Mädchen bestimmt, sich indes wie ein Schloß-Internat für adlige Backfische ausnahm. Freilich waren die Insassen zwar gehobener Herkunft, aber auch ein munteres Hurenkind spielte mit. Sie hatten alle ihre Probleme, denn die lieben Eltern hatten sie abgeschoben, so ließen sie ihren Frust aus der zerquälten Mädchenseele und machten Randale. Im Hintergrund ertönte dazu eine aufwühlende Kino-Musik.

Nun wollen wir aber nicht mäkeln: Die Angelica Domröse, die sich in diese Vorstellung verirrt hatte, spielte das Schnulzige brav herunter, ein gescheites Gesicht, eine gute Ansicht. Die Jocelyn Boisseau rührte wenn nicht gleich zu Tränen, so doch zum Hingucken, und die netten Laienmädchen als erziehungsbedürftige Teenager randalierten auf eine recht eindringliche Weise.

Nur: Selbst, wenn alles aus gründlicher Recherche des Autors und Regisseurs Manfred Purzer entstanden sein mochte, es blieb eine Filmhandlung, die Probleme gelangten nicht über ihre Bühnenfigur hinaus. Und alles war im Grunde genommen idyllisch. Nur nicht die schwarzhaarigen Zuhälter im Hintergrund. Fazit: Kintopp mit Problemfüllung.

VALENTIN POLCUCH

Kleine Fluchten ohne Ausweg

In den Ingmar Bergman-Filmen „Wilde Erdbeeren" und „Das Schweigen" konnte Gunnel Lindblom die Aufmerksamkeit eines internationalen Publikums erringen. Jetzt zeigte das ZDF ihren zweiten, 1981 gedrehten Kinofilm **Sally und die Freiheit** in deutscher Erstaufführung.

Unverkennbar hat sich die Zusammenarbeit mit ihrem berühmten Regie-Kollegen und Landsmann auf ihre Themenwahl ausgewirkt; unverkennbar indes beweist die begabte Schwedin auch ihre eigene Handschrift. Ihre Protagonistin Sally (von Ewa Fröling mit großer Sensibilität und Überzeugungskraft gespielt), nicht unglücklich verheiratet, ein Kind, entdeckt eines Tages, daß sie nicht ihr eigenes Leben lebt, daß ihre persönliche Freiheit eingeengt ist. Sie läßt, ohne Wissen ihres Mannes, eine neuerliche Schwangerschaft abbrechen und reicht die Scheidung ein. Mit dem Lehrer Simon tut sich für Sally eine Tür zur Freiheit auf.

So glaubt sie wenigstens. Doch als sie wieder ein Kind erwartet, diesmal von Simon, findet sie sich exakt in jenen bürgerlichen Zuständen wieder, denen sie entfliehen wollte. Simon fühlt sich seinerseits eingeengt und geht. Und wieder wird das noch Ungeborene nicht das Licht der Welt erblicken.

Gunnel Lindblom hat ihre Darsteller behutsam geführt, läßt die Bilder sprechen und vermeidet jede Tristesse.

WALTER DEPPISCH

STUDIO

Der Westdeutsche Rundfunk in Köln hat bis auf weiteres keinen Fernsehdirektor: Der 64jährige **Heinz Werner Hübner** beendete gestern seine Dienstzeit. Ein Nachfolger ist noch nicht bestellt. Intendant Friedrich Nowottny soll nach Informationen aus WDR-Kreisen Justitiar Professor Günter Hermann gebeten haben, die Stelle des Fernsehdirektors bis auf weiteres mitzuverwalten. Aus dem Umstand, daß Hermann interimistischer Chef der Fernsehprogrammdirektion sein soll, schließen Beobachter, daß die Stelle Hübners für einige Zeit unbesetzt bleiben wird. Gegen Ende des Jahres läuft auch Gerd Ruges Vertrag als Fernseh-Chefredakteur für Politik aus. Wie es heißt, will Ruge als Auslandskorrespondent arbeiten. WDR-Kreise spekulieren, daß Nowottny möglicherweise versuchen wird, dem zuständigen Rundfunkrat in einer „Paketlösung" zwei Kandidaten für die beiden Vakanzen zur Ernennung vorzuschlagen.

Hübner war schon 1946 beim NWDR in Hamburg als Nachrichtenredakteur tätig; 1955 kam er zum Kölner WDR, dem er in den verschiedensten Positionen verbunden blieb. Als Hübner 1967 seinen Platz als stellvertretender Studioleiter in Bonn aufgab, um stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Zeitgeschehen des WDR-Fernsehens in Köln zu werden, wurde Nowottny sein Nachfolger in Bonn. Seit August 1977 war Hübner Fernsehprogrammdirektor des WDR.

dpa



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der Fehler des Piloten
11.35 Das Rad des Lebens
Die drei Lehren des Hinduismus
12.10 Kennzeichen D
Moderation: Dirk Sager
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Das Seifenkisten-Rennen
15.25 Fauna Iberica
Raffael, der Kormoran
15.50 Tagesschau
16.00 Springreiter-EM
1. Wertungsprüfung in Dinard / Frankreich
Reporter: Hans-Heinrich Isenbart
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Euro-Terrorismus
Eine neue Achse zwischen Paris und Bonn?
Bericht von Paul Mautner
Während die Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft nicht so ganz funktionieren will, festigt sich das Zusammenspiel auf einem anderen Sektor: Langsam beginnt sich eine Art „westeuropäischer Guerrilla" zu formieren, gebildet aus den Terrorgruppen der RAF und der französischen Action Directe. Dazu nehmen Sicherheitsexperten aus Frankreich, Belgien und der Bundesrepublik Stellung.
21.00 Mensch Meier
Spiele und Musik mit Alfred Biolek
Gäste: Peter Hofmann und Debbie Sasson, Shirley Bassey, Spitting Image, Peter Herbolzheimer Rhythm Combination & Brass
Live aus Köln-Bocklemünd
Regie: Peter Ristau
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Hausaufsatz
Fernsehspiel von Manfred Bieler
Mit Stephan Schwartz, Jutta Wirschaz, Rudolf Schündler u. a.
Regie: Peter Frötschl
0.15 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
Glühende Hitze und eisige Kälte
15.30 Ferienkalender
16.05 Die Muppets-Show
16.30 Strandpiraten
Das Geisterschiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Gefährliche Nachbarn
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Mit Hans Rosenthal
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Gefährliche Bräune / Europas erste therapeutische Kältekammer / Evelyn – Musikerin ohne Gehör / Zuerst bin ich Frau, dann erst behindert
Moderation: Gunter Vogel
21.45 heute-journal
22.05 Noch Wein im Wein?
Diskussion mit Weintrinkern, Winzern, Händlern und Politikern: Welche Konsequenzen ziehen Verantwortliche und Betroffene? Was bringt ein „Reinheitsgebot" für den Wein? Wie schützt man die „sauberen" Winzer vor der panschenden Abfüllindustrie; wie den unkundigen Verbraucher vor schlechtem Wein?
0.00 Nero Wolfe
Einer Dame zuliebe
Harlan Davidson ist wütend. Der alte Jason Kreß hat ihm schon wieder eine Flasche Whisky aus der Kajüte seiner Yacht entwendet. Der Ärger hält allerdings nicht lange vor, denn kaum hat er vom Pier abgelegt, explodiert das Boot. Ein Fall für Nero Wolfe?
0.45 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Big Valley
15.00 Siebstel
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Wo ist Pepe?
17.00 Kicker-Stammtisch
Sport-Talkshow live aus Ludwigshafen
Die Chancen, Sorgen und Aussichten der drei Bundesliga-Aufsteiger 1. FC Nürnberg, Hannover 96 und 1. FC Saarbrücken
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Die Janomanos am oberen Orinoco
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Sein letzter Freund
Französischer Spielfilm (1969)
Mit Fernandel, Max Amyl u. a.
Regie: Henri Colpi
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
Der Schönheitswettbewerb
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
Ein Fernseh-Foto-Roman
6. Folge
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die Piratenkönigin
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Jean Peters u. a.
Regie: Jacques Tourneur
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Ostholstein – Wasser ist hier überall
19.00 heute
19.30 Derrick
Mord im TEE 91
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 1. August
Der Schweizer Nationalfeiertag
22.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
Lach- und Sachgeschichten
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 MS Franziska
Von Heinz Oskar Wuttig
4. Folge: Probefahrt
Mit Paul Dahlke, Liane Hielscher, Femke Boersma u. a.

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Jauche und Levkojen (15)
Nach dem Roman von Christine Brückner
1945 – Pommerland ist abgebrannt
19.30 Jauche und Levkojen (16)
1945 – Das Jahr Null

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Sudan
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Maria Montez, John Hall u. a.
Regie: John Rawlins
21.30 Grand Café
Raritätenkasten
21.45 Habe nun, ach ...
Zweiteilige Sendereihe von Michael Strauven
22.30 Hans Richter: Maler und Filmpionier
Dokumentation von Gisela Hoßmann
23.15 Stadt der verlorenen Seelen
Spielfilm von Rosa von Praunheim
0.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Die Thronfolgerin
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Johann Sebastian Bach
Letzter Teil der Fernsehserie
21.00 Geboren in Koblenz: Fritz von Unruh
21.45 Nicht verlorengegangen
Schicksale eines deutschen Juden in französischen Internierungslagern 1940–1942
22.30 Meine Lieblingsgeschichte
Heidelinde Weis liest „Piktors Verwandlungen" von Hermann Hesse
22.45 Industrieland Baden-Württemberg
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Sommer-Festspiele
Richard Wagner: Der Ring des Nibelungen
Das Rheingold
Aufzeichnung von den Bayreuther Festspielen 1980
21.45 Z. E. N.
21.50 Rundschau
22.05 Das historische Stichwort
Vor 30 Jahren: Tod von Kronprinz Ruprecht
22.10 Von Corleone nach Brooklyn
Italienischer Spielfilm (1980)
23.40 Rundschau

Dänischer Widerstand

Ha. (Brüssel) – Zu früh gefreut haben sich diejenigen, die den Beschluß der europäischen Umweltminister über die Begrenzung der Kfz-Schadstoffemissionen bejubelt haben. Einen Monat nach der Luxemburger Konferenz hängt die geplante EG-Richtlinie noch immer in der Luft, weil die Dänen ihren Vorbehalt gegen die neuen Grenzwerte nicht aufgeben wollen und weil die Richtlinien nach den Bestimmungen des Römischen Vertrages der einstimmigen Billigung bedarf.

Schon im Juni hatte die dänische Regierung deutlich gemacht, daß ihr die Schadstoffbegrenzung nicht weit genug geht und dabei auf einen Beschluß des nationalen Parlaments hingewiesen, in dem erheblich strengere Grenzwerte gefordert worden waren. Auf einer Umweltkonferenz in Stockholm ist sie inzwischen von dem EG-Kompromiß sogar ostentativ abgerückt. Trotz einer eiligen Intervention der Brüsseler Kommission stimmte sie einer weitergehenden Entschließung zu, während die deutsche und holländische Delegation widersprachen.

Es liegt auf der Hand, daß ein Land ohne eigene Automobilproduktion (und damit ohne Exportinteressen) sich bei den Abgaswerten rigoroser verhalten kann als ein Land wie die Bundesrepublik. Etwas mehr Solidarität mit den EG-Partnern würde den Dänen jedoch gut anstehen. Besonders dringlich wird vor dem Hintergrund des Einspruchs die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel im Bereich der technischen Rechtsharmonisierung. Mit Vetos ist ein einheitlicher Binnenmarkt nicht zu erreichen.

Heikel

Wh. – Nach den elektronischen Schreibmaschinen nun die Fotokopierer: Weil der Markt für Fotokopiergeräte „der Schlüssel für den größeren und wachsenden Markt der Büroautomation" sei (eine Aussage, hinter die so manches Fragezeichen zu setzen wäre) und weil Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet „daher von strategischer Bedeutung" seien, hat das Committee of European Copier Manufacturers (CECOM) bei der EG-Kommission ein Anti-Dumping-Verfahren gegen japanische Hersteller beantragt. Der Antrag, in dem die wesentlichen der „letzten Mohikaner" der europäischen Kopierer-Industrie zusammengeschlossen sind, ist nicht unproblematisch. Schon bei der Verhängung der Strafzölle gegen die japanischen Schreibmaschinenhersteller hatten die betroffenen Anbieter moniert, daß der japanische Zulieferer eines deutschen Herstellers quasi ungeschoren davongekommen war. Wenn nun im Kopierer-Markt gerade unter den großen Anbieter-Marken einige mehr sind, die auf japanische Produkte zurückgreifen, dann wird das Anti-Dumping-Spiel noch sehr viel heikler.

VEREINIGTE STAATEN / Der immer noch hohe Dollarkurs bremst die Ausfuhr

Die Handelsbilanz wird 1985 wieder mit einem Rekorddefizit abschließen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Das riesige Defizit in der US-Handelsbilanz nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Im Juni addierte sich der Passivsaldo (Jahresbasis) auf 152 Mrd. Dollar (433 Mrd. Mark), verglichen mit 123,3 Mrd. Dollar 1984, dem bisherigen Rekord. Damit ist der Punkt erreicht, an dem mehr als ein Fünftel der Produkte, die in Amerika gekauft werden, aus dem Ausland stammen. Dagegen exportiert die größte Wirtschaftsmacht der Welt nur 14 Prozent ihrer eigenen Erzeugung.

Wie Handelsminister Malcolm Baldrige mitteilte, registrierten die USA im Juni mit 13,4 Mrd. Dollar das zweithöchste Monatsdefizit in ihrer Geschichte. Im Juli 1984 schlug es mit 13,8 Mrd. Dollar zu Buch. Die Exporte stiegen um schwache 0,1 Prozent auf 17,4, die Einfuhren um 2,6 Prozent auf 30,9 Mrd. Dollar. Der überbewertete Dollar, kombiniert mit einem schnelleren Konjunkturtempo in den USA als im übrigen Ausland, bremst die Industriegüterausfuhr.

Laut Baldrige sank der Export weiterverarbeiteter Erzeugnisse im Juni um 0,3 Prozent auf 12,1 Mrd. Dollar. Im zweiten Quartal 1985 schrumpfte er gegenüber der Januar-März-Periode sogar um 3,6 Prozent, so daß allein in diesem Bereich ein Defizit von 108,4 Mrd. Dollar (Jahresrate) entstand. 1980 gab es noch einen Überschuß von zwölf Milliarden Dolar.

Immer mehr zur Zielscheibe wird Japan, das im Juni Waren für 6,3 Mrd. Dollar lieferte, aber nur für 1,8 Mrd. Dollar US-Produkte abnahm. Das Defizit von 4,6 Mrd. Dollar lag weit über den anderen bilateralen Passivsalden: EG 2,3, Kanada 1,7 sowie Taiwan und Opec jeweils ein Milliarde Dollar. Gegenüber Deutschland betrug der Fehlbetrag 920 Mill. Dollar. Die Stimmung gegenüber Tokio hat sich derart verschlechtert, daß die Reagan-Administration eine Stellungnahme zu dem dreijährigen Marktöffnungsplan der Japaner ablehnte. Im Weißen Haus will man abwarten, wie sich dieser auf amerikanische Lieferungen auswirken. Die Demokraten haben ein weiteres Gesetz eingebracht. Es soll Tokio zwingen, die Beschränkungen in der Telekommunikation abzuschaffen.

Im ersten Halbjahr 1985 nahm das US-Handelsdefizit, verglichen mit der gleichen Zeitspanne 1984, von 60,1 auf 70,7 Mrd. Dollar zu. Erheblich langsamer gestiegen sind jedoch die Einfuhren, und zwar statt um 31,7 nur um 7,7 Prozent auf 179 Mrd. Dollar. Entgegen den Erwartungen verlangsamte sich allerdings auch die Zunahme der amerikanischen Ausfuhren. Statt um 7,3 wuchsen sie lediglich um zwei Prozent auf 108,3 Mrd. Dollar.

Ein Lichtblick ist lediglich, daß Amerikas Handelsdefizit aus der „Explosionsphase" heraus ist. Im vergangenen Jahr schnellte es um 78 Prozent in die Höhe, während es 1985 um 14 bis 30 Prozent zunimmt. Nicht auszuschließen wäre nach dieser Rechnung aber ein Passivsaldo von 160 Mrd. Dollar. Von der Auslandskonjunktur und der Dollarstärke wird es jedoch abhängen, ob damit der Höhepunkt erreicht sein dürfte.

Baldrige beklagte, daß die amerikanische Währung seit Februar zwar zwölf Prozent ihres Wertes verloren habe, aber immer noch um nahezu 40 Prozent über dem Durchschnitt des Jahres 1980 liege. Für ihn ist eine Korrektur um 20 bis 25 Prozent erforderlich, wenn die US-Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen soll. Gegen einen solchen „Sturz" hat sich jedoch Notenbankchef Volcker ausgesprochen. Weil dann das Auslandsgeld für die Defizitfinanzierung ausbleibt, will er ihn durch knapperes Geld und höhere Zinsen verhindern.

Unter diesen Umständen ist nach Washingtoner Prognosen eine rasche Erholung der amerikanischen Exportindustrie nicht in Sicht. Die Konsequenz sei steigende Arbeitslosigkeit, heißt es. Seit Monaten verharrt die US-Arbeitslosenquote ohnehin bei 7,3 Prozent.

Dramatische Veränderungen spielen sich im verarbeitenden US-Gewerbe ab. Verlorengegangen sind zum Beispiel in den letzten sechs Jahren 1,8 Mill. Arbeitsplätze, darunter 290 000 im Maschinenbau, 440 000 in der Stahlherstellung, 240 000 in der Metallverarbeitung, 120 000 im Automobilbau und 190 000 in der Bekleidungsindustrie.

SPARKASSENVERBAND

Binnenwirtschaft wird sich weiter verhalten entwickeln

LEO FISCHER, **Bonn**

Sehr differenziert sieht der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, die Konjunkturentwicklung. Während die Exportwirtschaft im zweiten Halbjahr 1985 und auch im Laufe des Jahres 1986 von der „beachtlichen Preisstabilität und der moderaten Kostenentwicklung in der Bundesrepublik" profitieren wird und damit weiter Stütze der Konjunktur bleibe, entwickele sich die Binnenkonjunktur weiter verhalten. Die Impulse aus der Steuersenkung sieht Geiger nicht als stark genug an, um dieses binnenwirtschaftliche Klima zu verändern.

Geiger stellte die Forderung auf, daß das Augenmerk nun einer „stärkeren binnenwirtschaftlichen Dynamik" gelten müsse. Welche konkreten Maßnahmen darunter zu verstehen seien, ließ der Sparkassenpräsident offen, machte allerdings keinen Hehl daraus, daß er aus konjunkturellen Gründen lieber eine Steuerreform in einem Schritt gesehen hätte. Seine Kritik faßte er so zusammen: „Wenn die Regierung in der Steuerpolitik extrem vorsichtig vorgeht, darf sie sich nicht darüber wundern, daß gerade die mittelständischen Unternehmen und auch die betroffenen Arbeitnehmer sich in ihren eigenen Dispositionen ebenso verhalten.

Der verhaltenen Konjunkturentwicklung entspricht „eine ruhige Aufwärtsentwicklung" bei den Einlagen und bei der Kreditvergabe" der Sparkassen. Die Einlagen erhöhten sich insgesamt um 5,3 Mrd. DM, um zwölf Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1984. Bemerkenswert ist die Zunahme der Spareinlagen um 2,36 Mrd. DM, nachdem es im entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Rückgang um 1,65 Mrd. DM gegeben hatte. Dies wird besonders auf die Sondersparformen wie Zuwachssparen, Prämiensparen und Versicherungssparen mit zusätzlichen Zinsanreizen und Boni für längere Anlagedauer zurückgeführt. Diese Sondersparformen machen bereits 18 Prozent des gesamten Spareinlagenbestandes der Sparkassen (306 Mrd. DM) aus.

Die Sparkassenorganisation rechnet 1985 mit einer Geldvermögensbildung von 127 Mrd. DM (plus acht Milliarden). Die Sparquote werde sich damit leicht von 13 Prozent im Vorjahr auf 13,2 Prozent erhöhen.

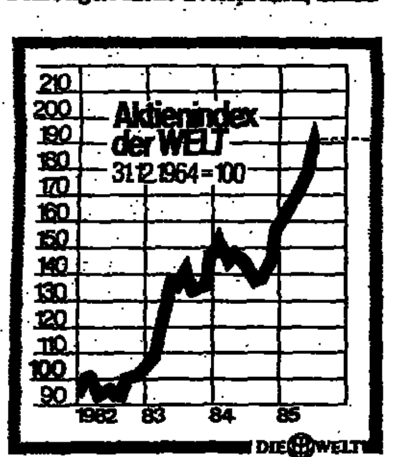
Das Kreditgeschäft der Sparkassen weitete sich um 13,4 Mrd. DM (plus drei Prozent) aus, um eine Milliarde weniger als im Vorjahr. Die geringere Zunahme erklärt sich aus der abgeschwächten Nachfrage nach kurz- und mittelfristigen Krediten. Während der Konsumentenkredit sich nur schwach erhöhte, nahm der Unternehmenskredit stärker zu. Bei den Wohnungsbaukrediten expandierten die Finanzierungen von Käufen aus dem Wohnungsbestand, von Renovierungen und Modernisierungen um 20 Prozent. Dagegen gingen die Zusagen für Neubaufinanzierungen um acht Prozent zurück.

Dollartief belastet Börse

Von LEO FISCHER

Was die erste Juli-Woche versprach, konnte die deutsche Börse im weiteren Monatsverlauf nicht halten: Bei bislang nicht erlebten Umsätzen setzte sich die Hausse an den deutschen Aktienbörsen bis zum 5. Juli fort – mit einem neuen Höchststand des WELT-Index von 209,51. Anschließend kam es zu einem – was Dauer und Ausmaß anbelangt – heftigen Rückschlag. Seit dem Höchststand sackte der WELT-Aktienindex um 8,6 Prozent, im Monatsverlauf um rund fünf Prozent auf 191,34 Punkte.

Daß die längst überfällige Korrektur schließlich so heftig ausfiel, konnte nach den vorangegangenen Übertreibungen nicht überraschen, zumal



da die Ferienzeit die Kaufaktivitäten zusätzlich bremste. Sommerflaute und Konsolidierung sind auch die gängigen Erklärungsversuche. Diese Deutung wird durch die Umsatzentwicklung bestätigt: Rekordumsätze bei Annäherung an den bisherigen Kursgipfel, deutlich geringere Umsätze bei nachgebenden Notierungen. Also kein ausgeprägter Verkaufsdruck, eher fehlende Käufer.

Die *Dauer der Konsolidierung* hat indes bei ängstlicheren Gemütern die Frage aufkommen lassen, ob nicht mehr als markttechnische Gründe hinter dem Kursverfall stehen.

Zunächst bleibt festzuhalten, daß sich an der grundsätzlich positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Daten nichts geändert hat. Nach wie vor ist von einem moderaten, aber stabilen Wachstum auszugehen. Die Teuerungsrate bleibt mäßig, die Unternehmensgewinne steigen, auch wenn sich die Zuwachsrate mit der Annäherung an die Vollauslastung in einigen Branchen abflachen sollte.

Auch die fallenden Zinsen stützten die Aktienkurse. Seit Monatsanfang ermäßigte sich die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen von 6,62 auf 6,57 Prozent – dem niedrigsten Niveau seit mehr als sechs Jahren. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß der Börse damit eine Großteil der Zinssenkungsphantasie genommen ist. Neue Impulse *sind* demnach von der erwarteten Leitzinssenkung, die ohnehin überwiegend konstatierenden Charakter hätte, nicht zu erwarten.

Die Fundamentalanalyse gibt ebenfalls keinen Anlaß für eine Umorientierung. Denn nach drei Jahre dauerndem Kursaufschwung sind die deutschen Aktien auch im internationalen Vergleich nicht überbewertet. Nach Berechnungen des Bankhauses Trinkaus & Burkhardt ist das durchschnittliche Kurs/Gewinn-Verhältnis einer repräsentativen Auswahl deutscher Standardwerte, seit Beginn der Hausse im August 1982, nur von 8,2 auf 9,7 Prozent gestiegen. Nimmt man hinzu, daß die Durchschnittsrendite für Festverzinsliche mit mehr als vier Jahren Laufzeit seit August 1982 bis heute von 9,2 auf 6,84 Prozent zurückgegangen ist, dann kann man mit den Analysten des Düsseldorfer Bankhauses die Bewertung als „durchaus moderat" bezeichnen.

Ein Unsicherheitselement bringt aber die Entwicklung des Dollarkurses. Alle Versicherungen, die US-Währung sei auch auf dem jetzigen Niveau hoch bewertet und der Dollarkurs biete weiter gute Chancen im Export, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Börse sehr nervös auf jede Abschwächung des Dollarkurses reagiert.

Einmal erweisen sich bei einem *Dollarkurs* von drei Mark vorgenommene Gewinnschätzungen jetzt als weit überzogen und zum anderen wird es für Ausländer aus dem Dollarraum immer uninteressanter, aus Währungs-Erwägungen in D-Mark-Anlagen zu gehen. Andererseits zeigt das Fehlen eines regelrechten Verkaufsdrucks, daß Ausländer noch nicht in größerem Umfang ihre Gewinne realisiert haben. Hier liegt aber eine gewisse Gefährdung für die deutsche Aktienbörse.

AUF EIN WORT

„Die gemeinsame Agrarpolitik kann keinesfalls mit „Sozialpolitik" gleichgestellt werden – letzten Endes handelt es sich immer um eine Wirtschaftstätigkeit, die mit Risiken verbunden ist."

Frans Andriessen, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
FOTO: CAMERA PRESS

Brüssel genehmigt neue Stahlbeihilfen

dpa/VWD, **Brüssel**

Die EG-Kommission hat gestern neue Stahlbeihilfen in Höhe von knapp vier Mrd. ECU (8,96 Mrd. DM) genehmigt. In den Mitteln, die noch 1985 ausgezahlt werden müssen, sind nach Brüsseler Angaben 350 Mill. DM an Betriebsbeihilfen für die Arbed Saarstahl GmbH enthalten. An die Auszahlung dieser Beihilfen hat die Kommission die Bedingung geknüpft, daß die Völklinger Stahlkocher zusätzliche Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten beschließen. Als Gegenleistung für die gesamten Beihilfen fordert die EG-Behörde außerdem von Stahlunternehmen in acht der zehn Mitgliedsländer zusätzliche Kapazitätskürzungen um insgesamt zwei Mill. Tonnen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Mit den USA droht neuer Streit wegen Schuheinfuhren

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Neue Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen der EG und den USA haben die Pläne Washingtons zur Drosselung der Schuheinfuhren ausgelöst.

Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq, der schon wegen der europäischen Stahllieferungen in ständigem Kontakt mit der Reagan-Administration ist, sah sich gestern erneut zu einer Demarche bei den amerikanischen Behörden veranlaßt.

Die US-Kommission für internationalen Handel hatte der Regierung Mitte Juni die Einführung von Importquoten für Schuhe jederHerkunft im Werte von mehr als 2,50 Dollar empfohlen. Ein Beschluß soll vor dem 1. September gefaßt werden. Mit seiner Demarche versucht de Clercq nochmals die Amerikaner davon zu überzeugen, daß ihrer Wirtschaft kein Schaden durch Lieferungen aus der Europäischen Gemeinschaft entstanden ist, und daß unter diesen Umständen Importrestriktionen keine Berechtigung hätten.

Nach Angaben der Kommission ist der Anteil von EG-Erzeugnissen am amerikanischen Markt mit 8,2 Prozent 1982, 7,2 Prozent 1983 und 7,4 Prozent 1984 weitgehend stabil geblieben. Volumenmäßig hätten die EG-Exporte von Lederschuhen zwar im vergangenen Jahr wegen der Dollarschwäche um 14,9 Prozent zugenommen, doch seien die Ausfuhren der anderen Lieferländer um durchschnittlich 41 Prozent gestiegen.

Die europäischen Schuhe würden im übrigen zu Preisen angeboten, die eher über den amerikanischen lägen, heißt es in Brüssel.

FORSCHUNGSPOLITIK

Programm von Bund und Ländern für Spitzenkräfte

HEINZ HECK, **Bonn**

Bund und Länder werden mit einem 150-Millionen-Mark-Sonderprogramm die Spitzenforschung in der Bundesrepublik in den kommenden neun Jahren verstärkt fördern. Die Mittel werden zu 75 Prozent vom Bund und zu 25 Prozent von den Ländern aufgebracht und sollen hervorragenden Forschern und Forschergruppen zu besonders flexiblen Bedingungen gewährt werden. Damit könnten der Freiraum vergrößert und bürokratische Handhabung vermieden werden.

Im einzelnen können Forscher oder -gruppen bis zu drei Millionen Mark, verteilt auf fünf Jahre, erhalten. Die Bedingungen sollen so gestaltet werden, daß sie die Bundesrepublik im freien internationalen Wettbewerb für hervorragende Forscher attraktiv machen. Forschungsminister Riesenhuber sieht im Fortgang eines deutschen Wissenschaftlers zum Beispiel an eine angesehene amerikanische Universität kein Unglück, wenn der Weg über den Ozean keine *Einbahnstraße* sei. „Austausch mit den USA ist für die deutsche Forschung von lebenswichtiger Bedeutung." Nicht Abschotten sei das Ziel, sondern Offenhalten der deutschen Forschung für einen freien und möglichst gleichgewichtigen Austausch.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) wird das Programm abwickeln und jährlich etwa zehn Forscher und -gruppen auswählen. Das Förderprogramm wird auf Bundesseite vom Forschungs- und Bildungsministerium gemeinsam getragen und ist weder auf bestimmte Fachgebiete noch auf sogenannte Spitzentechnologien beschränkt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Arbeitsmarkt – Belastung und Entlastung

Bis 1989: Der Berufsnachwuchs ist zahlreicher als die Berufs-Abgänger: Belastung für den Arbeitsmarkt

Projektion in 1000

Ab 1990: Die Berufs-Abgänger sind zahlreicher als der Berufsnachwuchs: Entlastung für den Arbeitsmarkt

1984	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	1995
+267	+181	+128	+100	+50	+11	-51	-81	-95	-126	-179	-195

© Globus

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird zur Zeit zusätzlich dadurch erschwert, daß die Kinder des „Baby-Bergs" aus den sechziger Jahren heute als Erwachsene auf den Arbeitsmarkt drängen. 1984 war der Berufsnachwuchs um etwa 267 000 größer als die Zahl jener, die aus dem Erwerbsleben ausschieden. Ab 1990 wird sich diese Entwicklung umkehren, weil der Berufsnachwuchs immer spärlicher wird. QUELLE: GLOBUS

Neuer Rekordüberschuß

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im Juni dieses Jahres mit einem Außenhandelsüberschuß von 5,71 Mrd. Dollar (16,6 Mrd. DM) das bisher höchste Monatsergebnis überhaupt erzielt. Im Dezember 1984 hatte der bisherige Rekord bei 5,25 Mrd. Dollar gelegen. Im Mai dieses Jahres waren es 4,29 Mrd. Dollar gewesen, im Juni des vergangenen Jahres 4,85 Mrd. Dollar. Das Finanzministerium in Tokio meldete außerdem einen neuen Rekordüberschuß in der Leistungsbilanz: 5,55 Mrd. Dollar waren es im Juni.

SPD gegen Kreditwucher

Bonn (dpa/VWD) – Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat gestern in Bonn einen Diskussionsentwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung des Kreditwuchers und zur Vertragshilfe bei notleidenden Krediten vorgelegt. Nach den Ausführungen des SPD-Abgeordneten Rudolf Schöfberger soll mit dem neuen Gesetz die Überteuerung der Kredite über eine klare gesetzliche Definition der Wuchergrenze bekämpft werden. Außerdem will die SPD die richterliche Vertragshilfe für diejenigen einführen, deren Kredite ohne Verschulden notleidend geworden sind.

IW für weitere Entlastung

Köln (os) – Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) begrüßt die zum 1. Januar 1986 geplanten Entlastungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer um elf Mrd. DM. Da dadurch der Anteil der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen sinke, werde die leistunghemmende Wirkung des Steuersystems zunächst einmal gemindert, stellt das IW in einer Untersuchung über die Entwicklung der Steuerstruktur in der Bundesrepublik fest. Das Institut fordert jedoch weitere Schritte, damit die direkten Steuern nicht wieder überdurchschnittlich anziehen.

Zurückhaltende Reaktion

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat zurückhaltend auf die von Japan für die nächsten drei Jahre angekündigten Maßnahmen zur Öffnung der japanischen Märkte für ausländische Produkte reagiert. Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq erklärte gestern in Brüssel, die Kommission begrüße „diese neue Geste". Sie werde den Inhalt der Maßnahmen, deren zum Teil sehr technischer Charakter sorgfältige Analysen erfordere, prüfen. Die Kommission werde im Herbst in Tokio mit japanischen Regierungsvertretern über mögliche weitere Verbesserungen der Handelsbeziehungen diskutieren. Diese Handelsgespräche waren am 19. Juli in Brüssel vereinbart worden.

Belgien erhöht Diskontsatz

Brüssel (AFP) – Die Belgische Nationalbank hat gestern eine Erhöhung des Diskontsatzes um 0,50 Prozent bekanntgegeben. Der Diskontsatz liegt damit bei zehn Prozent gegenüber 9,50 seit Anfang Juli.

6000 Aussteller erwartet

Berlin (dpa/VWD) – Auf der Leipziger Herbstmesse (1. bis 7. September 1985) werden wieder etwa 6000 Aussteller aus 29 Branchen erwartet. Zu den wichtigsten Ausstellern zählt erneut die Bundesrepublik, wie aus Meldungen Ost-Berliner Zeitungen hervorgeht. Verstärkten Wert legt die „DDR" offenbar auf die Beteiligung von Staaten der Dritten Welt. Größte Aussteller der Dritten Welt seien Brasilien, Indien, Ägypten. Die höchste internationale Beteiligung in Leipzig weist die Branche Chemie mit Ausstellern aus 20 Ländern aus.

Geringere Zusatzkosten

Köln (os.) – In der amerikanischen Metallindustrie waren die Lohnzusatzkosten 1983 um ein Drittel niedriger als in der Bundesrepublik. Während die deutsche Metallindustrie zu jeder Mark für geleistete Arbeit 71 Pfennig zusätzlich aufwenden mußte, kamen in den USA zu jedem Dollar Arbeitslohn lediglich 44 bis 50 Cent hinzu. Das teilte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Köln gestern mit. Die geringere Belastung der amerikanischen Konkurrenten gehe auf eine zweckmäßigere Struktur im Bereich der sozialen Sicherung zurück.

Weitere Entlassungen

Dallas (AFP) – Der amerikanische Konzern Texas Instruments, der im zweiten Quartal einen Nettoverlust von 3,9 Mill. Dollar und eine Umsatzeinbuße von 16 Prozent auf 1,24 Mrd. Dollar verzeichnete, kündigte die Entlassung von weiteren 1800 Arbeitskräften an. Grund sei die verschlechterte Lage im Sektor der Datenverarbeitung.

ENERGIEVERBRAUCH

RWI rechnet mit einem Zuwachs von 2,5 Prozent

AP, **Essen**

Der Verbrauch an Primärenergie in der Bundesrepublik wird nach Einschätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, bei normalem Witterungsverlauf 1985 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent auf 387 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) zunehmen. Eindeutiger Spitzenreiter beim Verbrauchszuwachs wird erneut die Kernkraft sein, schreibt das Institut in seinem jüngsten Bericht zur Lage auf dem Energiemarkt. Sie werde voraussichtlich auf Kosten von Erdgas und Braunkohle ihren Anteil am Primärenergiemarkt bis zum Jahresende um stolze 27 Prozent gegenüber 1984 steigern.

Der Erdgasverbrauch werde in diesem Jahr wieder um etwa 4,5 Prozent auf 56,5 Milliarden Kubikmeter zunehmen. Diese Steigerung werde jedoch noch stärker als bisher vom Verbrauch in Privathaushalten bestimmt werden, während der Erdgasanteil in der Industrie und bei der Stromerzeugung zurückgehen werde. Der Steinkohleverbrauch in der Bundesrepublik wird nach dieser Vorausschätzung, wenn überhaupt, nur wenig auf etwa 80 Millionen SKE (plus 0,5 Prozent) steigen.

Vom Absatz von Mineralölerzeugnissen erwartet das RWI, daß er sich zum dritten Mal hintereinander bei etwa 158,5 Millionen Tonnen SKE einpendeln wird. Der Verbrauch von Strom werde sich in diesem Jahr voraussichtlich um „reichlich" vier Prozent auf 416 Milliarden Kilowattstunden erhöhen. Der überwiegende Teil des Mehrbedarfs wird dabei von den inländischen Anlagen der Elektrizitätswirtschaft gedeckt werden können.

BUM-PROZESS / Teilerfolg in Karlsruhe für die Deutsche Schutzvereinigung

Die WestLB muß endgültig zahlen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Sechs Jahre nach dem Konkurs des einst sechstgrößten deutschen Baukonzerns, der Düsseldorfer Beton- und Monierbau AG (BuM), hat der Bundesgerichtshof in dem von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz gegen die Westdeutsche Landesbank, beide Düsseldorf, angestrengten Schadenersatzprozeß eine nach Ansicht der Klägerin „bemerkenswerte Vorentscheidung" gefällt. Die von beiden Parteien eingelegte Revision gegen das Düsseldorfer OLG-Urteil vom April 1984 hat der BGH für die Schutzvereinigung zugelassen und für die WestLB verworfen.

Erste Konsequenz daraus: BuM-Aktienbesitzer, die nach Veröffentlichung des von der WestLB verantworteten Börsenprospekts am 7. November 1978 junge Aktien aus der Kapitalerhöhung auf 87,5 (25) Mill. DM kauften, Dauerbesitz bis heute nachweisen und über die Schutzvereinigung geklagt haben, erhalten Kaufpreis plus Spesen und Zinsen von der WestLB zurück. Denn nunmehr rechtskräftig ist jener Teil des OLG-Spruchs, in dem die WestLB wegen positiver Darstellung eines konkursreifen Unternehmens zum Schadenersatz aus Prospekthaftung verurteilt wurde.

Für jene der (einst tausend) BuM-Aktionäre, die ihre (im wesentlichen Alt-)Aktien vor dem 7. November 1978 kauften und mit der Schutzvereinigung gleichfalls die WestLB auf Schadenersatz verklagten (wegen vorsätzlich sittenwidriger Schädigung nach Paragraph 826 BGB), hat der BGH nun noch aus zugelassener Revision der Schutzvereinigung über das diesen Teil der Klage abweisende OLG-Urteil aus April 1984 zu entscheiden.

Einen weiteren Kardinalpunkt hebt die Schutzvereinigung hervor: Ob sich die WestLB gegenüber jenen BuM-Aktionären, die sich wegen des Prozeßkostenrisikos nicht zur Klage aufraffen, auf die inzwischen eingetretene Verjährung berufen werde, bleibe „angesichts des klaren Spruchs der Gerichte offen". Es wäre im Hinblick auf das Vertrauen in die Teilnehmer am Kapitalmarkt „äußerst mißlich", wenn diese Anleger keinen Ersatz erhielten. Es bleibe zu hoffen, meint die Schutzvereinigung, daß die WestLB „die in gleicher Weise von ihr geschädigten Aktionäre nicht ungleich entschädigt".

Der BGH hat die mündliche Verhandlung darüber auf den 30. September anberaumt. Demnach kann ein Urteil wohl noch in diesem Jahr erwartet werden. Im Gesamtverfahren hatte die Schutzvereinigung als „Pilotprozeß" zwecks Kostenminimierung nur rund eine Mill. DM eingeklagt, wovon die Hälfte nun bereits rechtskräftig entschieden ist.

Wir haben den Kampf verloren, den Kampf um sein Leben.

Am 30. Juli 1985 starb mein Mann, mein Felix, unser Vater

Franz Josef Weisweiler

*7. Juli 1928

Für sein Leben mit uns sind wir unendlich dankbar.

Sein Tod läßt uns im tiefsten Schmerz.

Christa-Maria Weisweiler geb. Weber
Florian Felix Weisweiler
Claus Weisweiler
Susanne Hergersberg geb. Weisweiler
Martin Hergersberg

Düsseldorf 31 (Wittlaer), den 30. Juli 1985
Am Töllershof 34

Trauergottesdienst und Trauerfeier finden statt am Montag, dem 5. August 1985, um 10.00 Uhr im St.-Suitbertus-Dom zu Düsseldorf-Kaiserswerth; die Beisetzung auf dem Friedhof Wittlaer schließt sich an.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir statt zugedachter Blumen- und Kranzspenden das Deutsche Herzzentrum München, München, Konto Landesbank München Girozentrale, Nr. 24 990 (BLZ 700 500 00), oder die Diakonie-Krankenanstalten Florence Nightingale, Düsseldorf-Kaiserswerth, Konto Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Nr. 3 797 685 (BLZ 300 700 10), zu unterstützen.

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, den Tod unseres Vorstandsvorsitzenden bekanntgeben zu müssen.

Professor
Dr. mont. Franz Josef Weisweiler

starb nach einer unerwartet schweren Krankheit im Alter von gerade 57 Jahren.

Drei Jahrzehnte hat sich Franz Josef Weisweiler mit seiner ganzen Kraft für unser Unternehmen und für seine Mitarbeiter eingesetzt.

Seit 1972 trug er im Vorstand der Mannesmann AG die Verantwortung für die Technik. Mit Weitsicht bestimmte er die Richtung der technologischen Entwicklung von Mannesmann. Er setzte wesentliche Akzente in der Umstrukturierung des Konzerns. Seit 1983 führte er diese Strategie als Vorstandsvorsitzender weiter.

Sein Wirken war darauf ausgerichtet, das Bestmögliche für die Mitarbeiter des Konzerns zu erreichen. Das erwarb ihm Zuneigung und Sympathie der Belegschaften.

Mit großem Engagement widmete er sich wichtigen Gemeinschaftsaufgaben in Wirtschaft, Kultur und Politik.

Wir werden ihm ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Düsseldorf, den 30. Juli 1985

Mannesmann Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat, Vorstand
Konzernbetriebsrat und Belegschaft
zugleich im Namen aller
Mannesmann-Gesellschaften

Trauergottesdienst und Trauerfeier finden statt am Montag, dem 5. August 1985, um 10.00 Uhr im St.-Suitbertus-Dom zu Düsseldorf-Kaiserswerth; die Beisetzung auf dem Friedhof Wittlaer schließt sich an.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir statt zugedachter Blumen- und Kranzspenden das Deutsche Herzzentrum München, München, Konto Landesbank München Girozentrale, Nr. 24 990 (BLZ 700 500 00), oder die Diakonie-Krankenanstalten Florence Nightingale, Düsseldorf-Kaiserswerth, Konto Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Nr. 3 797 685 (BLZ 300 700 10), zu unterstützen.

Am 30. Juli 1985 starb

Professor
Dr. Franz Josef Weisweiler

Mitglied des Beraterkreises der Gesamtbank

Er war uns viele Jahre lang in Freundschaft verbunden.

In seinem Wesen waren menschliche und fachliche Qualitäten in besonderem Maße vereint. Ausgezeichnet mit breit fundierten Kenntnissen und Erfahrungen, Schaffenskraft und unternehmerischem Weitblick, hat er sich über sein Unternehmen hinaus herausragende Verdienste um die deutsche Wirtschaft erworben. Uns stand er als kluger Ratgeber zur Seite und hat an der Entwicklung der Bank lebhaften Anteil genommen.

Wir haben eine große Persönlichkeit und einen guten Freund verloren. Wir werden seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.

In tiefer Trauer

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Beraterkreis der Gesamtbank
Aufsichtsrat
Vorstand

Frankfurt am Main, im August 1985

Wir trauern um

Professor
Dr. mont. Franz Josef Weisweiler

Vorsitzender des Vorstands der Mannesmann Aktiengesellschaft

Herr Professor Dr. Weisweiler war Mitglied unseres Aufsichtsrats. Seiner von unternehmerischer Initiative und warmer Menschlichkeit gleichermaßen geprägten Persönlichkeit verdanken wir viele und sehr wertvolle Anregungen.

Dankbarkeit und Schmerz bestimmen unsere Empfindungen für einen Mann, der uns in vielen Jahren nicht nur Ratgeber, sondern auch Freund gewesen ist.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Allianz Aktiengesellschaft

HANDEL / Veba trennt sich von Deutscher SB-Kauf

Asko übernimmt Anteil

HANNA GIESKES, Bonn

Die Veba-Gruppe will ihre Aktivitäten im Selbstbedienungshandel abgeben. Ein Sprecher des Unternehmens bestätigte gestern in Düsseldorf, daß die beiden Handelstöchter Raab-Karcher und Stinnes, die jeweils zur Hälfte an der Deutschen SB-Kauf beteiligt sind, 24,9 Prozent an die Asko AG, Saarbrücken, abgeben werden. Außerdem werden die Westdeutsche Landesbank, die Norddeutsche Landesbank und die Deutsche Genossenschaftsbank je 24,9 Prozent übernehmen, heißt es weiter.

In der Branche wird vermutet, daß die Veba sich von diesem Bereich trennen will, weil profitable Umsätze auf die Dauer nur durch Wachstum zu erreichen sind. Hier ist die Deutsche SB-Kauf, die im vergangenen Jahr mit ihren 23 divi-Verbrauchermärkten und sieben Agros-Großhandelsmärkten rund 2,4 Mrd. DM erlöst hat, jedoch offensichtlich an eine Grenze gestoßen, die nur durch die Übernahme anderer Handelsunternehmen überschritten werden könnte. Dazu heißt es bei Veba, daß ein gesundes Wachstum nicht ohne die Mitwirkung des Bundeskartellamtes möglich sei; hier wolle man Probleme vermeiden.

Eine etwaige Übernahme der Deutschen SB-Kauf durch Asko sei wettbewerbsrechtlich nicht unbedenklich, sagte der Sprecher des Bundeskartellamts in Berlin, „weil hier verschiedene Dreiecksverhältnisse entstünden". An Asko ist unter anderem Leibbrand beteiligt, der außerdem eine Beteiligung von 12,5 Prozent an der Schaper-Gruppe hält, die derzeit in Berlin geprüft wird. Schaper hinwiederum hält eine Beteiligung an Asko. Offenbar wird befürchtet, daß Rewe-Leibbrand, einer der vier Größten im deutschen Lebensmitteleinzelhandel, auf diese Weise seine Macht erweitert.

Daran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, daß Asko nur einen Anteil von 24,9 Prozent erwerben will. In der letzten Zeit habe es sich eingebürgert, Übernahmen so zu konstruieren, daß das Kartellamt nicht herankomme, betonte der Sprecher. Erst kürzlich sei dies beim Einstieg von MBB bei Krauss-Maffei geschehen.

ÖSTERREICH / Bislang enttäuschende Tourismus-Bilanz

Hoffen auf Spätbucher

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Für den österreichischen Fremdenverkehr kommt das schönere Wetter gerade noch im letzten Moment, um den Sommer doch noch halbwegs zu retten. Denn nachdem auf Grund der guten internationalen Konjunkturlage allgemein und für Österreich insbesondere eine bessere Tourismus-Saison prognostiziert worden war, machte eine extrem kühle Witterung zu Saisonbeginn zunächst einen Strich durch die Rechnung. Die Hoteliers befürchteten noch Anfang Juli daher ein regelrechtes Fiasko. Denn sowohl Fixbuchungen als auch Vorbestellungen waren vergleichsweise nur äußerst dürftig.

Jetzt allerdings dürften die Spätbucher das befürchtete Juli-Loch doch noch halbwegs auffüllen. Der (witterungsbedingt) außerordentlich schlechte Juni wird aber die gesamte Sommer-Bilanz auf jeden Fall erheblich belasten.

Im bisherigen Jahresverlauf ergab sich in Österreich ein geringer Anstieg der Übernachtungen um 0,76 Prozent auf 52 Millionen. Die Ausländer konnten mit einem Plus von zwei Prozent auf 38 800 die Nachfrageschwäche der Inländer überkompensieren.

Die Wintersaison allein fiel nach Meinung der Tourismus-Manager zufriedenstellend aus. Die jetzt vorliegenden Statistiken weisen insgesamt ein Plus der Übernachtungen von zwei Prozent aus, wobei die Ausländer mit vier Prozent wieder einen überdurchschnittlichen Beitrag leisteten. Insbesondere die deutschen Gäste, die seit 1981 nur mehr ein verhaltenes Interesse am Winterurlaub in Österreich gezeigt hatten, legten mit einem Plus von 1,3 Prozent erstmals wieder zu. Auch der Rückgang der Touristenzahl aus Belgien endete vorerst. Amerikaner und Briten sorgten sogar für zweistellige (36 bzw. 21 Prozent), Schweizer, Italiener, Franzosen und Holländer wenigstens für einstellige Zuwachsraten.

Ein weitaus besseres Ergebnis als die Übernachtungszahlen erbrachten die Deviseneinnahmen. Für das erste Halbjahr registrierte die Nationalbank Mehreinnahmen aus dem Reiseverkehr in Österreich von 15,5 Prozent (auf 29 Mrd. Schilling). Dies entspricht einerseits einem generellen Trend zu höherwertigen und damit teureren Quartieren und andererseits einem schon seit längerem anhaltenden besonders starken Interesse von Ausländern für den (ausgabenintensiveren) Städtetourismus.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Komforplast GmbH, Hilter 1; **Beckum:** Norbert Weinekötter, Oelde-Lette; **Bremen:** Nachl. d. Kurt Georg Schirrmacher; **Friedberg:** Arizona Pool Schwimmanlagen GmbH, Bad Nauheim; **Fürth:** Heckmann u. Partner GmbH Bauunternehmung, Gorxheimertal; **Hamm:** Nachl. d. Dr. Karl-Heinz Dröge, Unna; **Hof:** Nachl. d. Helmut Heuberger, Marktredwitz; **Köln:** Argus Bewachungs- u. Dienstleistungsges. mbH; **Mainz:** Dieter Klein; **Mayen:** Autohaus Schmitt GmbH, Ochtendung; Elfriede Selmer, Andernach; **München:** Estrans Internationale Speditionsges. mbH, Unterhaching; Allscher Fliesenhandel GmbH; Bauwaren Haas Fachmarkt GmbH, Grünwald; macropack Industrieverpackungen GmbH; **Neu-Ulm:** exclusiv studio Elisabeth Lederwaren Vertriebs GmbH, Neu-Ulm-Finningen; **Nürnberg:** Wexhaus-Baubetreuung GmbH, vorm. Planung + Baubetreuung Wex GmbH; Nachl. d. Manfred Georg Vielberth; Steakhaus Rosenau, Herbert Wolff KG; **Stuttgart:** Nachl. d. Roland Seininger; **Wesel:** Klaus Bies, Dinslaken; **Wiesbaden:** Carl Ritter GmbH & Co. KG i. L.; **Winsen/Luhe:** Nachl. d. Hermann Ernst Walter Franke, Seevetal; H. Stallbaum, Bauges. mbH; Nachl. d. Friedrich Bernhard Reichel, Seevetal; **Wolfratshausen:** Michael u. Christian Bertrand GmbH, Geretsried; Wolfgang Allenguten, Dietramzell; Monika Allenguten geb. Sievers, Dietramszell; Siegfried Heinrich sen., Egling.

Vergleich eröffnet: Lüdinghausen: Gregor Mal KG GmbH u. Co.; Fiducia Geschäftsführungsges. mbH; **Uelzen:** Holtendorff Haustechnik GmbH.

Vergleich beantragt: Peine: Adolf Brandes, Hohenhameln-Stedum.

NAHRUNGSMITTEL / Arabische Länder sind trotz Förderung der Landwirtschaft auf Importe angewiesen

Die Saudis liefern Weizen, Eier und Geflügel

PETER M. RANKE, Kairo

Der amerikanische Landwirtschaftsminister Block hat Ägypten die Lieferung von 500 000 Tonnen Weizen zu niedrigen Preisen und zu günstigen Krediten angeboten, nachdem er schon Anfang Juli 600 000 Tonnen Weizenmehl offeriert hatte.

Auch 1985 erhalten die Ägypter damit ausreichend Mehl und Getreide zu verbilligten Preisen, günstigen Krediten oder gar als Geschenk.

Mit Getreide- und Lebensmitteleinfuhren in Höhe von drei bis vier Mrd. Dollar im Jahr oder fünfzig Prozent des Bedarfs hat Ägypten niemals die Aussicht, sich selbst versorgen oder autark werden zu können. Die rasch steigende Bevölkerung von jetzt 48 Millionen, Wassermangel, Versalzung der Böden und zunehmende Verstädterung erfordern zunehmende Lebensmitteleinfuhren. Sachverständige fürchten, daß sich die latente Hungersnot von Äthiopien bis zum Jahr 2000 auch in die arabische Welt und besonders nach Ägypten ausbreiten wird.

Eine Ausnahme in der Region ist die Türkei, die über genug Wasservorräte verfügt und in den letzten Jahren zum Exporteur von Nahrungsmitteln wurde. Ölstaaten wie Kuwait und die Golfscheichtümer können ebenso wie Iran ihre zusätzlichen Lebensmittelimporte noch für viele Jahre aus den Öleinnahmen bezahlen. Sie können künftig von Saudi-Arabien mit Weizen, Eiern und Geflügel versorgt werden, da das Wüstenreich durch Investitionen in Milliardenhöhe in diesen Produkten heute schon Selbstversorger ist.

Durch die Erschließung von Süßwasserquellen in den Oasen und den Ausbau der Agrarprovinz Asir werden in Saudi-Arabien statt früher 150 000 Hektar jetzt 2,3 Mill. Hektar landwirtschaftlich genutzt. Die Weizenernte stieg 1984 auf über 1,3 Mill. Tonnen (1974: 153 000 Tonnen). Die Regierung gibt den Farmern beträchtliche Zuschüsse durch freie Landverteilung, zinsfreie Darlehen und Subsidien für Saat und Dünger.

Problemkinder – zuschußbedürftig und abhängig von Zulieferungen – bleiben in der arabischen Welt Algerien, Libyen, beide Jemen-Staaten, Jordanien und neuerdings Sudan, das eigentlich genug Wasser und fruchtbare Böden besitzt. Libanon kann sich selbst ernähren oder Nahrungsmittel kaufen. Irak und Syrien sollten nach Ansicht von UNO-Organisationen durchaus fähig sein, Lebensmittel in großen Mengen zu exportieren.

Syrien und Irak sind neben dem Winterregen von den Wassern des Euphrat abhängig; aber die Chancen zur landwirtschaftlichen Entwicklung sind längst nicht ausgeschöpft. Mit Bevölkerungszahlen von zehn Millionen (Syrien) und 14 Millionen (Irak) fehlen beiden Staaten Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Irak hat einige hunderttausend Ägypter angesiedelt. Allerdings war die Bodenreform und Kollektivierung weder in Syrien noch Irak ein Erfolg.

Die UNO-Zahlen, nach denen die Nahrungsmittel-Einfuhren der gesamten arabischen Welt von 1,7 Mrd. Dollar 1970 bis 1972 auf 12,7 Mrd. Dollar 1978 bis 1982 gestiegen sind, müssen vor dem Hintergrund des Ölbooms gesehen werden, der damals auch Millionen von Gastarbeitern in die Ölstaaten brachte und bei den Einheimischen die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus dem Ausland steigerte. Das Ausklingen des Ölbooms und die Entlassung oder Heimwanderung zahlreicher Arbeitskräfte verringert in den reinen Ölstaaten den Import allgemein. (SAD)

Verliert britische Wirtschaft Schwung?

VWD, London

Die britische Wirtschaft wird im weiteren Jahresverlauf an Schwung verlieren. Diese Schlußfolgerung zieht der Industrieverband CBI aus seiner jüngsten Umfrage bei knapp 1600 Unternehmen. Zwar liege derzeit die Produktion und die Kapazitätsauslastung auf dem besten Stand seit 1973. Wegen der nachlassenden Exporttätigkeit aufgrund der Konjunkturabschwächung in anderen Ländern und wegen der wieder festeren Verfassung des Pfund hätten die Aufträge aus dem Ausland jedoch nachgelassen. Die nach wie vor hohen Finanzierungskosten hätten Investitionen erschwert; die letzte Zinssenkung sei jedoch eine Hilfe.

Die Aussichten für die Entwicklung am Arbeitsmarkt beurteilt der Verband weiterhin sehr zurückhaltend. Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern hätten zwar einen Anstieg der Beschäftigung gemeldet, bei den Großunternehmen sei die Zahl der Mitarbeiter dagegen weiter gesunken. Aufgrund der zu erwartenden Konjunkturabschwächung könne auch von einer gedämpften Preisentwicklung ausgegangen werden.

Banken in Peru zwei Tage geschlossen

dpa/VWD, Lima

In Finanzkreisen Perus wurde eine Abwertung der Landeswährung erwartet, nachdem die neue Regierung überraschend am Dienstag die Schließung der Banken und Wechselstuben für zwei Tage angeordnet hatte. Gleichzeitig wurde damit gerechnet, daß Dollar-Guthaben bei peruanischen Banken für etwa drei Monate eingefroren werden könnten. Das Wirtschafts- und Finanzministerium begründete die Schließung der Banken damit, daß dadurch „die Durchführung des neuen Wirtschaftsprogramms erleichtert werden" solle. Der neue Präsident Alan Garcia hatte nach seiner Amtsübernahme angekündigt, daß seine Regierung die zunehmende Verwendung des US-Dollars im inländischen Zahlungsverkehr bekämpfen werde. Gewinne und Gehälter sollten künftig nur in peruanischer Währung festgelegt werden dürfen. Der frühere Wirtschaftsminister Javier Silva Ruete, ein enger Berater Garcias, deutete an, daß während der Bankenschließung neue Bestimmungen für Devisenüberweisungen ins Ausland festgelegt werden sollen.

USA / Ende des Beschäftigungswunders in Silicon Valley?

Flaute bei Personalcomputern

dpa/VWD, New York

Zum ersten Mal in elf Jahren könnten in Silicon Valley, dem Zentrum der amerikanischen Hochtechnologie, mehr Arbeitsplätze verloren gehen als geschaffen werden. Das zeichnet sich in einer Erhebung des Amtes für Beschäftigungsförderung Kaliforniens ab. Hält der gegenwärtige Entlassungstrend an, wird das bei San Francisco liegende Industriegebiet 1985 mit einem Nettoverlust von Arbeitsplätzen abschließen.

Mehr als 4000 Beschäftigte haben im kalifornischen Regierungsbezirk Santa Clara County, dem Herzen von Silicon Valley, in den ersten fünf Monaten 1985 ihre Stelle verloren, heißt es in der Erhebung. Santa Clara County hatte zum letzten Mal 1975 einen Nettoverlust von Arbeitsplätzen zu beklagen, als 7700 Jobs verlorengingen. In den folgenden Jahren sollte in Silicon Valley aber ein wahres Beschäftigungswunder ausbrechen: Die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsstellen schwankte zwischen 4700 und 27 900 im letzten Jahr.

Allein im Juni wurden 2270 Silicon-Valley-Arbeiter freigesetzt. Die meisten Entlassungen gab es im Personalcomputerbereich und bei den Halbleiterfirmen. Analysten erklären die Entlassungswelle damit, daß der Markt nach zwei Jahren rapiden Wachstums gesättigt ist. Im Juni haben in der US-Computerbranche insgesamt 8000 Leute ihre Stelle verloren. Einige Beispiele: Bei Intel Corp. (Santa Clara) wurden 950 Mitarbeiter gefeuert, National Semiconductor Corp. (Santa Clara) gab 1300 Mitarbeitern den Laufpass und Apple Computer (Cupertino) schickte 250 Beschäftigte heim.

Nach Berechnung des Forschungsinstituts International Data Corp., Framingham (Massachusetts), werden die Belegschaften der Computerhersteller in diesem Jahr um weitere 15 000 bis 20 000 abgebaut werden, wobei die Hälfte auf Kosten von Silicon Valley gehen dürfte. Wielange die Elektronik-Rezession anhält, darüber gehen die Meinungen der Fachleute auseinander. Die Optimisten erwarten den Aufschwung bereits im nächsten Monat, während andere das Ende der Flaute erst in eineinhalb Jahren sehen.

MEXIKO / Bei der Sanierung geht der Präsident durch teilweisen Gehaltsverzicht mit gutem Beispiel voran

Der Staat spart rund 28 000 Arbeitsplätze ein

WERNER THOMAS, Mexiko City

Die Regierung ging mit gutem Beispiel voran. Präsident Miguel de la Madrid verzichtete auf zehn Prozent seines Gehaltes, umgerechnet 4800 Dollar im Monat. Überflüssige Behörden wurden aufgelöst. 28 000 von zwei Millionen Staatsdienern verlieren ihre Stellungen, unter ihnen 15 Staatssekretäre. Die Einsparungen betragen etwa 400 Mill. Dollar, vier Prozent des gesamten Haushaltes.

Die De-la-Madrid-Regierung hat in den letzten Wochen verschiedene Maßnahmen ergriffen, die nicht überraschend kamen: sie schnallte der Nation den Gürtel noch enger. Die überhitzte Konjunktur, der Inflationsschub, die Kapitalflucht und drastisch reduzierte Devisenerlöse erforderten korrektive Schritte.

Hauptursache dieser neuen Krisensituation waren die gesunkenen Öleinnahmen, neun Prozent weniger in den ersten fünf Monaten dieses Jahres als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Handelsbilanzüberschuß schrumpfte um 43 Prozent auf 3,5 Mrd. Dollar. Zu lange verlangten die Mexikaner die hohen Opec-Preise und erlitten dadurch Absatzschwierigkeiten. Im Juni exportierte das Land nur noch 800 000 Barrels pro Tag, etwa die Hälfte des Exports von Juni 1984. Der staatliche Ölkonzern Pemex entschloß sich schließlich zu Preissenkungen von durchschnittlich einem Dollar pro Barrel.

„Die Wirtschaft wuchs schneller als uns recht sein konnte", erläuterte Finanzminister Jesus Silva Herzog, „wir mußten bremsen." In den ersten sechs Monaten dieses Jahres betrug die Wachstumsrate 3,5 Prozent, fast soviel wie im zweiten Halbjahr 1984. Der Aufschwung förderte die Inflation, die im Januar bis Ende Juni nach offiziellen Berechnungen 25,7 Prozent erreichte. Geplant waren für das gesamte Jahr nur 35 Prozent.

Der kontrollierte und damit überbewertete Peso (Verhältnis zum Dollar: 233:1), mit dem 80 Prozent aller Geschäfte abgewickelt werden, hatte eine gewaltige Kapitalflucht zur Folge. Manche Beobachter schätzen diesen Betrag auf vier Milliarden Dollar seit Juni 1984. Die Regierung beschloß deshalb letzte Woche eine Abwertung um 17 Prozent. Der neue Kurs beträgt nun 280:1. Der freie Markt in Mexiko City handelte den Dollar am vergangenen Wochenende für nur 365 Pesos. Sieben Tage zuvor war die US-Währung noch 390 Pesos wert. Silva Herzog wertete diesen Kursanstieg des Peso als „positive Reaktionen auf unsere Maßnahmen".

Die Regierung lockerte auch die bisher strikten Importbeschränkungen: Die einheimische Industrie soll durch verstärkten internationalen Druck produktiver werden. Schließlich verkündete sie eine Entscheidung, die besonderes Aufsehen erregte: Der amerikanische Computer-Hersteller IBM darf nun doch eine Computer-Fabrik ohne mexikanische Beteiligung nahe der Stadt Guadalajara errichten. Mit dieser Konzession beendeten die Mexikaner einen Konflikt, der das Investitionsklima negativ beeinflußte. Plötzlich ernten sie Lob in internationalen Geschäftskreisen. Ein deutscher Firmenvertreter sagte: „Diese Flexibilität kann das Land wieder interessant für Investitionen machen."

Die Kurskorrekturen haben im allgemeinen ein positives Echo ausgelöst. Die meisten Kommentatoren würdigten die Entschlußfreudigkeit des Präsidenten. Dieser warnte jedoch, die „radikalen Strukturreformen" seien mit schmerzlichen Folgen verbunden. „Wir müssen in Zukunft noch mehr Opfer bringen", warnte de la Madrid. (SAD)

Ein Mann des Ausgleichs



JUPP DARCHINGER

Zwei Jahre nur lebte er im Zenit seiner steilen Berufskarriere. Mit Professor Dr. Franz Josef Weisweiler, der Mitte 1983 den Vorstandsvorsitz der Düsseldorfer Mannesmann AG von seinem großen Vorgänger Egon Overbeck übernahm, hat der Weltkonzern eine herausragende Führungspersönlichkeit verloren. Blitzartig hat, wie in Teilen unserer gestrigen Auflage berichtet, eine kurze tückische Krankheit den großen schweren Mann gefällt, der ein Baum an Gesundheit und Lebenskraft schien. Er wurde nur 57 Jahre alt.

Ein Baum der Zuversicht für verständnisvoll-sachliche Fairneß war er, die ersten Nachrufe gerade auch seiner gewerkschaftlichen Gegner aus vergangenen Tarifschlachten unterstreichen es, besonders den reichlich 100 000 Mannesmann-Mitarbeitern. Und das ist nicht selbstverständlich. Schließlich war es Weisweiler, der als einstiger und langjähriger Präsident die Stahl-Arbeitgeberfront um die Jahreswende 1978/79 anführte und in jenem ersten großen deutschen Strahlstreik seit einem halben Jahrhundert den Sturmlauf der IG Metall zur 35-Stunden-Woche abschmetterte.

Aber der Mann, der da wie ein Fels in der Brandung stand, hatte auch ein Pfund, mit dem er wie kaum ein anderer Spitzenmanager wuchern konnte. Er kannte die Arbeitsfron aus eigenem Erleben. Vor seinem Bergbau/Hüttentechnik-Studium an Österreichs Montan-Universität Leoben (wo er in den letzten Jahren als Honorarprofessor Betriebswirtschaft lehrte) und in Aachen, war er als Untertage-Arbeiter im Ruhrbergbau „angelegt", danach auch noch als Wechselschicht-Arbeiter in der Stahlproduktion. Erfahrungen, die er später nie verleugnete.

Er war, bei aller Härte und Konsequenz für das Notwendige, der Mann des Ausgleichs. Und bei Mannesmann, wo er schon im Alter von 38 Jahren das große Duisburger Hüttenwerk leitete, bewährte er sich als weitblickender Mann für den fortgeschrittenen Unternehmenswandel zum Technologiekonzern. Es war ihm in seiner kurzen Spanne nicht vergönnt, diesen Strukturwandel mit eigenen Taten zu krönen. Was er da vorbereitete, erntet nun der Nachfolger. Über den spricht Mannesmann erst nach der Trauerfeier am kommenden Montag. J. G.

WGZ-BANK / Umfrage im Mittelstand: Die Flaute am Bau trübt das positive Bild

Investitionsneigung bleibt verhalten

HEINZ STÜWE, Sprockhövel

Mehr als drei Viertel der mittelständischen Unternehmen verzeichneten im ersten Halbjahr 1985 einen guten oder zufriedenstellenden Geschäftsgang. Nur jeder fünfte Unternehmer beklagte schlechte Geschäfte. Dieses Ergebnis erbrachte eine Umfrage der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank (WGZ-Bank) in Düsseldorf unter 375 Betrieben im Rheinland und in Westfalen.

Bei positivem Gesamtbild ist die Konjunktur in der mittelständischen Wirtschaft jedoch gespalten. Auf der Sonnenseite stehen das Verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungsbereich, wo 63 und 54 Prozent der Befragten Umsatzsteigerungen im ersten Halbjahr meldeten. Im Handel konnte nur ein knappes Drittel ein Wachstum erreichen, im Bau- und Ausbaugewerbe sogar nur neun Prozent, dagegen mußten hier 45 Prozent Umsatzeinbußen hinnehmen. Insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr der Anteil der Unternehmen, die ihr Umsatzniveau nicht halten konnten, von 20 auf 30 Prozent gestiegen. 42 Prozent der Unternehmen registrierten gesunkene, 37 Prozent unveränderte und nur 21 Prozent vrbesserte Erträge. Auffallend ist, daß Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten ihre Umsatz- und Ertragsentwicklung günstiger darstellten als kleinere Firmen. Die gespaltene Konjunktur spiegelt sich auch in der Beschäftigung wider. Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungssektor stellten ein, jedes vierte Unternehmen im Handel und jedes zweite im Baugewerbe baute Personal ab. Per Saldo ging so vom Mittelstand in den ersten sechs Monaten keine Entlastung für den Arbeitsmarkt aus. Und auch im Rest des Jahres planen nur 13 Prozent der Befragten – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe – Neueinstellungen.

Etwa zwei Drittel der Betriebe erwarten bei Umsatz und Ertrag eine stabile oder verbesserte Entwicklung. Aber nur 18 Prozent planen verstärkte Investitionen, während 38 Prozent zurückstecken wollen. „Eine Investitionskonjunktur zeichnet sich im Mittelstand auch für das zweite Halbjahr noch nicht ab", zog WGZ-Vorstandsmitglied Dieter Pahlen das Fazit. Die verhaltene Investitionsneigung ist für Pahlen auch eine Erklärung für das bei 56,1 Mrd. DM stagnierende Kreditgeschäft der 664 rheinischen und westfälischen Genossenschaftsbanken im ersten Halbjahr 1985. Die Einlagen blieben mit 72,7 Mrd. DM (plus 0,6 Prozent) ebenfalls fast unverändert. Der Trend „an den Banken vorbei zu sparen", zum Beispiel in Wertpapieren und bei Versicherungen, habe sich verstärkt.

Die Bilanzausweitung der WGZ-Bank im ersten Halbjahr um 3,8 Prozent auf 22,03 Mrd. DM führt Pahlen vornehmlich auf einen aktiveren Interbankenhandel zurück. Die Mitgliedsbanken verringerten ihre Einlagen um 3,3 Prozent auf 10,4 Mrd. DM. Von 7,1 Mrd. DM (minus 7,4 Prozent) Krediten an Genossenschaftsbanken entfielen fast die Hälfte auf Finanzierungsmittel des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Zinsüberschuß ist bei einer auf 1,01 (1,07) Prozent geschrumpften Zinsspanne leicht gesunken. Bessere Erträge aus dem Wertpapierhandel haben zu einem etwas günstigerem Betriebsergebnis beigetragen.

MÜNCHENER RÜCK / Wieder 18 Prozent Dividende

Technischer Verlust steigt

DANKWARD SEITZ, München

Eine unveränderte Dividende von 18 Prozent auf das Grundkapital von 475 Mill. DM stellt die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) in Aussicht. Ermöglicht wird dies, wie es in einem Zwischenbericht heißt, durch einen erneut „kräftig erhöhten Überschuß" im allgemeinen Geschäft. Das versicherungstechnische Ergebnis wird hingegen schlechter ausfallen als im Vorjahr (minus 466 Mill. DM).

Die Beitragseinnahmen für 1984 werden nach Angaben des Vorstands etwa 10,9 Mrd. DM betragen. Dies bedeutet gegenüber 1983 eine Steigerung um rund 9 (4) Prozent.

Etwas niedriger als im Vorjahr sei dabei das Inlandsgeschäft gestiegen, weil die vom Volumen her besonders gewichtige Kraftfahrtversicherung ein unterdurchschnittliches Umsatzwachstum zu verzeichnen hatte. Im Auslandsgeschäft dagegen konnte man in allen geographischen Bereichen und wesentlichen Sparten ein deutlicheres Plus verzeichnen. Ein überdurchschnittliches Plus sei dabei in der Feuerversicherung erzielt worden.

Daß das versicherungstechnische Geschäft bei sehr unterschiedlichem Verlauf nach Ländern und einzelnen Zweigen noch stärker belasten wird als 1983, begründet der Vorstand neben der unbefriedigenden Entwicklung der großen Masse des Geschäfts mit sehr erheblichen Belastungen aus einer Häufung von Größtschäden. Klammere man den Münchner Hagelsturm vom Juli 1984 aus, dann ergebe sich für das Inland ein deutlich verbessertes positives Ergebnis. Dieses werde getragen von sehr befriedigenden Überschüssen vor allem bei Leben, Unfall und der Kreditversicherung. Erneut verschlechtert habe sich dagegen das Auslandsgeschäft.

Dennoch wird, wie der Vorstand betont, keine Entnahme aus den Schwankungsrückstellungen notwendig. Vielmehr sei sogar eine gegenüber dem Vorjahr „kräftig erhöhte" Zuführung möglich. Die Hauptversammlung soll am 6. Dezember 1985 stattfinden.

Gute Auftragslage bei Gildemeister

dpa/VWD, Bielefeld

Von einer guten Werkzeugmaschinen-Konjuktur profitierte die Gildemeister AG, Bielefeld, im ersten Halbjahr 1985. Der Werkzeugmaschinenhersteller rechnet mittelfristig mit einem Anhalten der guten Branchenkonjunktur. Nach Angaben des Vorstands lag der Auftragseingang mit 300 Mill. DM um 42 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für den weiteren Geschäftsverlauf 1985 visiert Gildemeister einen Gesamtumsatz von rund 540 Mill. DM an. Der Umsatz der Aktiengesellschaft vom Januar bis Juni betrug 141 Mill. DM (plus 19 Prozent). Die Konzernumsätze im ersten Halbjahr 1985 wuchsen um 10 Prozent auf 212 Mill. DM.

Der Geschäftsbericht 1984 weist einen Umsatz von 449 (485,2) Mill. DM. Die Umsatzerlöse der AG lagen bei 291,4 (216,3) Mill. DM. Obwohl die WestLB, die mit 17 Prozent Kapitalanteil bei Gildemeister beteiligt, auf Forderungen von 47 Mill. DM und das Land Nordrhein-Westfalen auf die Rückzahlung eines landesverbürgten Darlehens von 13 Mill. DM verzichtete, verblieben noch zwölf (10,3) Mill. DM Jahresfehlbetrag.

HACKER-PSCHORR BRÄU / Wieder umgruppiert

Paulaner wird neue Mutter

DANKWARD SEITZ, München

Noch näher als bisher werden die zwei zur Schörghuber-Gruppe gehörenden Münchner Brauereien Paulaner-Salvator-Thomas-Bräu AG und Hacker-Pschorr Bräu GmbH zusammenrücken. Zum 30. September 1985 wird Paulaner von der Hacker-Pschorr Brauerei- und Verwaltungs-AG sämtliche Anteile an der Hacker-Pschorr Bräu (Stammkapital: 5 Mill. DM) übernehmen. Als Gegenleistung wird die Verwaltungs-AG dann Paulaner-Aktien aus einer bereits genehmigten Kapitalerhöhung (5 Mill. DM) erhalten. Über das genaue Tauschverhältnis konnte Paulaner-Vorstandsvorsitzender Friedrich Schneider noch keine Angaben machen.

Innerhalb eines Jahres werden damit die Hacker-Pschorr-Brauereiaktivitäten zum zweiten Mal umgruppiert. Im Mai 1984 war nämlich die ehemalige Hacker-Pschorr AG aufgespalten worden. Alle Brauereiaktivitäten wurden in die Hacker-Pschorr Bräu GmbH eingebracht, während der Grundbesitz bei der AG verblieb, die in Hacker-Pschorr Brauerei- und Verwaltungs-AG umfirmiert wurde.

An ihrem Grundkapital von 13,5 Mill. DM ist die Schörghuber-Gruppe mit 96 Prozent beteiligt; 4 Prozent liegen noch bei freien Aktionären.

Die neue Umstrukturierung bedeutet, so Schneider, keine Fusion der beiden Brauereien. Man wolle nicht die Fehler wiederholen, die in der Vergangenheit von anderen bei „Elefanten-Hochzeiten" gemacht worden seien. Hacker-Pschorr bleibe ein selbständiges Unternehmen mit eigener Marke, auch wenn Vertrieb und Technik in Personalunion von Paulaner-Vorstandsmitgliedern geleitet werden. Lediglich in den „rückwärtigen Diensten" strebe man gemeinsame Lösungen an.

Mit einem Bierausstoß von 2,3 Mill. hl wird die neue Paulaner-Hacker-Gruppe knapp die Hälfte aller Münchner Biere herstellen. Hacker-Pschorr kamim Sudjahr 1983/84 (30. 9.) bei einem Bierausstoß von rund 0,8 Mill. hl und 0,15 Mill. hl alkoholfreie Getränke auf einen Umsatz von 120 Mill. DM. Bei Paulaner kam man auf 1,47 Mill. hl Bier sowie 0,4 Mill. hl alkoholfreie Getränke und einen Umsatz von 223 Mill. DM.

Karmann ist vorangekommen

w. k. Osnabrück

Die Wilhelm Karmann GmbH, Osnabrück, Hersteller unter anderem von Karosserien, Werkzeugen und Preßteilen, erwartet ein gutes Geschäftsjahr 1985. Nach eigenen Angaben des Unternehmens ist bisher der Umsatz und die Ertragsentwicklung in allen Bereichen zufriedenstellend verlaufen. Nachdem 1984 ein Umsatz von 729,8 (689,1) Mill. DM erreicht wurde, geht die Geschäftsführung für das laufende Jahr von einem Umsatzwachstum von 15 Prozent aus.

Bereits im ersten Halbjahr wurde gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ein Plus von über 40 Prozent auf 514 Mill. DM erreicht. Allerdings hatte die Wilhelm Karmann GmbH in den ersten sechs Monaten des vergangenen Geschäftsjahres den Metaller-Streik zu verkraften. Für VW will Karmann in diesem Jahr 60 000 Fahrzeuge bauen. Inklusive der in Rheine gefertigten Modelle für die Ford-Werke will Karmann mit den BMW-Karosserien in 1985 rund 90 000 Fahrzeuge produzieren. Im Vorjahr waren es etwa 80 000 Einheiten. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich seit 1984 um 130 auf 5920.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lebhaftes Neugeschäft

München (sz.) – Getragen von Wohnungsbau-Modernisierungsmaßnahmen konnte die Vereinsbank in Nürnberg AG im ersten Halbjahr 1985 ein lebhaftes Neugeschäft verzeichnen. So stiegen die Hypothekenzusagen trotz schlechter Baukonjunktur noch um 22,4 Prozent auf 383 Mill. DM. An Kommunaldarlehen wurden 427 Mill. DM (plus 15,7 Prozent) zugesagt, sodaß sich die Darlehensbewilligungen insgesamt um 18,8 Prozent auf 810 Mill. DM gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit erhöhten. Ausgezahlt wurden 819 (553) Mill. DM, davon 345 (206) Mill. DM an Hypotheken und 474 (347) Mill. DM Kommunaldarlehen. Bei einem um 4,6 Prozent auf 46,2 Mill. DM verbesserten Zinsüberschuß erwartet der Vorstand für 1985 wieder ein gutes Ergebnis.

Bessere Erträge

München (VWD) – Eine Bruttodividende von 8,5 (netto: 5,5) Prozent wird die Südfleisch GmbH, München, für 1984 zahlen. Darüber hinaus hat die Gesellschafterversammlung die Einstellung von 3,1 Mill. DM in die Rücklagen beschlossen. Nach Angaben von Geschäftsführer Herbert Wüst hat sich die Ertragslage trotz ungünstiger Marktbedingungen positiv entwickelt. Der Umsatz wurde um 2,9 Prozent auf 2,40 Mrd. DM gesteigert. Investiert wurden 1984 rund 20 Mill. DM. In diesem Jahr sollen es zehn bis 15 Mill. DM sein.

Umsatzzuwachs erwartet

Ludwigsburg (dpa/VWD) – Die Filterwerk Mann + Hummel GmbH, Ludwigsburg, ein maßgeblicher Lieferant der Autoindustrie, erwartet im Geschäftsjahr 1985 eine Steigerung von Produktion, Beschäftigung und Umsatz, nachdem das Jahr 1984 durch den Arbeitskampf beeinträchtigt war. Der Umsatz der GmbH stieg 1984 um 9,4 Prozent auf 591,3 Mill. DM. Einschließlich der ausländischen Beteiligungsgesellschaften wuchs der Außenumsatz der Gruppe auf 741 (695) Mill. DM. Davon wurden 21,5 (19,5) Prozent im Ausland produziert und 48,5 (45) Prozent direkt auf den Auslandsmärkten abgesetzt. Die Zahl der Beschäftigten in der Gruppe stieg 1984 auf durchschnittlich 7062 (6606) Mitarbeiter. Der Jahresüberschuß der GmbH stieg auf 13,68 (9,99) Mill. DM. Das Stammkapital von 56 Mill. DM wird zur Hälfte von den Familien Mann und Hummel gehalten.

Übernahme gescheitert

Atlanta (dpa/VWD) – Der Versuch des amerikanischen Fernsehunternehmers Ted Turner, die Fernsehgesellschaft Columbia Broadcasting System (CBS) zu übernehmen, ist gescheitert. Ein Bundesrichter in Atlanta lehnte es ab, den von CBS geplanten Rückkauf von 21 Prozent der eigenen Aktien zu verbieten. Damit hat CBS freie Hand, sich in eine so starke finanzielle Situation zu bringen, daß ein Übernahmeversuch ohne Zweifel scheitern würde. Der Aktienwert von CBS wird auf 4,5 Mrd. Dollar geschätzt.

Enge Kooperation

Calw (dpa/VWD) – Die Calwer Decken- und Tuchfabriken AG, Calw, führender Hersteller von hochwertigen Stoffen und Decken aus Edelhaar, will künftig noch enger mit der Wolldeckenfabrik Weil der Stadt AG, Weil der Stadt, zusammenarbeiten. Wie Wolfgang Sannwald, Vorstandsmitglied der Calwer Decken, auf der Hauptversammlung sagte, wird dabei vorrangig an den Rohstoffeinkauf in China, Peru und Mongolei gedacht. Calwer Decken hält über 25 Prozent des Aktienkapitals von Weil der Stadt. 1984 hatte das Unternehmen mit 460 Mitarbeitern den Umsatz um 2,5 Prozent auf 67,4 Millionen DM gesteigert. Die HV billigte die Verteilung einer auf 6 (16) Prozent je 300-DM-Stammaktie gekürzten Dividende.

TENNIS / Morgen beginnt das Davispokal-Spiel gegen die USA in Hamburg

● Überraschung bei der Nominierung des deutschen Tennis-Teams, das ab morgen in Hamburg im Davispokal gegen die USA antritt: Nicht Andreas Maurer, sondern der 22 Jahre alte Münchner Hansjörg Schwaier (Foto) wird zusammen mit Boris Becker die Einzel bestreiten. Maurers Reaktion auf die Entscheidung des verantwortlichen Trainers Nikola Pilic, der für Jugoslawien bei 41 Einsätzen 90 Davis-Cup-Spiele bestritt: „Natürlich hätte ich gerne gespielt, aber ich bin Profi und muß diese Entscheidung akzeptieren. Dies ist allein schon eine Frage des Team-Geistes, der bisher sehr gut war und sich jetzt gewiß auch nicht ändern wird." Pilics Kommentar: „Das war keine Entscheidung für Schwaier oder gegen Maurer, sondern eine Entscheidung für die Mannschaft und zur Wahrung unserer Chancen." Eine Einschätzung, die auch Mannschafts-Kapitän Wilhelm Bungert teilt: „Beide Amerikaner verfügen über hervorragende Passierschläge, mit denen der stets offensiv spielende Maurer Schwierigkeiten haben könnte. Gegen Schwaier, der ähnlich defensiv spielt wie die Amerikaner, müssen Teltscher und Krickstein die Punkte selber machen."



● Das sind die beiden amerikanischen Einzelspieler: Eliot Teltscher (26) ist kein ausgesprochener Sandplatz-Spezialist, er fühlt sich auf Zement am wohlsten. Teltscher, zwölfter der Weltrangliste, beherrscht alle Schläge, ohne eine herausragende Spezialität zu besitzen. Er gewann sein erstes Grand-Prix-Turnier bereits 1978 in Hongkong. Der erst 18 Jahre alte Aaron Krickstein übertrifft in einer Hinsicht sogar Boris Becker. Kurz nach seinem 16. Geburtstag entschloß er sich, Tennis zu seinem Beruf zu machen. Sein erster Arbeitseinsatz, das Grand-Prix-Turnier von Tel Aviv, endete mit einem Sieg. Innerhalb eines Jahres stieg er auf Platz acht der Weltrangliste (August 1984) – und das von Platz 480 aus. Einen solch großen Sprung schaffte selbst Becker nicht. Inzwischen fiel Krickstein auf Rang 23 zurück. Für Beobachter auch eine Folge des schnellen Aufstieges. Krickstein selbst sagt: „Ich konnte es einfach nicht glauben, daß ich wirklich mit all den Superstars mithalten konnte." Sein Trainer Nick Bollettieri: „Aaron muß härter werden, er läßt sich von seinen Gegnern noch viel zu sehr beeindrucken." Kricksteins beste Waffe: „Eine furchterregende Vorhand" (Arthur Ashe).

Die mutige Entscheidung von Trainer Niki Pilic: Hansjörg Schwaier spielt neben Becker im Einzel

H.-J. POHMANN, Hamburg

Die Entscheidung über den zweiten Einzelspieler für das Davis-Cup-Duell gegen die USA neben Boris Becker fiel gestern morgen um 9.00 Uhr. Da saß Coach Niki Pilic (46) mit seiner Mannschaft beim Frühstück in der Suite 674 des Hamburger Interconti-Hotels und teilte den Spielern seinen Entschluß mit: „Schwaier wird Einzel spielen, Maurer startet wie geplant zusammen mit Boris Becker im Doppel."

Mit dieser, auch für Schwaier überraschenden Nachricht, hat sich Pilic „meinem Gefühl" gebeugt. „Natürlich hätte ich es mir einfacher machen können, denn für Maurer sprechen auf dem Papier zunächst einmal die spektakuläreren Einzelerfolge." So kommentierte der ehemalige Weltklassespieler seine Entscheidung, nachdem er sich noch in der Nacht zum Mittwoch darüber „den Kopf zerbrochen hatte".

Denn über 100 Plätze verbesserte sich der Neusser Maurer in der Weltrangliste nach seinem Sieg beim Grand Prix in Madrid, dem Erreichen des Achtelfinales in Wimbledon und seinem Vordringen ins Halbfinale in Hilversum. So schien es nur die logische Konsequenz zu sein, daß Maurer den Vorzug vor dem Münchner Hansjörg Schwaier erhalten würde. Doch nach einem Gespräch unter vier Augen, das am Dienstag zwischen Pilic und Maurer stattfand, spürte der erfahrene Trainer bei Maurer einen nicht direkt ausgesprochenen Wunsch, sich nur auf das Doppel konzentrieren zu wollen. Also entschied sich Pilic rein gefühlsmäßig für den 22 Jahre alten Schwaier, der ebenfalls in den letzten Wochen, zuletzt in Indianapolis, durch gute Erfolge aufhorchen ließ.

Ohne Zweifel ist die Entscheidung des Jugoslawen mutig, denn schon alleine die öffentliche Meinung favorisierte in diesen Tagen in Hamburg Andreas Maurer. Aber sie verdient auch Respekt. Wieder einmal hat Pilic bewiesen, daß nur er allein zu entscheiden hat und dafür auch bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen. Um jegliche Kritik von vornherein verstummen zu lassen, sei hier auch gesagt, daß Hansjörg Schwaier gegenau wie Andreas Maurer seine Chance verdient hat. Er kann durchaus das Klassenziel erreichen, das da heißt, mindestens eins von den beiden Einzeln gegen Eliot Teltscher oder Aaron Krickstein zu gewinnen. Für Schwaier spricht auch, daß der Center Court am Hamburger Rothenbaum nach den tagelangen Regengüssen weich und damit langsam ist. Ein idealer Zustand also für den Grundlinienspezialisten, der sich auf solch einem Boden wohlfühlt.

Nikola Pilic zu seiner Entscheidung: „Nicht einmal die ganz großen Davis-Cup-Nationen können es sich leisten, mit einem Zwei-Mann-Team gegen ein Vier-Mann-Team anzutreten. Teltscher und Krickstein können sich von Freitagabend bis Sonntagmittag ausruhen. Bei uns kann dies schon Boris Becker nicht. Wir brauchen für das Doppel und für den Schlußtag wenigstens einen ausgeruhten Mann."

Und was kann Spitzenspieler Boris Becker erreichen? Es ist schon phantastisch, was der 17 Jahre alte Wimbledon-Sieger in den letzten Wochen für den deutschen Tennis-Sport geschafft hat. Dabei ist es mindestens genauso erfreulich anzusehen, mit welcher natürlichen Unbefangenheit Becker auch das Interesse der Öffentlichkeit an seiner Person akzeptiert. Doch irgendwann muß sich der Trubel einfach beruhigen. Mittlerweile sind die Ausmaße der Begeisterung fast schon zu groß. Die Gefahr, daß der Druck der Öffentlichkeit, die selbstverständliche Erwartung von Siegen zu groß wird, steigert sich Tag für Tag. Plötzlich wird von dem 17jährigen erwartet, daß er seine beiden Einzel gewinnt. Und das ist eben noch lange nicht selbstverständlich. Immerhin stehen die beiden amerikanischen Einzelspieler Teltscher und Krickstein auf Rang 12 beziehungsweise 23 der Computerrangliste der Berufsspieler. Mithin auf Positionen, auf die Becker noch vor Wochen respektvoll hochblickte.

Zwar zählt dabei besonders Eliot Teltscher nicht gerade (wie immer wieder gemeldet) zu den amerikanischen Sandplatzspezialisten, die es früher einmal mit Eddie Dibbs und Harald Salomon gab. Aber dennoch wird der ehrgeizige und bissige 26jährige Teltscher genau so die Jagd auf Becker eröffnen wie der 18 Jahre alte Vorhandspezialist Krickstein. Becker ist noch lange nicht der fertige Spieler, der wie auf Kommando seine Gegner auf allen Böden schlagen kann. Und es ist ihm nur zu wünschen, daß seine Betreuer Ion Tiriac und Günter Bosch weiterhin die Gelegenheit erhalten, ihn behutsam aufzubauen.

So ist vielmehr eine realistische Abwägung der Chancen gefragt als sich von der euphorischen Stimmung um Becker herum blenden zu lassen. Pilic hat Recht: „Streng genommen sind alle vier Einzelmatches offen, hier kann alles passieren."

Dafür gelten die WCT-Weltmeister Flach/Seguso im Doppel gegen Becker/Maurer, das am Samstagnachmittag stattfindet, als klare Favoriten. Hier haben Becker und Maurer nur eine Chance, wenn sie ständig mit vollem Risiko spielen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Seiten untereinander wechseln. Vielleicht hilft auch die Unterstützung der 11 000 Zuschauer am Rothenbaum, um den vielleicht entscheidenden dritten Siegpunkt zu holen. Ein 3:2-Sieg wäre, um das klar festzustellen, eine Sensation, eine knappe Niederlage ein Achtungserfolg.

Doch gleichgültig wie dieses Viertelfinale gegen die USA ausgeht: Der Deutsche Tennis-Bund schwimmt nach den Erfolgen von Becker und der übrigen Spitzenspieler auf einer Erfolgswelle. Und die gilt es, auch in Hamburg und nach dem Spiel gegen die USA auszunutzen.

SPORT-NACHRICHTEN

Diskus: Jahresbestleistung

Hannoversch-Münden (sid) – Bei einem Werfertreffen in Hannoversch-Münden erzielte Alwin Wagner (Mainz) im Diskuswerfen mit 66,40 m eine deutsche Jahresbestleistung. Wagner gilt damit als Favorit bei den deutschen Leichtathletik-Meisterschaften am Wochenende in Stuttgart.

Tennis: Vier weiter

Manhatten Beach (sid) – Beim mit 255 000 Dollar dotierten Tennis-Turnier in Manhatten Beach in Kalifornien (USA) gewannen alle deutschen Teilnehmerinnen. Claudia Kohde (Saarbrücken) und Eva Pfaff (Königstein) stehen bereits im Achtelfinale. Bettina Bunge (Cuxhaven) und die Münchnerin Sylvia Hanika qualifizierten sich für die zweite Runde.

Wülbeck nicht am Start

Düsseldorf (sid) – Die 85. deutschen Leichtathletik-Meisterschaften am Wochenende in Stuttgart finden endgültig ohne Willi Wülbeck statt. Der 30 Jahre alte Weltmeister über 800 m entschloß sich zu diesem Schritt, nachdem ein Comeback-Versuch gescheitert war.

Erfolgsserie

Caen (dpa) – Die Juniorinnen des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) setzten beim Sechs-Nationen-Turnier in Caen (Frankreich) ihre Erfolgsserie fort. Sie gewannen das Auftaktspiel gegen Italien mit 3:2. Zuvor hatte die Mannschaft schon ein Turnier in Kortrijk (Belgien) gewonnen.

Formel 1 in Mexiko

Paris (sid) – Nach 17jähriger Abwesenheit kehrt die Formel 1 1986 wieder nach Mexiko zurück. Ende Oktober soll auf dem Ricardo-Rodriguez-Kurs in Mexico City, der vorher noch umgebaut werden muß, zum zehnten Mal ein Grand Prix stattfinden.

Eberhard ausgeschieden

Neu-Ulm (dpa) – Der Berliner Klaus Eberhard ist bereits in der ersten Runde des Sommer-Grand-Prix in Neu-Ulm ausgeschieden. Der zweimalige deutsche Tennis-Meister unterlag Martin Hipp aus München überraschend mit 4:6, 6:7. Eberhard hatte noch vor einer Woche bei den nationalen deutschen Meisterschaften in Amberg, den Daviscup-Spieler Michael Westphal (Neuss) ausgeschaltet.

WM-Training in den USA

Hannover (dpa) – Die Athleten des Deutschen Amateur Box-Verbandes (DABV) werden sich im Mai 1986, zusammen mit den Boxern der amerikanischen Mannschaft, in Reno (USA) auf die Weltmeisterschaft in Colorado Springs vorbereiten.

Dopingkontrollen

München (dpa) – Der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) hat beschlossen, in der nächsten Saison der Eishockey Bundesliga erstmals Dopingkontrollen durchführen zu lassen. Jeweils zwei Spieler pro Mannschaft werden durch Losentscheid für die Untersuchung bestimmt.

Fleer zu Hannover?

Hannover (dpa) – Hannover 96, Aufsteiger in die Fußball-Bundesliga, wird möglicherweise einen weiteren Abwehrspieler verpflichten. Jürgen Fleer, dessen Vertrag bei Fortuna Düsseldorf im letzten Jahr fristlos gekündigt wurde, absolviert in Hannover ein Probetraining.

ZAHLEN

FUSSBALL

Intertoto-Runde, Gruppe 1: Bremen – Jena 3:0. – **Freundschaftsspiele:** VfB Stuttgart – Stuttgarter Kickers 2:2, Schalke – Hannover 96 3:3, FC Basel – München 0:1, Oberhausen – Uerdingen 2:4, Nürnberg – Leverkusen 1:5, Pirmasens – Kaiserslautern 0:4, Dillingen – Saarbrücken 3:2, Blau Weiß Berlin – Galatasaray Istanbul 1:1, Biberach – Tennis Borussia Berlin 0:2, Essen – Dortmund 2:0, Bad Orb – Frankfurt 1:6.

TENNIS

Damen-Turnier in Manhattan Beach/US-Bundesstaat Kalifornien, erste Runde: Hanika (Deutschland) – Hu Na (China) 6:2, 6:1. – Zweite Runde: Kohde (Deutschland) – Gompert (USA) 6:4, 6:1, Pfaff (Deutschland) – Kinney (USA) 6:3, 6:3.

HANDBALL

Internationales Turnier der Juniorinnen in Württemberg, erster Spieltag: Gruppe A: Jugoslawien – Polen 28:26, Deutschland B – Kanada 27:23. – Gruppe B: Bulgarien – CSSR 20:27, Deutschland A – Holland 22:14.

SEGELFLIEGEN

Gute Plätze behauptet

sid, Rieti

Die deutschen Piloten behaupten sich bei den Segelflug-Weltmeisterschaften in Rieti in allen drei Klassen weiterhin in der Spitzengruppe. In der Offenen Klasse übernahm der 44 Jahre alte Klaus Holighaus, dessen Flugzeug-Konstruktion von nahezu 90 Prozent aller WM-Teilnehmer geflogen wird, nach seinem Tagessieg auf dem 437,2 km langen Dreiecksflug über den Abruzzen die Führung im Gesamtklassement.

Bruno Gantenbrinck, 1983 in Hobbs Vizeweltmeister, belegte in der Tageswertung den neunten Platz und blieb in der Gesamtwertung Siebter.

Für einen erfreulichen Aspekt sorgte auch Peter Lackner aus Mutlangen in der Standardklasse. Der 45 Jahre alte Architekt liegt bei seinem WM-Debüt nach dem zweiten Wertungsflug auf Platz zwei im Gesamtklassement hinter dem Schweizer Simon Leutenegger. Einen weiten Sprung nach vorne machte Holger Back (Taunusstein). Er verbesserte sich vom 34. auf den 13. Rang.

In der 15-m-Rennklasse, dem schnellsten Wettbewerb der Segelflieger, blieb Werner Meuser aus Kirchhain hinter dem Amerikaner Douglas Jacobs, der auch den ersten Wertungsflug gewonnen hatte, Zweiter der Gesamtwertung. Der deutsche Meister bewältigte mit seiner „Ventus" das 401,3 km lange Dreieck in 86,6 km/h.

FUSSBALL

Neue Regel für Torwarte

sid, Düsseldorf

Der Internationale Fußball-Verband hat dem sogenannten Zeitschinden den Kampf angesagt und Regeln verschärft, die den Torwart betreffen. Die neuen Regeln treten ab sofort weltweit in Kraft. Nach ihnen darf der Torwart den Ball, nachdem er ihn aus den Händen gelassen hat, nur noch unter folgenden Voraussetzungen regelgerecht mit den Händen aufnehmen:

- nachdem der Ball außerhalb des Strafraums von einem Mitspieler berührt oder gespielt worden ist, oder
- nachdem der Ball von einem Gegenspieler innerhalb oder außerhalb des Strafraums berührt worden ist.

Der Torwart muß den Ball nach maximal vier Schritten oder sieben Sekunden freigeben. Verstöße gegen diese Regel werden mit einem indirekten Freistoß geahndet. Mit dieser Änderung soll unterbunden werden, daß der Torwart den Ball sofort wieder aufnimmt, nachdem er ihn aus den Händen gerollt hat oder sich den Ball von einem im Strafraum postierten Mannschaftskollegen zuschieben läßt.

Beides waren beliebte Möglichkeiten, das Spiel zu verzögern. Nationaltorwart Harald Schumacher: „Mich stört, daß immer wieder wir Torleute der Punkt sind, an dem die Regel-Experten etwas Neues finden wollen. Aber das wird sich schon schnell einspielen. Mir macht es jedenfalls nichts aus."

STAND ● PUNKT / *Idole*

Repräsentantive Meinungsumfragen sind sehr oft eine reizvolle Spielerei. Diese auch: Michael Groß ist die größte Persönlichkeit des deutschen Sports. Er hat die Idole vergangener Jahre abgelöst. Das hat das „Institut für Empirische Psychologie" im Auftrag der Kölner „Sport-Illustrierten" ermittelt. Verblüffend ist das schon, schließlich ist der Erfolgs-Schwimmer ein Mann, der sich der Öffentlichkeit und damit auch der Gesellschaft, in der er lebt, nicht allzusehr verpflichtet fühlt. Verblüffend auch, wie schnell die deutsche Sportlandschaft durch Wimbledon verändert wurde. Boris Becker folgt auf Platz zwei, vor Ulrike Meyfarth, Franz Beckenbauer, Fritz Walter – und Max Schmeling. Der Boxweltmeister von 1930 steht hier wohl für eine allgemeine Erkenntnis. Nur noch zwei Prozent der unter 40jährigen setzten ihn auf Platz eins, aber 21 Prozent der über 40jährigen. Jede Zeit sucht sich eben ihre eigenen Idole. M. B.

Kursabstieg bei Aktien gebremst

Auf ermäßigter Basis einige institutionelle Käufer

DW. – Trotz der weiteren Dollarschwäche hat sich die Abwärtsbewegung am deutschen Aktienmarkt verlangsamt. Auf der ermäßigten Basis legen einige Kaufaufträge institutioneller Anleger vor. Da sie limitiert waren, konnten sie keine Kurserholung auslösen. Nur dort, wo noch Material aus dem Ausland zu verkraften war, wie zum Beispiel bei der Deutschen Bank und einiger exportorientierter Unternehmen, wurden die Kurse noch leicht reduziert. Bei Siemens ergab sich hingegen eine Kurserholung um rund fünf DM.

Die am Vortag unter Druck geratenen Bankaktien setzten ihren Abstieg nur noch vereinzelt fort. Zur Beruhigung hat die Stabilisierung der Rentenkurse aber auch eine besonnenere Betrachtungsweise für die Kredite Lateinamerikas beigetragen. Von bemerkenswerter Widerstandskraft waren weiterhin Veba, wo die Aussicht auf steigende Gewinne offensichtlich anregend wirkt. Leicht erholt waren auch die meisten Autoaktien, während sich einige Maschinenbauwerte noch geringe Minuskorrekturen gefallen lassen mußten. Nach den Rückschlägen der Vortage, die zum Teil auf den nun abgeschlossenen Bezugsrechthandel zurückgeführt werden müssen, haben sich Schering-Aktien nicht mehr nennenswert abwärts bewegt. Von den konsumnahen Papieren, die unter der Schwäche der letzten Tage kaum gelitten hatten, setzten Horten und Hussel ihren Anstieg weiter fort. Dabei erreichten Hussel sogar einen neuen Höchstkurs.

Frankfurt: Cassella verloren 10 DM und Chemieverwaltung gaben um 9 DM nach. Degussa konnten sich um 5 DM und Rütgers um 6 DM erholen. Buderus und Kochs Adler gaben jeweils um 8 DM nach.

Düsseldorf: VDN fielen um 2 DM, Verseidag gaben um 2,50 DM nach und Kromschröder gaben um 5 DM nach. Um 9 DM ermäßigten sich Hoffm. Stärke und Hochtief. Hageda erholten sich um 2 DM.

Hamburg: NWK-Bz. rtholzrn divh um 3 DM und HEW lagen mit plus 0,50 DM gut behauptet. Hapag Lloyd schwächten sich um 5,50 DM ab und Reichelt gaben um 1 DM nach. Knapp gehalten waren Phoenix Gummi mit minus 0,50 DM.

Berlin: Rheinmetall Vz. verbesserten sich um 8 DM und Berliner Bank zogen um 2 DM an. Herlitz Vz. verloren 5 DM. DUB-Schultheiss gaben um 3 DM nach und Kempinski wurden mit minus 3 DM taxiert.

München: Aigner verminderten sich um 5 DM, Audi AG verloren 7 DM und Erlus AG gaben um 2 DM nach. Agrob Vz. erholten sich um 5,80 DM, Deckel AG befestigten sich um 3 DM und Süd Chemie erholten sich um 11 DM.

Stuttgart: Porsche holten 15 DM und Fuchs 2,50 DM auf. Kolbenschmidt gewannen 3 DM. IWKA sanken um 2 DM und Württembergische Cattun um 7 DM.

Nachbörse: etwas fester

WELT-Aktienindex: 191,34 (191,25)
WELT-Umsatzindex: 2696 (2745)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 31. 07. 85
1818 Optionen = 82 980 (134 480) Aktien,
davon 346 Verkaufsoptionen = 17 300 Aktien

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31.7.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8⅛	4¾–5	4½–4¾
3 Monate	8⅛–8⅜	4⅞–5	4⅝–4⅞
6 Monate	8⅜–8⅝	4⅞–5⅛	4⅝–4⅞
12 Monate	8¾–9	5–5¼	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Mit 13,42 Mrd. Dollar, dem zweitschlechtesten Ergebnis aller Zeiten, fiel das US-Handelsbilanzdefizit deutlich höher aus als erwartet. Dies übte auch am 31. 7. weiteren Druck auf den Dollar aus. Nach Eröffnungskursen von 2,8000 handelte man dann tiefst bei 2,7820 und fixierte den amtlichen Kurs mit 2,7894. Der Belgische Franc schwächte sich gegenüber dem Vortag von 4,958 auf 4,950 ab, obwohl die Belgische Nationalbank den Diskontsatz um 0,5 Prozent auf 10 Prozent anhob. Auch gegenüber dem Schweizer Franken und dem Englischen Pfund konnte sich die D-Mark deutlich befestigen. Der Kurs des Franken gab um 0,56 Prozent nach, der des Pfundes um 1,21 Prozent. US-Dollar in: Amsterdam 3,1330; Brüssel 56,3150; Paris 8,4906; Mailand 1871,25; Wien 19,5980; Zürich 2,2822; Ir. Pfund/DM 3,120; Pfund/Dollar 1,4295; Pfund/DM 3,985.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 30.7.: In D-Mark 2,24204 (Parität 2,24184); in Dollar 0,79219 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 31. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Festere FF-Depots in der Spitze um 3 Prozent führten am 31. Juli zu deutlich erweiterten FF/DM-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84–0,74	2,47–2,37	4,90–4,70
Pfund/Dollar	0,44–0,42	1,05–1,02	1,68–1,63
Pfund/DM	3,00–1,80	7,00–5,60	10,9–9,5
FF/DM	38–22	92–76	151–135

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31.7.: Tagesgeld 5,00–5,00 Prozent; Monatsgeld 5,05–5,15 Prozent; Dreimonatsgeld 5,05–5,15 Prozent.
Privatdiskontsätze am 31.7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 31.7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,25 (5,55) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,05) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,71, 2 Jahre 5,53. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,40, Rendite 6,40.

Bundesanleihen

Rentenmarkt stabilisiert

Obwohl die Zinsen in den USA weiter leicht angezogen haben, erwies sich der deutsche Rentenmarkt am Mittwoch als widerstandsfähig. Es zeigt sich aber, daß der Dollar als Anlagewährung einen Teil seiner bisherigen Anziehungskraft eingebüßt hat. In den nächsten Tagen wird sich zeigen, so meinen Rentenexperten, ob sich der deutsche Markt auf die Dauer auch von der Zinsentwicklung in den USA abkoppeln kann. DM-Auslandsanleihen lagen gut behauptet, einige Meinungskäufe gab es bei den zuletzt stärker gedrückten südafrikanischen Emissionen.

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Gegenüber dem Vortag kaum verändert schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Deutliche Verluste verzeichneten dagegen Kupfer und Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30.7.	29.7.
Sept.	295,00	297,00
Dez.	302,50	304,00
März	301,75	303,50

Kakao New York ($/t)	30.7.	29.7.
Terminkontr. Sept.	2087	2081
Dez.	2123	2118
März	2149	2145
Umsatz	2165	3305

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,15	4,18
Okt.	4,25	4,31
Jan.	4,47	4,44
März	4,84	4,78
Mai	5,09	4,95
Umsatz	11247	17337

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30.7.	29.7.
Terminkontr. Sept.	132,60	133,50
Dez.	135,50	135,95
März	136,95	137,05

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	31.7.	30.7.
schw. Sarawak spez.	755,00	760,00
weißer Sarawak	950,00	960,00
weißer Muntok	960,00	970,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

DEUTSCHER HEIMATBUND e. V.

Am 23. Juli 1985 verstarb in München das Vorstandsmitglied und der Vizepräsident des Deutschen Heimatbundes

Dr. Karl Riedl

Mit ihm verliert der Heimatbund eine Persönlichkeit, deren Wirken durch Verantwortungsbewußtsein, umfassende Kenntnis und klaren Blick für die kulturellen und natürlichen Gegebenheiten unserer Heimat gekennzeichnet war.

Bonn, im Juli 1985

Für den Deutschen Heimatbund
Dr. Hans Tiedeken
Präsident

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 15. 8. 1985, 10 Uhr, auf dem Gelände des Flugplatzes Ganderkesee, 2875 Ganderkesee 1, versteigert werden, das im Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen beim Amtsgericht Braunschweig, Blatt 2678, eingetragene Luftfahrzeug (Flugzeug), Cessna 425, Kennzeichen: D-IAAS, Werknummer der Zelle 425-0012, Luftfahrzeugrolle Blatt 11973. Der Termin am 2. August 1985 ist aufgehoben. Der Versteigerungsvermerk ist in das Pfandrechtsregister eingetragen worden am 31. 1. 1985. Zu diesem Zeitpunkt war als Eigentümer eingetragen: Aquair Luftfahrt GmbH & Co., Betriebs KG., in Kirchheim. Das Luftfahrzeug ist mit einem Registerpfandrecht in US-Dollar belastet. Der Verkehrswert des Luftfahrzeugs nebst Zubehör ist gem. §§ 74a, 85a ZVG festgesetzt auf 2 270 000,– DM. Bietinteressenten müssen ggf. im Versteigerungstermin Sicherheit für ihr abgegebenes Gebot in Höhe von 1/10 in bar an das Gericht leisten. – 27a K 13/85 – (18. 6. 85).

Amtsgericht Braunschweig

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:

Hamburg
(0 40) 3 47–43 80, oder –42 30

Berlin
(0 30) 25 91–29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Hearing, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constanze Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 8 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Das Schwert ist weg!

eich. – „In Salzburg wachsen Traditionen schnell, und man wird sie nicht mehr los", seufzte einst Festspielpräsident Josef Kaut. Zur neueren Tradition gehört wohl auch ein im Grunde unglaublicher Anblick: den 2460 Zuschauer des „Jedermann", fixiert auf den dominierenden Karl Maria Brandauer, offenbar gar nicht wahrnehmen: die gewaltige Paulus-Statue rechts vorm mittleren „Tor der Liebe" streckt zwar die Rechte etwas zur Seite – aber es fehlt das Schwert.

Seit sieben Jahrhunderten steht dem Heiligen dieses Attribut zu. Über 280 Jahre lang hat er es an der Domfassade getragen. Und nun: dem entwaffnet! Man war es einfach müde geworden, den Stahl immer wieder von der roten Farbe reinigen zu müssen, die immer wieder hingeschmiert wurde.

Von Leuten, die damit ihren Beitrag zur Abrüstung leisten wollen? Wie auch immer, man hätte das Rot dranlassen sollen. Denn es wäre ja das eigene Blut des enthaupteten Märtyrers, also ein Zeichen der Anklage gegen die Gewalt!

Daß eine geistliche Stadt wie Salzburg es sich statt dessen leistet, vor aller Welt – und die fotografiert hier wie wild – einen derart exponierten Paulus schlecht aussehen zu lassen (wo der auch noch in die Festspiele einbezogen ist und vielleicht die vielzitierte Umwegrentabilität ein bißchen steigert) ... das ist kaum zu glauben.

Oder will bloß keiner mehr mit der neuen „Tradition" des entwaffneten Paulus brechen? Nun, es gab ein Zeitalter des Glaubens, da hätte sich alsbald eine noch frischere Tradition gebildet: rund um die Uhr eine Wache für das Schwert.

Was wäre das heute für eine Sensation, für die Kirche, für die Fotografen – und nicht zuletzt für Paulus-Leser, die in Salzburg gewiß den Rat des Heiligen zu schätzen wissen: „... laßt uns Gutes tun an jedermann ..." (Galater 6, 10).

So gedenkt Deutschland der Brüder Grimm – Briefmarken, Ausstellungen und Fünf-Pfund-Kataloge

Wie viel ist hier noch zu entdecken!

Daß 1985/86 des 200. Geburtstags der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm zu gedenken ist, dürfte inzwischen tief ins öffentliche Bewußtsein gedrungen sein – nicht zuletzt durch kleine und größere Ausstellungen zwischen Bölingen und Berlin, Fulda und Göttingen zu den vielfältigen Sektionen des Grimmschen Œuvres.

Die in jeder Hinsicht größte eröffnete im Kasseler Museum Fridericianum ihre Pforten: Auf über 1000 Quadratmetern Ausstellungsfläche werden hier nicht nur die beiden weltberühmten Grimms, sondern auch ihr jüngerer Malerbruder Ludwig Emil (anläßlich seines 195. Geburtstags) mit Dokumenten ihres Lebens und Wirkens präsentiert (bis 15. September; dann wandert L. E. Grimm in seine Geburtsstadt Hanau, wohin ihm die älteren Brüder nach einem Zwischenaufenthalt in Berlin am 1. Mai 1986 folgen werden).

Der glückliche Gedanke, auf der Gedenkbriefmarke der Bundespost einmal nicht einen Bezug zum heuer wahrlich überstrapazierten Märchenbuch herzustellen, sondern mit der Wiedergabe eines handschriftlichen Grimm-Exzerpts zur Artikelgruppe „Freiheit" des Deutschen Wörterbuchs einen anderen Akzent zu bieten, setzt sich in der Ausstellung löblich fort. Dem Besucher begegnen die Brüder Grimm dort nicht nur als Märchensammler, -forscher oder -illustratoren, sondern als bemerkenswerte Vertreter der Rechts-, Geschichts-, Sprach-, Literatur- und Religionswissenschaft sowie als Initiatoren einer wissenschaftlich begründeten literarischen Volkskunde, in der Gestalt des Malers als einen originellen Künstlers zwischen Romantik und Biedermeier.

Auch die politische Wirksamkeit wird gestreift, obwohl diesem Thema in Göttingen (2. 6.–15. 9. 85) eine eigene Ausstellung gewidmet ist. Das große, bislang kaum zureichend gewürdigte Werk L. E. Grimms wird u. a. in den Abteilungen Münchner Schule, Radier-, Bildniskunst, Genredarstellungen, Karikaturen, zeitgenössische Kasseler Künstler nahegebracht; die überaus reich durch Briefe und ausführliche Lebenserinnerungen dokumentierte Biographie gibt den Leitfaden dazu und verknüpft die Schicksale und das Wirken dieser sympathischen Künstlerpersönlichkeit durchgängig mit dem Lebens- und Werdegang der beiden älteren Brüder.

Zu den drei Ausstellungen werden die entsprechenden Kataloge zusammen in einer Kassette angeboten. Leider erschien der umfassendste zu Jacob und Wilhelm Grimm erst mit starker Verspätung, was manchen Besucher der ersten Stunde enttäuscht haben dürfte, und leider ist der dritte Band noch nicht komplett: Der Aufsatzteil zum politischen Wirken der Grimms soll erst 1986 herauskommen – in der Kassette ist ohnehin kein Platz mehr dafür. Sie würde – um diesen Folgeband ergänzt – inhaltlich zwar wünschenswert komplettiert, aber für den normalen Ausstellungsbesucher auch vollends unhandlich. Das gilt fürs Format mit dem nicht unbedingt einladenden zweispaltigen Druck wie vor allem fürs Gewicht: Mit über fünf Pfund sind die vorläufig 1130 Seiten der Katalogtrilogie nur etwas für den in jedem Sinn starken Leser.

Dieser aber kann vieles – und nicht nur schwarz auf weiß – nach Hause tragen, und dann findet sich reiche Entschädigung für die vielleicht doch etwas ermüdende Fülle der ausgestellten Dokumente, wobei Bücher, Briefschaften und handschriftliche Ausarbeitungen größeren Umfangs so dominieren, daß die doch auch ungewöhnlich zahlreich überlieferten Abbildungen (die Grimms waren vielporträtierte Größen bis hin zu mindestens sieben Fotografien Jacob Grimms, unter denen man das ergreifende Altersbild Hanfstaengls ungern vermißt) und Gerätschaften (von Arbeitstisch, Leseglas und Sofa bis zum Silberbesteck) etwas in den Hintergrund gedrängt erscheinen.

Während die Farbbilder der Kataloge durch Deutlichkeit und Glanz ansprechen, enttäuschen einige Schwarzweiß-Wiedergaben. Man erkennt bei manchen lediglich schwache Umrißlinien. Auch daß sich die aufschlußreichen Hofmann-Aquarelle der Grimmschen Arbeitszimmer in dem der Politik gewidmeten Band und nicht im biographischen Teil finden, verwundert. Im übrigen aber ist das teils großformatig festgehaltene Bildmaterial von besonderem Wert; viele Stücke wird selbst der Grimm-Experte hier zum ersten Mal erblikken.

Darstellungen und Beschreibungen sind in der Regel auf neuestem Forschungsstand und markieren schon jetzt eine deutliche Zäsur der Grimm-Literatur. Daß einiges zu bezweifeln oder auch zu korrigieren ist, versteht sich angesichts der Material- und Aspektfülle von selbst. Als markantes Beispiel sei die Ausführung zu der in ihrer Wichtigkeit und ihrem Vorbildcharakter für die Grimms gar nicht zu überschätzenden Märchenaufzeichnung Ph. O. Runges „Von dem Fischer un syner Fru" herausgegriffen: Der Text sei vier Jahre vor Grimms Sammlung „einzeln erschienen, und zwar, möglicherweise durch Runge selbst veranlaßt, in einem 14 Seiten umfassenden Separatdruck aus dem Jahre 1808; es handelt sich dabei um eine niederdeutsche Fassung mit dem hochdeutschen Titel ‚Von einem Fischer ...'". Da sollte man doch die erstmalige Präsentation dieses sensationellen Fundes erwarten; ausgestellt aber ist ein Grimm-Nachdruck von 1814. Wider Erwarten kann auch keine Autopsie angenommen werden, was die Beschreibung immerhin suggeriert. Man stützt sich vielmehr auf eine schon am 25. 11. 1982 in dieser Zeitung öffentlich bezweifelte und wohl fehlerhafte Hypothese Walter Scherfs, die bislang durch nichts erhärtet werden konnte.

Insgesamt sind die Texte der Kataloge in übergreifende Aufsätze und meist lobenswert minutiöse Exponatbeschreibungen unterteilt. Dadurch und durch das überaus bedauerliche Fehlen von Registern und Querverweisen kommt es in den sich thematisch nicht immer ergänzenden, sondern zuweilen überschneidenden Darstellungen zu einigen Wiederholungen und Ungleichmäßigkeiten, was mit der „Kürze der knapp halbjährigen Bearbeitungszeit" begründet wird.

Vielleicht vermögen aber auch gerade solche „Bruchstellen" ihrerseits zu genaueren und weiterführenden Fragen anzuregen, was die sonst durchweg sorgfältigen und akribischen Ausführungen sicherlich bewirken können und werden: Wie die Brüder Grimm in mancher Hinsicht und auf vielen Gebieten in ihre Zeit eingebunden waren, die sie jedoch zugleich auch in einzigartiger Weise repräsentieren, das ist ebenso recht eigentlich erst noch zu entdecken und zu begreifen wie ihre zeitüberdauernde Größe und Aktualität. Ausstellung und Kataloge geben dazu hervorragende und vielfältigste Anregungen.

HEINZ RÖLLEKE

Gedenken ohne Märchenseligkeit: Briefmarke der Deutschen Bundespost zum Brüder-Grimm-Jubiläum FOTO: DIE WELT

Zum neunten Mal: Chorfestival „Europa cantat"

Die Begegnung ist alles

Das gab es noch nie in den 24 Jahren, seit denen das Internationale Chor-Begegnungstreffen „Europa cantat" existiert: Gleich zwei Regierungschefs, der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler, waren nebst einer imposanten Ministerriege zum Eröffnungskonzert nach Straßburg gekommen. Woher kommt es wohl, daß ranghohe Politiker ausgerechnet jetzt ihr Herz für die Chormusik entdecken? Früher kamen sie ja auch nicht. Claude Taggeur, der stellvertretende Generalsekretär von „Europa cantat", erklärt sich das so: „Zum einen ist 1985 das europäische Jahr der Musik ... und zweitens wurde die Ausstrahlung des Festivals in den letzten Jahren immer größer." Es sei mittlerweile wohl der Welt größtes, betont Tageur.

Dieser Ansicht sind nicht nur die Politiker, sondern auch über 4000 Laien-Chorsänger aus nun wirklich fast aller Herren Länder, von Marokko bis Japan, von Norwegen bis Venezuela. „Europa cantat" – das Treffen findet alle drei Jahre statt, das neunte Festival ging gerade in Straßburg zu Ende – ist längst nicht mehr nur Europa, das singt. Doch gegen die Ausweitung zu einem Welt-Chortreffen sperrt sich Claude Taggeur: „Dann müßten wir nämlich aus jedem der etwa 160 UNO-Staaten einen Chor einladen – dadurch entstünde genau die Wettbewerbssituation, die wir nicht haben wollen." Die Idee der Völkerverständigung durch Chorgesang ist dennoch unaufhaltsam auf dem Vormarsch: Das erste „Asia cantat" fand – unter Teilnahme übrigens auch europäischer Chöre – bereits statt, das erste „America cantat" ist mitten in der Vorbereitung.

Alle diese Kontinental-Treffen sind offen, jeder Chor und jeder Einzelsänger kann kommen. Dies nämlich ist eines der Grundprinzipien der Chor-Bewegung: Sie will Begegnungen und Kontakte ermöglichen, ein Wettbewerb aber soll das jeweilige Festival nicht sein. Im übrigen wirkt auch die traditionelle Arbeitsweise des Festivals dem Konkurrenzdenken entgegen: In 17 sogenannten Ateliers wurden in Straßburg ebensoviele Konzertprogramme erarbeitet und aufgeführt. Da sich jeder Chorsänger für das Atelier anmelden kann, das ihn am meisten interessiert, ergeben sich bunt zusammengewürfelte Groß-Chöre, in denen eine Wettbewerbs-Mentalität erst gar nicht entstehen kann.

Was bringt eigentlich Chorsänger dazu, zu einem solchen Festival zu fahren, in unkomfortablen Mehrbettzimmern zu schlafen, sich in riesigen Abspeisungshallen verköstigen zu lassen und dafür immerhin etwa 500 Mark Teilnehmergebühr plus die oft beträchtlichen Reisekosten zu bezahlen (finanziell unterstützt werden nur Chöre aus dem Ostblock)?

„So viele andere Chöre – und vor allem: So gute andere Chöre – wie hier können wir nirgendwo hören", sagt Wolfhagen Sobirey, Leiter des „Neuen Chors Hamburg". Einige weibliche Mitglieder eines finnischen Chors dürften zwischen 30 und 40 Jahre alt sein – Altersbegrenzungen gibt es bei „Europa cantat" natürlich auch keine – und haben von ihren vier Wochen Jahresurlaub die Hälfte für das Chorfestival geopfert. „Das ist hier ein ganz großes Erlebnis", strahlen sie. Und Aharon Harlap kam, nach dreijähriger Vorbereitungszeit, mit seinem „Kibbutz Artzi Choir" aus Israel nach Straßburg: „Wir können hier sehr viel lernen – nicht nur von den Atelier-Dirigenten, sondern auch einfach beim Hören."

Was das Festival für Chöre so verschiedener Herkunft und Tradition dermaßen attraktiv macht, ist sicherlich nicht zuletzt das überaus vielseitige Programm. Gesungen werden eben nicht nur die Chorschlager, die Tanz- und Liebesliedchen aus Renaissance und Frühbarock, die schon bei unseren jugendbewegten Großvätern auf den Programmen standen. Natürlich sind die auch vertreten – vor allem, wenn ein Chor irgendwo auf der Straße zu einem spontanen Platzkonzert anhub. In den Ateliers und in den sonstigen Chor-Konzerten aber geht es um andere, ausgefallenere Literatur: um die Romantik, um die klassizistische Moderne, auch um national eingefärbte Chor-Folklore. „Europa cantat" sucht auch durchaus erfolgreich Anschluß an neueste kompositorische Tendenzen: Das Ergebnis war ein Kompositions-Auftrag an den in Frankreich lebenden Griechen Iannis Xenakis. Um die Chormusik nicht allzu einseitig dominieren zu lassen, ist bei jedem Festival ein Orchesterkonzert vorgesehen – diesmal mit dem Bundesjugendorchester.

Das Angebot ist überwältigend, gewiß. Doch letztlich macht das Mitmachen, das Selber-singen die Faszination von „Europa cantat" aus.

STEPHAN HOFFMANN

Sion: Das 22. internationale Musiksommerfestival

Ein Don aus Little Italy

Auch die Schweiz hat ihre Hinterhöfe. Einer davon ist Sion im oberen Rhonetal, Handels- und Versorgungszentrum für das Wallis mit seinen mondänen Wintersport- und Erholungsgebieten. Weiß der Himmel, warum Tibor Varga ausgerechnet hier sein Quartier für Sommerkurse nebst Festival aufgeschlagen hat und nicht in Crans-Montana oder Leukerbad. Es ist nun einmal Sion – und das im 22. Jahr.

Anfangs ergaben sich Konzerte ganz einfach daraus, daß Musiker als Pädagogen kamen. Aber die zogen Orchester nach und die wiederum den Rundfunk und der wiederum andere Musiker: Im Gegensatz zu manchem am grünen Tisch geplanten Festival ist das von Sion organisch gewachsen, und das spiegelt sich auch im Programm wider. Es geht nicht um Starkult, nicht um ausgepichte Programmkonzepte, es geht ganz einfach um gute Musik und den Spaß daran.

Daß sich Varga dabei vor allem um junge Musiker kümmert – er unterrichtet an der Hochschule in Detmold, von wo er sich das Detmolder Kammerorchester mitgebracht hat – und unverdrossen um Ost-Kontakte bemüht: das Rundfunkorchester von Sofia und das Polnische Nationalorchester Kattowitz gastieren dieses Jahr in Sion –, ist dabei Ehrensache. Jugend ist auch Trumpf bei der Opernproduktion dieses Jahres, Donizettis „Don Pasquale", den die Kammeroper von Genf in Sion herausbrachte. Die Regisseurin Sarah Ventura hatte die hübsche, wenn auch nicht gerade erhellende Idee, das Stück in New Yorks Little Italy anzusiedeln. Das geht, weil Donizettis Musik keinen Bezug mehr nimmt auf die Commedia dell'arte, der die Figuren entlehnt sind. Und die Umsiedlung hilft, bei der Ausstattung (Thierry Vernet) zu sparen. Auch die ölige Krämer-Atmosphäre des Stücks paßt vielleicht besser ins italo-amerikanische Milieu als ins bürgerstolze italienische Corneto.

Mit Valerie Baiano stellte sich als Norina eine junge Koloratursoubrette von echt italienischem Typus vor: eine schmale Stimme von eher herbem Timbre, intelligent mit dem Text umgehend. Aus solchem Holz waren einmal die Carteri oder Sciutti geschnitzt.

Ein ebenso junger wie überzeugender Don Pasquale ist Charles Ossola, der komödiantisches Temperament und wuchtigen Baß sein eigen nennt. Michel Brodard als Malatesta und Michele Fallisi als Ernesto fielen dagegen ein Stück ab. Robert Dunand leitete den Opernausflug des Sion-Festivals mit Akkuratesse, Spannung und Witz im winzigen, uralten Theater der Stadt. Eine Opernschaubude mit hautnahem Kontakt zur Bühne: auch dies ein Festspielspaß.

REINHARD BEUTH

Pläne zur 750-Jahr-Feier der alten Reichshauptstadt

Berliner Kreidekreis

Umrisse der westlichen Feiern zum 750. Geburtstag Berlins 1987 werden schärfer: Die zentrale Ausstellung im Gropius-Bau an der Mauer soll die eigentliche Stadtgeschichte – Berlin als preußische und deutsche Hauptstadt, europäische Metropole und Symbol von „Machtmißbrauch und Freiheitswillen" – vor Augen führen.

Diese Beschreibung gab kürzlich der von Kultursenator Volker Hassemer eingesetzte wissenschaftliche Leiter der Berlin-Ausstellung, Professor Reinhard Rürup. Allerdings setzte sich im Vorbereitungskomitee nicht der frühere, von Wolf-Jobst Siedler geprägte Titelvorschlag „Berlin und die Deutschen" durch.

Berlins Senatoren – durchaus unterschiedlicher Ansicht über das „ideologische" Schwergewicht der Hauptausstellung – legen Wert auf die „europäische Komponente". Die konkreten Ausstellungspläne sollen bis zum kommenden Winter ausgearbeitet sein. Die Austellung selbst beginnt erst verhältnismäßig spät im Jubiläumsjahr – am 15. August 1987. Sie wird bis Anfang 1988 zu sehen sein.

Das eigentliche Stadtjubiläum liegt Ende Oktober 1987. Aus dieser Zeit ist die Urkunde datiert, auf die sich Berlin – in Ost und West – bei seiner Feier beruft: Es ist das beurkundete Ende eines Finanzstreits zwischen dem Markgrafen und dem Bischof von Brandenburg. Als Zeuge der Amtshandlung wird dort „Symeon, Pfarrer von Cölln" genannt. Er wurde später Propst von Berlin.

Diesen kostbaren Geburtsschein besichtigte kürzlich Senator Hassemer im Dom zu Brandenburg. Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, zugleich Vize-Vorsitzender des „DDR"-Kirchenbundes, hatte den Senator zu diesem Ausflug nach Brandenburg eingeladen.

Mit besonderer Genugtuung werten es die Berliner Stadtväter, daß das Grundkonzept der Ausstellung „Berlin, Berlin – die große Stadt" auch vom Jubiläums-Beirat unter Vorsitz von Altbundespräsident Karl Carstens erörtert und gebilligt wurde. Und was die Kosten betrifft, soll es bei den vereinbarten rund 65 Millionen Mark für die gesamten Feierlichkeiten bleiben. Etwa die Hälfte davon trägt der Bund.

In die bauliche Verschönerung Berlins werden bis 1987/88 rund eine Milliarde Mark gesteckt. Im Feierjahr soll auch der Grundstein für das „Deutsche Historische Museum" liegen. Inzwischen gab es auch, sorgfältig mit den westlichen Alliierten abgestimmt, die ersten Kontakte zwischen Ost-Berlin und dem Senat: Auf westlicher Seite saß der neue Chef der Senatskanzlei, Detlef Stronk, im Gästehaus des Senats am Tisch. Sein Gast war Staatssekretär Kurt Löffler aus dem „DDR"-Kulturministerium. Drüben obliegt – wegen der erwünschten werbenden Außenwirkung zugunsten der „DDR" – die Feier-Vorbereitung nicht dem örtlichen Magistrat, sondern einem Staatskomitee unter Vorsitz von Erich Honecker selbst. Eine in der „DDR" altbekannte Übung.

Als wichtige Blöcke der westlichen Feiern sind – neben der Ausstellung – zu erkennen: eine umfängliche Wissenschaftsausstellung in einer stillgelegten Halle der Berliner S-Bahn. Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig berief den Bonner Kunsthistoriker Professor Tilman Buddensieg zum primus inter pares eines Trios, das die Schau vorbereitet. Ihm gehörten außerdem der Historiker Professor Kurt Düwell (Universität Trier) sowie Klaus-Jürgen Sembach (Nürnberg) an. Er leitet das „Zentrum für Industriekultur" und entwarf im wesentlichen die Erfolgs-Ausstellung über die deutschen Eisenbahnen „Zeit der Züge, Zug der Zeit".

Kewenig ist außerdem als Koordinator für Inhalt und Form von drei international bestückten Konferenzen auf dem Gebiet der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zuständig. An ihnen sollen Prominente aus West und Ost teilnehmen. Noch fehlt hier aber das überwölbende Motto.

Außerdem gehen in diesen Wochen die Einladungen des Senats von Berlin an die Staatsoberhäupter der drei Schutzmächte heraus: Ronald Reagan, François Mitterrand und Elizabeth II. Sie sollen Berlin im Sommer 1987 die Ehre erweisen.

Für die Bedürfnisse der Bürger im Jubiläumsjahr sieht Festspiel-Chef Ulrich Eckhardt ein umfängliches Stadtfest auf der Straße des 17. Juni zwischen Siegessäule und Brandenburger Tor vor.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

Kranker oder Genie? – Der Maler Louis Soutter

In Labyrinthen gefangen

Der Mensch Louis Soutter war eine Zumutung für seine Umwelt. Er ruinierte mit maßlosen Schulden fast die Familie, er beleidigte Freunde, er lief in violetter Melone, Golfhosen und gelben Handschuhen herum. Man entmündigte ihn, brachte ihn schließlich in einem Altersheim unter.

Kaum eine geringere Zumutung war der Künstler Louis Soutter. Dunkle, in sich verstrickte, unverständliche Architekturen, verquälte, verzerrte Menschenleiber, sexuelle Obsessionen, schwarze Strichmännchen aus einer archaischen Welt bei absurdestem Tun. Ein Kranker oder ein Genie? Soutters Vetter zweiten Grades, Le Corbusier, hat das Ungewöhnliche, Erregende an diesen Blättern wohl als erster erkannt, aber sicher, ob das nun Kunst oder psychopathologische Stenogramme seien, war auch er sich nicht.

Die Frage hat Soutters Anerkennung als originärer Künstler lange verhindert. Seit ein paar Jahren, vor allem seit Künstler wie Arnulf Rainer oder A. R. Penck ähnliche Arbeitsweisen hoffähig gemacht haben, tut man so, als sei das zugunsten des Künstlers Soutter entschieden. Eine große Wanderausstellung, im Münchner Lenbachhaus gestartet, zur Zeit im Bonner Kunstmuseum zu sehen und dann für den Württembergischen Kunstverein Stuttgart geplant, zeigt jetzt mit über 300 Blättern etwa ein Zehntel seines erhalten gebliebenen Werkes und bekräftigt nachdrücklich Soutters Aufnahme in den Kreis der Unsterblichen durch die gegenwärtige Szene.

Verstrickt ins Dunkle: „Schlaflose Nacht" von Louis Soutter (1871–1942) FOTO: KATALOG

Soutter, 1871 in Morges (Schweiz) geboren, war ein vielseitiges Talent. Studien der Ingenieurwissenschaften, der Architektur, der Musik (Geige) und der Malerei bricht er ab. Eine Ehe scheitert. Als Geiger in mehreren schweizerischen Sinfonieorchestern wird er immer wieder entlassen. Als ihn die Familie 1915 entmündigen läßt, ist er dem geistigen und körperlichen Zusammenbruch nahe. Von 1923 bis zu seinem Tode 1942 ist er in einem Altersheim im Waadtland „interniert", wie er es selbst immer seiner Umwelt weismachen möchte, obwohl ihm stets alle Türen offenstehen.

Immerhin, die „Internierung" gab Soutter den Rückhalt zu einem Schaffen, dem man sich bei allem Zweifel kaum ganz entziehen kann. „Die Kunst beginnt, wo das Leben flieht", notierte er selbst. Ein Schlüsselsatz, denn Soutters Blätter mit Bleistift oder Tinte haben fast durchweg etwas Labyrinthisches, die Umrisse werden fast immer ängstlich verdichtet, wodurch sich die Räume verengen, verschließen.

Hier hält einer verzweifelt fest, was ihm zu entfliehen scheint: Menschen, Pflanzen, Tiere, Architekturen. Er malt Gegenbilder zu berühmten Meistern, Michelangelo etwa. Aber es sind eben Gegenbilder: Hölle statt Erlösung, angstvolle Lemuren-Träume statt lichterfüllter Landschaften.

Und schließlich, als der körperliche Verfall ihm andere Möglichkeiten nicht mehr läßt, malt er mit seinen Fingern. Schattenhafte Wesen, Strichmännchen ähnlich, bevölkern die Szene. Ihre riesigen gespreizten Finger greifen nacheinander, suchen, möchten sich tastend noch vergewissern. Schizophrenie oder Angstformen einer Zerfallskultur? Das Pathologische ist nicht zu leugnen. Aber wenn Kultur auch die Hölle direkt zu vermitteln hat, dann tut sie es hier. (Bis 11. August, ab 22. 8. bis 13. Oktober Kunstverein Stuttgart, Katalogpreis 32 Mark.)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Bernstein dirigiert Konzert in Hiroshima

dpa, Hiroshima

Leonard Bernstein wird am 6. August, dem 40. Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs, in Hiroshima ein Friedenskonzert dirigieren. Das Jugendorchester der Europäischen Gemeinschaft wird dabei unter seiner Stabführung Bernsteins dritte Symphonie „Kaddish" spielen. Das Wort steht ursprünglich für das Gebet der Trauernden um einen nahen Verwandten.

„Ernst-Jünger-Preis" für Wissenschaftler

DW. Stuttgart

Die baden-württembergische Landesregierung stiftet von 1986 an alle drei Jahre einen mit 10 000 Mark dotierten „Ernst-Jünger-Preis für Entomologie". Ausgezeichnet werden sollen Wissenschaftler, die mit Arbeiten über Gliedertiere, insbesondere Insekten, hervorgetreten sind.

Neue Sammlung „Kunst des 20. Jahrhunderts"

DW. Schleswig

Eine neu aufgebaute Sammlung zur Kunst des 20. Jahrhunderts wird am 1. Dezember im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum auf Schloß Gottorf eröffnet. Die reichen Bestände an Malerei, Plastik und Kunsthandwerk können nun, nach Beendigung der Um- und Anbauarbeiten an dem unter Denkmalschutz stehenden „Kreuzstall", umfassend präsentiert werden. Da gleichzeitig die bislang in Magazinen eingelagerte Kunst des 19. Jahrhunderts eigene Räume erhält, werden die Sammlungen des vor 100 Jahren gegründeten Museums erstmals in seiner Geschichte kontinuierlich bis zur Gegenwart reichen.

Anna Seghers' Werke jetzt „gesichert"

AP, Berlin

Die Urheberrechte am Werk von Anna Seghers hat der „DDR"-Ministerrat jetzt der Akademie der Künste übertragen. Diese wurde außerdem beauftragt, ein Archiv der Arbeiten der Schriftstellerin, die 1983 verstorben ist, anzulegen.

Lied der „Prophets" erinnert an Wallenberg

rst. Hage

Die Rock-Gruppe „Prophets" – Musiker, die aus osteuropäischen Ländern emigriert sind – will an den 1945 von der Roten Armee in Budapest verschleppten schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg erinnern. Das Schicksal Wallenbergs, der 1944/45 etwa 100 000 ungarische Juden vor dem Tod in NS-Vernichtungslagern bewahrt hat, ist bis heute ungeklärt. In ihr soeben erschienenes Plattenalbum haben die „Prophets" ein Lied mit dem Titel „Wallenberg" aufgenommen.

Festival des „DDR"-Kinderfilms

dpa, München

Auf einem Festival des „DDR"-Kinderfilms in München werden bis zum 4. August 20 Spielfilme gezeigt. Die „DDR" kann auf eine intensive Produktion von Kinderfilmen zurückblicken: Seit 1950 wurden dort etwa 150 Spielfilme für Kinder hergestellt. Zu einem Seminar „Der Kinderfilm in der DDR" kommen auch Filmfachleute aus der „DDR" nach München.

Kafka-Sterbehaus unter Denkmalschutz

dpa, Wien

Das Sterbehaus des Dichters Franz Kafka in der Nähe von Wien ist unter Denkmalschutz gestellt worden. Das ehemalige Sanatorium in Klosterneuburg ist heute ein Wohnhaus und beherbergt auch einen Kafka-Gedenkraum. Noch in diesem Jahr soll die Front des Gebäudes nach alten Fotografien restauriert werden.

Erste Universität auf dem Dach der Welt

rst. Bonn

In der Hauptstadt des autonomen Gebietes Tibet wurde eine Universität gegründet. In der ersten Universität auf dem „Dach der Welt" gibt es bis jetzt Lehrstühle für tibetanische Sprache und Literatur, Chinesisch, Englisch, Politik und Geschichte, tibetanische Medizin, Mathematik, Physik, Biologie und einige andere. Zur Zeit sind im Bereich der Universität mehr als 200 Lehrkräfte tätig.

Gestohlene Kunstwerke in Parkgarage gefunden

dpa, San Francisco

Die acht Kunstwerke von Picasso, Klee, Ray und Steichen – ihr Wert wird auf 500 000 Dollar geschätzt –, die aus dem Museum für moderne Kunst in San Francisco gestohlen worden waren, sind in der Garage eines Einkaufszentrums gefunden worden. Ein anonymer Anrufer hatte der Polizei einen Tip gegeben.

Einmal im Jahr wird Windsor zum Mekka für Polospieler / Ein gesellschaftliches Ereignis in Gummistiefeln und Smoking



Polo ist ein uralter Sport (der Könige). Es wurde schon während der Tschou-Dynastie (um 700 vor Christi) erwähnt. Die Engländer lernten es von den Indern. Die Deutschen nehmen nach dem Kriege allmählich den Ball wieder auf. Das deutsche Polozentrum ist, neben Hamburg, Thann bei Holzkirchen (Bayern), wo Sportmäzen Bernd-H. Lindena für Kinder eine Polo-Schule plant. Polo ist, wie das Foto rechts beweist, ein kampfbetontes Handicap-Spiel, das heißt, unterschiedliche Niveaus werden rechnerisch ausgeglichen. Das Handicap geht von minus zwei (Anfänger) bis plus zehn. Prinz Charles (Foto links) erreicht wie die besten Deutschen Handicap vier. Jeder Spieler sollte zwischen zwei und sechs Pferde besitzen – keine spottbillige Angelegenheit, aber nobel.

FOTOS: HARTMUT REEH/DPA, SVEN SIMON



Wenn ein Bällchen acht Gentlemen narrt

Von KNUT TESKE

In Deutschland lechzt die Sportart noch nach Anerkennung. In Großbritannien lechzen die Anerkannten, die Upper Ten, nach dieser Sportart: Polo. Wem Reiten zu wenig, Hockey zu schlicht und Golf zu erdgebunden ist, dem könnte – von allem ein wenig – Polo zusagen. Einmal im Jahr beim Coronation Cup ist Windsor das Mekka der schlägerschwingenden Reiter. Unter den 30 000 Gästen am vergangenen Wochenende, von Zuschauern mag man kaum reden, waren nicht weniger als vier Mitglieder der königlichen Familie.

Vor dem Stadion schien es sich um ein Treffen von Rolls-Royce-Fanatikern zu handeln. Dutzende dieser Luxuskarossen. Diener in dunkelblauen Anzügen, die die Schläge aufreißen, als habe die Französische Revolution sich noch nicht bis hier herumgesprochen. Auch auf dem Platz glaubte man sich eher auf ein Ritterturnier versetzt. Überall Zelte, prächtige weiße Zelte, sogar runde wie zu Dschingis Khans Zeiten, überall Pferde; statt Flaggen, dreieckige Fahnen und allerlei Wimpel, statt Lautsprecher-Musik das Dschingderassabum einer Kapelle von Beafeatern; statt steinerner, überdachter Tribünen windige Holzgerüste und Platz, viel Platz zum Ausbreiten und Hinsetzen, zum Picknikcken mit Champagner und Toast. Die typische Enge eines Fußballstadions? Unbekannt. Jeans und Flachmann? Shokcking. Hundertschaften von Polizisten und Hunden? Nicht nötig „at Smith lawn", drei Polo-Schläge von Windsor Castle entfernt. Schon die Anreise auf verschlungenen Alleen, vorbei an einer üppig grünenden Parklandschaft und wohlhabenden Landlords versetzt einen in eine andere Zeit. Great Britain at its best.

Die Damen zum Teil in Lang, die Herren in Clubjacken, viele mit Fliege, etliche in hellen Smokings und an den Füßen – ungebrochener britischer Pragmatismus – Gummistiefel, wenn es denn sein mußte (und es mußte leider sein). Die atlantischen Schauerstaffeln machten auch vor noch so edlem Blut nicht halt.

Und das alles wegen Polo, das in Deutschland so sehr um Anerkennung ringt, kaum 70 Aktive auf die Beine, sprich Pferderücken bringt. In England hat das Spiel, das eigentlich aus China stammt und heute am vehementesten in Argentinien betrieben wird, Tradition seit 1869, seit die britischen Kolonialherren zu Hause voller Stolz von ihren Siegen über indische Maharadscha-Teams berichtet haben. Ein schneller, nicht ungefährlicher Kampfsport, was leicht unterschlagen wird, wenn es darum geht, den angeblichen Snobismus seiner Akteure zu belächeln. Prinz Charles ist einer von ihnen. Er vertrat sein Land am Sonntag (siegreich) im Silver Jubilee Cup gegen Brasilien vor den Augen seiner Eltern und einer sichtlich verstimmten Lady Di. Sie haßt das Spiel. Nicht nur wegen der möglichen Stürze, sondern – glaubt man den Auguren – weil Charles (wie alle Teilnehmer übrigens) beim Stürzen eine so lächerliche Figur abgibt.

Charles aber stürzte diesmal nicht. Er schaffte sogar, was lebhaften Beifall auslöste, ein Tor – „im dritten Anlauf", wie jemand süffisant hinzufügte, nachdem er einmal links, dann rechts vorbeigeschossen hatte.

Gespielt wird, das Team zu je vier Mann, auf zwei Tore, die 270 Meter oder rund drei Fußballplätze weit auseinanderstehen. Jeder Spielabschnitt dauert sieben Minuten, jedes Spiel, je nach Verabredung, vier bis sieben Abschnitte, Chukkas genannt.

Die große Kunst, den Ball zu treffen

Nach jeder Pause werden die Pferde gewechselt. Das ist auch nötig bei Tempo 60 Km/h, mit dem die Reiter über den Rasen stieben. Der Ball wird nur mit Rechts geschlagen; wenn nötig, über die linke Seite des Pferdes, wobei es zu den meisten Beulen am Kopf des Gegners kommt, oder sogar quer unter dem Leib hindurch, was wiederum zu Kollisionen mit den Läufen des eigenen Tieres führen kann. Hierbei zeigt sich nun die Klasse: Wer zum Schlag abstoppen muß, weist sich als Anfänger aus. Die Weltspitze trifft den Billardkugel-großen Ball aus vollem Galopp, jedenfalls theoretisch. Wie schwer das tatsächlich ist, erkannte man zum Gaudi der Zuschauer beim Spitzenspiel um den Coronation Cup zwischen der britischen Auswahl und Mexiko. Vom Handicap her führten die Briten sogar mit 32 zu 31 Punkten, einer fabelhaften Einstufung. Gleichwohl verloren sie das Spiel mit fünf zu sieben Toren: Er war zwar ihr Wetter, aber nicht ihr Tag. Es ging auf die berühmte Kuhhaut nicht, was die Briten an diesem Nachmittag danebenschlugen. Wie die Teufel jagten sie dem kleinen, weißen Ball nach, droschen auch – theoretisch wahnsinnig gut – aus vollem Lauf auf ihn ein, nur daß sie ihn leider in der Mehrzahl – waren sie nervös? – verfehlten. Dieses verdammte, kleine, weiße Ding wollte sich einfach nicht einen verdammten, kleinen Millimeter weit bewegen oder aber tänzelte, was noch peinlicher erschien, wie zum Hohn ob solcher sinnlosen Kraftеinsätze mit zierlicher Bewegung ins Abseits.

Manchmal jagten gleich vier Mann hinter der Kugel her, schlugen – samt und sonders vorbei, wenn auch wiederum – was deutsche Spieler kaum schaffen – aus vollem Lauf, brauchten 20 Meter, um die wilde Hatz zu stoppen, die Pferde zu wenden, einen neuen Anlauf zu nehmen. Dieweil verhielt sich das Bällchen unschuldig leuchtend ganz still auf dem sattgrünen Rasen. Die Windsor-Familie – Elizabeth II., Prinz Philip und Lady Diana – amüsierte sich königlich in ihrer Loge...

Wenn der Ball rollte und HRH, His Royal Highness, The Prince of Wales, so der offizielle Programmausdruck – übrigens auf dem Pferd immer an seiner tadellosen Haltung zu erkennen – nicht gerade im Gewühl mitwirkte, dann erlebte die Monarchen-Familie ihre unbeschwertesten Augenblicke. Vergleichsweise disgusting, enervierend, dürfte es dagegen für sie in den Dreiminuten-Pausen gewesen sein, wenn das Volk auf den Rasen durfte, um einmal Aug' in Aug' dem Staatsoberhaupt gegenüberzustehen. Freilich hinter einer flugs gespannten Leine – Abstand muß sein. Dann liefen die Briten, stöckelten oder wuchteten in ihren Stiefeln auf den Platz, ballten sich hinter der Absperrung für einen (Augen)-Blick. Kaum waren sie nämlich angekommen, mußten sie schon wieder kehrt machen, war die Pause um. Dieses Spiel während des Spiels wiederholte sich nach jeder Chukka. Einmal Lady Di sehen...

Eine schmerzende Idee größer als Charles

Die Prinzessin, um endlich mit der Herzschlag-Zeile überzukommen, war nämlich doch noch erschienen. Ein fast scheuer Moment, als die Frau des Kronprinzen die königliche Tribüne „at Smith lawn" auf dem Polofeld von Windsor betrat – sehr groß, eine schmerzende Idee größer als Charles, überschlank in ihrem engen, schwarzweiß gepunkteten Kleid, sehr blond; dieser lichte Moment – er genügte, um das gesellschaftliche Ereignis endgültig zu adeln, um die übergroße Mehrheit der Briten in einen Zustand, eine Art höherer Gelassenheit zu versetzen und er genügte wiederum vielen Polo-Freunden nicht: Sie liefen in Massen zu der jungen Frau über, die diese Huldigung mit ihren irisierend gletscherblauen Augen und einem unerhört schnellen Blick durchaus wahrnahm, ohne es die königlichen Nachbarn merken zu lassen.

Die Briten und ihr Königshaus – es war eine Studie wert an diesem Nachmittag, da die Pferde über den Rasen jagten und das dumpfe „Wuff" zweier zusammenprallender Hinterteile in den Ohren der Kenner musikalischer Ausdruck in Vollendung war. Bei aller Liebe zu demselben Spiel – man schätzt den Abstand. Man nähert sich HRH einfach nicht weiter als auf maximal drei Meter, selbst nicht in dessen Chukka-Pausen.

Ein Wort aus der Ferne, die Replik von Charles. Das ist trotz Abstand ungezwungen, bleibt irgendwo auch ein Verhältnis von gleich zu gleich, wie sich schon aus der Anzeige ergibt, die der Thronfolger wenig später auf der Fahrt nach Hause wegen Tempoüberschreitung kassierte. Wie jeder gewöhnliche Steuerzahler.

Ganz so freilich auch wieder nicht. Der Zuschauer, der ihm später per Zufall in die Arme läuft, er stutzt und macht einen spontanen Satz rückwärts, als er HRH erkennt. Da drückte sich eine tausend Jahre währende Anerkennung für Hochherrschaftliches aus. Als Charles zu seiner Pferdekoppel will, wird der öffentliche Weg plötzlich Hoheitsgebiet. Als Lady Di gegen ihren Willen fotografiert zu werden droht, ist das Verbot da. Urplötzlich und zugleich in letzter, abschließender Instanz.

Nur auf dem Feld – da wird Charles gerempelt wie jeder Mitspieler, obwohl Lady Di auch hier ganz und gar dagegen ist.

Keine Spur vom dreifachen Mörder und Bankräuber

AP, Großbottwar

Obwohl in den vergangenen Tagen rund 900 Hinweise bei der Polizei in Großbottwar bei Ludwigsburg auf den „Hammer-Killer" eingegangen sind, fehlt von dem dreifachen Mörder bislang jede Spur. Wie der Sprecher der Landespolizeidirektion Stuttgart gestern mitteilte, wird der Mann von einer mittlerweile auf 80 Polizeibeamte aus ganz Baden-Württemberg verstärkten Sonderkommission gesucht. Dem „Hammer-Killer", der von der Polizei diesen Beinamen bekommen hat, weil er bei seinen Bank-Überfällen immer einen Hammmer benutzte, werden drei Morde sowie zwei ausgeführte und ein versuchter Banküberfall zur Last gelegt. Die Schauplätze der Verbrechen lagen jeweils im Großraum zwischen Ludwigsburg und Heilbronn. Er wird verdächtigt, 1984 zwei Männer sowie einen weiteren im Juli dieses Jahres erschossen zu haben. Die Opfer wurden auf einsamen Waldparkplätzen gefunden. Mit ihren Autos fuhr der mutmaßliche Täter dann zu Bankfilialen in der Nähe und verübte Überfälle. Im Juli 1985 kam es allerdings nicht dazu, denn der Filialleiter zwang den Mann zur Flucht.

ICE-Prototyp fahrbereit

dpa, Donauwörth

Der Prototyp einer neuen Generation von Hochgeschwindigkeitszügen, wie er von 1990 an auf den ausgebauten Intercity-Strecken eingesetzt werden soll, ist gestern der Bundesbahn übergeben worden. Bundesbahnvorstand Reiner Gohlke schickte den Intercity-Experimental (ICE), der 113 Meter lang ist und Geschwindigkeiten bis 350 Stundenkilometer fahren wird, mit einem Signalpfiff in Donauwörth auf die erste Probereise von einigen Metern. Von September an soll der ICE für zwei Jahre auf der Schnellfahrtstrecke Rehder-Oelde getestet werden.

Vulkan ausgebrochen

AP, Djakarta

Auf einer kleinen Insel der indonesischen Sunda-Gruppe ist am Dienstag abend ein Vulkan ausgebrochen. Nach einer Meldung der indonesischen Nachrichtenagentur Antara war der Ausbruch des knapp 2000 Meter hohen Vulkans auf Sangeang so heftig, daß noch auf die 90 Kilometer entfernte Stadt ein Regen aus Vulkanasche niederging. Die Behörden erwägen die Evakuierung der 1000 Einwohner der Insel.

67 Millionen erbeutet

AFP, Marseille

Etwa 200 Millionen französische Francs, umgerechnet 67 Millionen Mark, erbeuteten sechs Täter bei einem bewaffneten Raubüberfall in der Nacht zum Dienstag bei Lourmarin. Die Polizei teilte mit, daß der Überfall kurz nach Mitternacht auf einer Landstraße verübt wurde.

Wasser für Sahel-Zone?

AFP, Kinshasa

Eine italienische Kommission legte in der vergangenen Woche der Regierung in Kinshasa ein Projekt zum Bau eines 2500 Kilometer langen Kanals zur Bewässerung eines Teils der Sahel-Zone vor. Dies wurde am Dienstag in der Hauptstadt Zaires bekannt.

Antiquierte Sporturkunden

dpa, Bonn

Als „Schlamperei" wird im Bundespräsidialamt der Umgang mit Präsidentenurkunden bei den alljährlich zweimal stattfindenden Bundesjugendspielen betrachtet. Ein Mitarbeiter des Präsidialamtes bestätigte gestern, daß noch ein Jahr nach dem Amtsantritt von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in den Schulen Ehrenurkunden mit der Unterschrift seines Vorgängers Karl Carstens ausgegeben werden. Schüler hätten sich beim Bundespräsidenten über die antiquierten Urkunden beschwert.

Hitzewelle in Südeuropa

dpa, Athen

Unter einer Hitzewelle mit Höchsttemperaturen von 38 bis 45 Grad im Schatten stöhnen zur Zeit Griechenland und Jugoslawien. In Athen kletterte das Thermometer gestern mittag auf 41 Grad. An der jugoslawischen Adriaküste erreichten die Temperaturen 40 Grad. Die extreme Hitze bedroht in einigen Orten bereits die Versorgung mit Trinkwasser.

Verkehr und Benzinpreise

dpa, München

Das heißeste Reisewochenende des Jahres erwartet der ADAC für morgen und Samstag. Das betreffe den Verkehr von Nord nach Süd und umgekehrt. Die Benzinpreise sanken inzwischen weiter. Wie der ADAC Nordrhein gestern in Köln mitteilte, wurden bei Normalbenzin in der vergangenen Woche Rückgänge von bis zu fünf Pfennig je Liter und bei Superkraftstoff von bis zu vier Pfennig registriert.

ZU GUTER LETZT

„Ca. 1000-Mann-Zelt, zu mieten oder kaufen gesucht." Eine Anzeige in der Rubrik „Sport und Camping" im Hamburger Abendblatt.

Hitzesensoren irrten sich

Probleme beim Flug der „Challenger" reißen nicht ab

SAD/DW. Houston

Die Mission der Raumfähre „Challenger" steht unter keinem guten Stern. Auch gestern, am dritten Flugtag, war es den sieben Astronauten an Bord und den Ingenieuren der Bodenstation nicht gelungen, das „Instrument Pointing System" (IPS), das Teil des europäischen Weltraumlabors ist, auf einen gewünschten Punkt der Sonne auszurichten.

Seit Beginn der Mission streikt das von der Firma Dornier gebaute und etwa 50 Millionen Mark teure Gerät. „Es hat die Kapazität, ein Teleskop auf ein Objekt von der Größe einer Münze zu richten, die Millionen Kilometer entfernt ist", sagte in Huntsville ein Nasa-Ingenieur, „aber bisher hat das Gerät Schwierigkeiten, die Sonne anzupeilen."

Der Fehler liege vermutlich in dem Computerprogramm zur Steuerung des IPS und nicht in dem Gerät selber, das eine Rekordleistung der europäischen Hochtechnologie darstelle, sagte Programmdirektor Michel Bignier von der Europäischen Weltraumbehörde Esa. Er sei überzeugt, daß das System rechtzeitig vor Flugende funktionieren werde.

Inzwischen haben erste Analysen des dramatischen Startvorgangs ergeben, daß die Computer ein Triebwerk nur abschalteten, weil sich zwei Hitzesensoren „geirrt" hatten.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein atlantischer Tiefausläufer überquert Deutschland und führt wolkenreiche und nur mäßig warme Meeresluft heran.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. Sprühregen. Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ➡ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdrucks (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Im gesamten Bundesgebiet und Berlin wechselnde, vielfach starke Bewölkung und vereinzelte schauerartige Regelfälle. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 22 Grad, nächtliche Tiefstwerte 14 bis 11 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus West bis Südwest.

Weitere Aussichten:

Vorübergehende Wetterberuhigung, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	18°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	18°
Dresden	19°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	19°
Frankfurt	15°	Madrid	23°
Hamburg	16°	Mailand	25°
List/Sylt	17°	Mallorca	27°
München	18°	Moskau	21°
Stuttgart	18°	Nizza	28°
Algier	28°	Oslo	20°
Amsterdam	17°	Paris	17°
Athen	32°	Prag	18°
Barcelona	24°	Rom	30°
Brüssel	18°	Stockholm	18°
Budapest	25°	Tel Aviv	30°
Bukarest	35°	Tunis	37°
Helsinki	16°	Wien	16°
Istanbul	29°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.47 Uhr, Untergang: 21.08 Uhr; **Mondaufgang:** 22.23 Uhr, Untergang: 7.05 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Aufklärung über Gefahren des Diethylenglykols

DW. Berlin/Wien

Ärzte, Vergiftungszentralen und Kliniken berichteten in den vergangenen Tagen dem Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin, daß besorgte Patienten gesundheitliche Beschwerden zunehmend auf den Genuß österreichischer Weine zurückführen. Aus diesem Grund hat die Behörde mögliche Gefahren der vielen Weinen beigemischten Chemikalie Diethylenglykol in einem gestern veröffentlichten Merkblatt erläutert.

Es sei damit zu rechnen, daß erste Wirkungen beim Menschen „je nach individueller Disposition im Aufnahmebereich von etwa 50 bis 100 Milligramm Diethylenglykol je Kilogramm Körpergewicht liegen können", schreibt das Bundesgesundheitsamt. Die oftmals erwähnte tödliche Dosis von 14 Gramm pro Liter beziehe sich offenbar auf ein Kind. Um in den Wirkbereich zu gelangen, müßten Erwachsene einen Liter Wein mit fünf bis acht Gramm Diethylenglykol trinken.

Akute Vergiftungen mit Diethylenglykol verlaufen etwa so: Es kommt zu Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, zunehmender Verwirrtheit und Schläfrigkeit. Nach zwei bis fünf Tagen entwickeln sich Nierensymptome mit verminderter Harnausscheidung (Oligurie). Anfängliche oder abgeschwächte Symptome dürften nach Ansicht des BGA „schwer von Wirkungen hoher Alkoholmengen zu unterscheiden sein. Das betrifft auch beobachtete Leberstörungen."

Im Zusammenhang mit dem Weinskandal sind in Österreich zwei weitere Personen festgenommen worden. Wie die Sicherheitsbehörden in Wien mitteilten, wurden der Besitzer eines Weingutes und ein Weinhändler in Haft genommen. Damit erhöht sich die Zahl der Inhaftierten auf 22. Unterdessen erhärtet sich der Verdacht, daß nicht nur Weine verfälscht wurden, sondern auch Kunstweine hergestellt wurden. Vorsorglich werden nun auch Fruchtsäfte auf Diethylenglykol untersucht.

„Kommissar Trimmel" war auf Europas Bühnen zu Haus

Der Schauspieler Walter Richter mit 80 Jahren gestorben

Von WALTER DEPPISCH

Der Tod hat ihm die Hand auf die Schulter gelegt und ihn von der Bühne des Lebens abberufen. Und hätten nicht vor zweieinhalb Monaten die Medien berechtigtes Aufheben davon gemacht – wenigen wären wohl die 80 Jahre bewußt geworden, die der Schauspieler Walter Richter bereits hinter sich gebracht hatte. Viel „Spielraum" war ihm bis zuletzt zugebilligt worden, und Richter hatte ihn genutzt, wie es einem Mimen bei guter Gesundheit ziemt. Jetzt starb er in Wien, mit Plänen für die Theatersaison 1986 in Kopf und Herz, der Mühsal hohen Alters nur wenig achtend und nur bedingt gewillt, langsamer zu treten.

Walter Richter, den die Stadt München 1953 mit dem Titel eines Bayerischen Staatsschauspielers und Kammerschauspielers ehrte, hat an vielen Bühnen des deutschsprachigen Raums – in Bremerhaven, Gera, Breslau, Köln, Stuttgart, Frankfurt am Main, in seiner Vaterstadt Berlin und, als letzte Station seiner Laufbahn vor dem Krieg, in Wien – seine darstellerische Vielfältigkeit entfalten können. Danach, als sich Europa nach der Katastrophe neu zu ordnen begann, wurde Richter auf Betreiben seines Freundes Gustav Knuth ans Schauspielhaus Zürich und schließlich 1953 nach München berufen.

Walter Richter war einer der vielseitigsten Schauspieler, deren Begabung sich nicht nur das Theater, sondern auch seit 1937 schon (sechs Jahre nach Beginn seiner Bühnenkarriere) der Film und das Fernsehen zunutze machten. Doch die Vielseitigkeit des Einsatzes in allen drei Medien wurde noch übertroffen durch die seiner künstlerischen Gestaltungsmöglichkeiten. Schon seine untersetzte, massive Statur provozierte geradezu seine „Verwendbarkeit" für Rollen wie den Othello, den Fuhrmann Henschel, den Postmeister von Puschkins Gnaden, nicht zuletzt auch für den Götz von Berlichingen.

Schauspieler Walter Richter (1905–1985) FOTO:DPA

Das wollte jedoch nicht heißen, daß nicht auch der Dorfrichter Adam, daß nicht ebenso Charleys Tante mit ihm glänzend besetzt werden konnten. Als er 1977 mit der „Bühne 64 Zürich" eine Tournee mit 120 Vorstellungen durch die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz machte, war er wieder ein ganz anderer, vollblütiger Charakter, dem er saftiges Leben einhauchte: der Big Daddy in Tennessee Williams' „Katze auf dem heißen Blechdach".

Die große Natürlichkeit, die in seinen Bühnen- und Filmgestalten immer wieder den cantus firmus bildete, ermöglichte es ihm, auch in Heimat- und Herzensfilmen ohne Schaden für Leib und Seele – will sagen, für seinen künstlichen Ruf – mitzuwirken.

Sein Ruhm als Kommissar Trimmel in elf „Tatort"-Folgen der ARD ist nur ein Teil dessen, was den Künstler und Menschen Walter Richter ausgemacht hat. Ein guter Kamerad, so möchte man meinen, hat sich jetzt verabschiedet.

Großeltern müssen für Unterhalt der Enkel sorgen

MICHAEL JACH, Hannover

Ein krasser Widerspruch zwischen dem 85 Jahre alten Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und dem Bundessozialhilfegesetz (SHG) macht es möglich: In der Bundesrepublik Deutschland können Großeltern – auch im Rentenalter – nach Recht und Gesetz verpflichtet sein, für den Lebensunterhalt ihrer Enkel und deren 30jähriger Mutter aufzukommen. Ein jetzt bekanntgewordener Spruch des Amtsgerichts Hannover lenkt erstmals breite Aufmerksamkeit auf derartige Fälle, die nach Auskunft des mit der Entscheidung befaßten Familienrichters Dieter Höbel „sogar recht häufig" sind – weil der Gesetzgeber bisher untätig blieb.

Ein 61jähriger hannoverscher Facharbeiter und seine mitverdienende Ehefrau (58) haben nach dem BGB für ihre sechs- und dreijährigen Enkelkinder sowie deren geschiedene Tochter monatlich 1100 Mark Unterhalt aufzubringen. Ihnen selbst verbleiben gerade 1500 Mark. Die Tochter ist der Kinder wegen ans Haus gebunden umd daher mit zu versorgen. Bei dem eigentlich unterhaltspflichtigen Vater ist nichts zu holen – dieser ist seit vier Jahren arbeitslos und lebt von der Sozialhilfe.

Für die Großeltern verschlimmert sich die Lage dadurch, daß sie für den Ex-Schwiegersohn mit monatlich weiteren 600 Mark an Kreditlasten geradestehen müssen. Sie hatten ihm nach dem Verlust seiner Anstellung ein Darlehen über 22 000 Mark für die Übernahme einer Gaststätte verbürgt, die dann in Konkurs ging.

Hätte die Tochter nicht das Gericht, sondern das Sozialamt bemüht, wäre ihren Eltern die Unterhaltspflicht wenigstens für die Enkel erspart geblieben. Nach dem SHG können die Ansprüche nur gegen Verwandte 1. Grades, also nicht gegen Großeltern erhoben werden. Das BGB sieht es anders: Als es 1900 in Kraft trat, war noch die Versorgungsgemeinschaft der Drei- oder Vier-Generationen-Familie Wirklichkeit.